

STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 145

**DIE SCHULDEN
VON BUND, LÄNDERN
UND GEMEINDEN**

AM 31. MÄRZ 1955



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

W. Kohlhammer-Verlag / Stuttgart-Köln

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Textteil	
Verzeichnis der Übersichten	4
A. Inländische Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften	
1. Allgemeiner Überblick	5
2. Altverschuldung	6
3. Neuverschuldung	7
B. Inlandschulden des Bundes und des Lastenausgleichsfonds	
1. Bund	8
2. Lastenausgleichsfonds	8
C. Inlandschulden der Länder	
1. Gesamtbetrag	9
2. Kreditformen und -quellen	9
3. Regionale Unterschiede	10
D. Inlandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	
1. Gesamtbetrag	10
2. Kreditquellen	11
3. Verwendungszwecke der Schulden	12
4. Laufzeiten und Fälligkeiten	13
E. Auslandschulden der Gebietskörperschaften	
1. Erfasster Gesamtbetrag	14
2. Auslandschulden des Bundes	14
3. Auslandschulden der Länder	15
4. Auslandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	15
F. Schulden von Bundesbahn und Bundespost	16
G. Methodische Bemerkungen	16
Anhang: Erhebungsvordrucke	19
Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über den Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden	28
Übersicht über die in der Schuldenstandstatistik zum 31. März 1955 erfaßten Gemeinden und Gemeindeverbände mit Einwohnerzahlen	29
Tabellenteil (besonderes Inhaltsverzeichnis)	31

— Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet —

Erschienen im März 1956

Vorwort

Mit vorliegendem Band wird die Folge der Quellenbände über den Schuldenstand (Bände Nr. 52, 53, 72, 98 und 126) in der Reihe „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ fortgesetzt.

Wie im Vorjahr sind in die Schuldenstandstatistik zum 31. März 1955 auch die Verbindlichkeiten des Lastenausgleichsfonds und nachrichtliche Angaben über die Verschuldung von Bundesbahn und Bundespost mit einbezogen worden.

Neben der Darstellung der Inlandschulden enthält die Veröffentlichung erstmals einen zusammenfassenden Überblick über Auslandverbindlichkeiten der Gebietskörperschaften.

In den „Methodischen Bemerkungen“ wird die Durchführung der Erhebung beschrieben und auf Änderungen gegenüber dem Vorjahr hingewiesen. Um dem Benutzer Vergleiche mit den Ergebnissen früherer Erhebungen zu erleichtern, ist am Schluß der textlichen Darstellung eine Übersicht über die seitherigen Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Schuldenstatistik enthalten.

Die vorliegende Arbeit ist in der vom Leitenden Regierungsdirektor Dr. Herrmann geleiteten Abteilung „Finanz- und Steuerstatistik“ zusammengestellt worden. Bearbeiter war im Hauptreferat des Oberregierungsrats Mengert der Regierungsrat Dr. Spellerberg.

Wiesbaden, im März 1956

Dr. Gerhard Fürst
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Übersichten im Text

	Seite
1. Gesamtbetrag der Inlandschulden	5
2. Ausgleichsforderungen	6
3. Gesamtbetrag der inländischen Neuverschuldung	7
4. Wohnbauschulden der Länder	9
5. Inländische Gesamtverschuldung der Länder	10
6. Inländische Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	11
7. Quellen der kommunalen Neuverschuldung	12
8. Verwendungszwecke der kommunalen Neuverschuldung	12
9. Fälligkeiten aus der kommunalen Verschuldung	13
10. Auslandschulden des Bundes	14
11. Inlandschulden von Bundesbahn und Bundespost	16

A. Inländische Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften

1. Allgemeiner Überblick

Nach den Ergebnissen der Schuldenstandstatistik beläuft sich der Gesamtbetrag der Inlandschulden von Bund, Ländern und Gemeinden am 31. März 1955 auf 32 105,9 Mill. DM. Eingeschlossen sind hierin die Schulden des Lastenausgleichsfonds, der als Sondervermögen des Bundes getrennt erfaßt wird.

Zu dem genannten Gesamtbetrag sind zwei Hauptgruppen der Inlandschulden zusammengefaßt: die Kreditmarktmittel und die – größtenteils aus Darlehen der Sozialversicherungen und ERP-Krediten bestehenden – öffentlichen Sondermittel. Während es sich bei diesen um Schulden handelt, die nach der Geldumstellung von 1948 neu aufgenommen sind (Neuschulden), überwiegt bei den Kreditmarktmitteln die Altverschuldung. Sie beruht auf der Geldumstellung und umfaßt nach dem derzeitigen Stand in der Hauptsache Verbindlichkeiten des Bundes und der Länder aus Ausgleichsforderungen sowie die neu begründeten, gegen den Lastenausgleichsfonds gerichteten Deckungsforderungen. Die vorgenannte Gesamtzahl enthält jedoch nicht die Schuldverpflichtungen von Bund, Ländern, Gemeinden und Lastenausgleichsfonds untereinander.

Der Gesamtbetrag der Inlandschulden der Gebietskörperschaften hat sich im Rechnungsjahr 1954 um 4 677,7 Mill. DM erhöht; er ist damit erheblich stärker gestiegen als in den Vorjahren. Besonders bemerkenswert ist die große Schuldenzunahme des Lastenausgleichsfonds und das verstärkte Anwachsen der Schulden des Bundes und der Gemeinden. Im Unterschied hierzu haben bei den Ländern (ohne Hansestädte und West-Berlin) die Schulden aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln in der Gesamtsumme erstmalig seit 1950 abgenommen (um 40,2 Mill. DM).

1. Gesamtbetrag der Inlandschulden¹⁾

Schuldner	Stand am 31. März			Zunahme im Rechnungsjahr 1954	vH
	1953	1954 ²⁾	1955 ³⁾		
Mill. DM					
Ohne Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lastenausgleich) ⁴⁾	9 292,2	9 425,3	10 699,4	1 274,1	13,5
Lastenausgleich	—	237,5 ²⁾	2 441,8	2 204,3	
Länder	11 954,5	12 659,0	12 618,8	— 40,2	— 0,3
Hansestädte	1 407,4	1 519,6	1 570,4	60,8	3,3
West-Berlin	735,1	794,3	878,5	84,2	10,6
Gemeinden (Gv.)	2 010,1 ⁵⁾	2 792,6 ⁶⁾	3 895,9 ⁶⁾	1 104,3	39,5
Zusammen	25 399,3	27 428,2	32 105,9	4 677,7	17,1
Einschl. Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lastenausgleich)	9 292,2	9 425,3	10 699,4	1 274,1	13,5
Lastenausgleich	—	454,5 ²⁾	2 666,8	2 212,3	
Länder	15 714,6	17 533,8	18 638,5	1 104,7	6,3
Hansestädte	1 673,7	1 857,7	1 974,6	116,9	6,3
West-Berlin	1 469,8	1 603,4	1 753,9	150,5	9,4
Gemeinden (Gv.)	2 531,9	3 524,1	4 891,7	1 367,6	38,8

¹⁾ Ohne Zahlungsrückstände, ferner ohne Abgabenschuld aus der Hypothekengewinnabgabe (Ausnahme vgl. Anm. 5). Am 31. 3. 1953 einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen. — ²⁾ Ohne 389,4 Mill. DM in der Schuldenstandstatistik zum 31. 3. 1954 nicht nachgewiesene Schulden des Lastenausgleichsfonds. — ³⁾ Die in Baden-Württemberg über die Landeskreditanstalten und in Bayern über die Landesbodenkreditanstalt an Gemeinden geleiteten staatlichen Mittel sind — anders als in den Vorjahresbeiträgen — größte teils den Schulden bei Gebietskörperschaften zugeordnet. — ⁴⁾ Ferner ohne die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“ des Bundes. — ⁵⁾ Einschl. der „eigenen Umstellungsgrundschulden“ (Hypothekengewinnabgabe), der Altschulden und Kassenkredite bei Gebietskörperschaften sowie der Schulden beim Lastenausgleichsfonds (insgesamt etwa 115 Mill. DM). — ⁶⁾ Einschl. der geringen Kassenkredite bei Gebietskörperschaften.

Sachlich ist die Entwicklung im Rechnungsjahr 1954 und die jetzige Zusammensetzung des Gesamtbetrages der Inlandschulden im wesentlichen das Ergebnis folgender Vorgänge:

- Der Hauptbetrag der Inlandsverbindlichkeiten und der Altschulden, die Verschuldung des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds aus Ausgleichs- bzw. Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen hat sich um 1 782,1 Mill. DM¹⁾ auf 22 064,9 Mill. DM erhöht, vor allem im Zuge der Altsparementschädigung und durch die aus ihr hervorgegangenen Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleich.
- Innerhalb der Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln haben sich die überwiegend kurzfristigen, größtenteils zur Deckung des Kassenbedarfs aufgenommenen Schulden des Bundes und der Länder aus Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen abermals vermindert (um 198,6 Mill. DM auf 587,0 Mill. DM). Bei Einschluß weiterer, ganz oder teilweise kurzfristiger Verbindlichkeiten, nämlich der im Rechnungsjahr 1954 neu hinzugekommenen Zentralbankkredite an den Lastenausgleichsfonds und an das Land Rheinland-Pfalz (zusammen 173,2 Mill. DM), der um 26,7 Mill. DM zurückgegangenen gemeindlichen Kreditmarktschulden mit einer Laufzeit unter vier Jahren und der um 84,9 Mill. DM²⁾ gesunkenen Länderschuld bei Banken, beläuft sich die Gesamtzunahme der betrachteten Verschuldung auf 137,0 Mill. DM. Die ebenfalls in diesen Bereich gehörenden Steuergutscheine Bayerns haben am 31. März 1955 mit 227,3 Mill. DM fast die gleiche Umlaufhöhe wie im Jahr zuvor.
- Die von Gemeinden bei Sparkassen, Banken und Versicherungen aufgenommenen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln mit einer Laufzeit von 4 Jahren und mehr sind um 925,4 Mill. DM auf 2 975,3 Mill. DM³⁾ angewachsen.
- Daneben hat die Anleihe-Neuverschuldung der Gebietskörperschaften, die Lastenausgleichsanleihe (200,0 Mill. DM) und die verzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder mit eingerechnet, am 31. März 1955 einen Gesamtumfang von 1 921,4 Mill. DM erreicht; allerdings bleibt die Zunahme (114,4 Mill. DM) hier beträchtlich unter dem vergleichbaren Vorjahreszugang (970,8 Mill. DM).
- Besonders fällt das Ausmaß auf, das die Schulden der Gebietskörperschaften gegenüber Sozialversicherungen (einschließlich über Banken gewährter Mittel) angenommen haben. Dieser Teil der Neuverschuldung hat sich von 844,3 Mill. DM⁴⁾ am Beginn auf 2 078,4 Mill. DM am Ende des Rechnungsjahres 1954 erhöht, vor allem zu Lasten der Bundesschuld.

Außerhalb der zur Gesamtsumme der Inlandschulden zusammengefaßten Kreditmarktmittel und öffentlichen Sondermittel besteht als dritte Gruppe die — direkte oder (bei entsprechender Zwischenschaltung von Kreditinstituten) indirekte — Verschuldung der Gebietskörperschaften (einschließlich Lastenausgleichsfonds) untereinander. Am 31. März 1955 haben diese „Schulden bei Gebietskörperschaften“ den bemerkenswerten, allerdings Doppelzählungen einschließenden Gesamtumfang von 8 518,9 Mill. DM erreicht (gegenüber 6 970,4 Mill. DM⁵⁾ am 31. März 1954). Es handelt sich bei ihnen größtenteils um Neuschulden, und zwar hauptsächlich um Wohnbauschulden der Länder bei Bund und Lastenausgleichsfonds.

Anders als bei Zusammenfassung der Schulden aller Gebietskörperschaften erhöhen sich bei Betrachtung der einzelnen Be-

¹⁾ Berechnet unter Einbeziehung der Bundesschuld aus der Ausstattung von Berlin mit Geld (622,2 Mill. DM) und der in der Schuldenstandstatistik zum 31. 3. 1954 nicht nachgewiesenen 186,9 Mill. DM Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds.

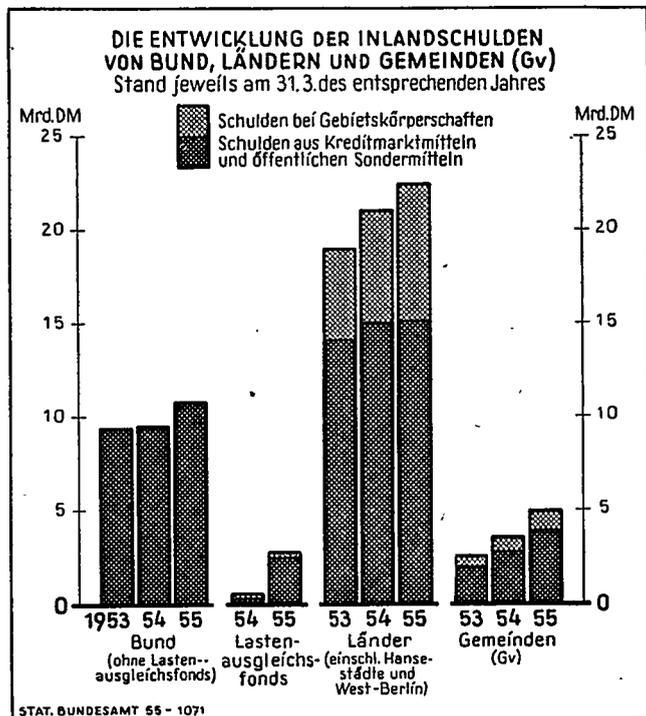
²⁾ Ohne 69,5 Mill. DM aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und des ERP-Sondervermögens, die für den 31. 3. 1954 unter den „Schulden bei Banken und Sparkassen“ nachgewiesen sind.

³⁾ Ohne die jetzt — anders als in den Vorjahren — unter den Schulden bei Gebietskörperschaften oder unter den öffentlichen Sondermitteln mit erfaßten Beträgen (Hauptfall s. Textübersicht I, Anm. 3).

⁴⁾ Einschl. 66,0 Mill. DM aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung, die am 31. 3. 1954 unter den Bankschulden des Landes Nordrhein-Westfalen nachgewiesen sind.

⁵⁾ Ohne Zahlungsrückstände sowie ohne die geringen gemeindlichen Kassenkredite bei Gebietskörperschaften.

reiche die Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermittel jeweils noch um die von anderen Gebietskörperschaften und vom Lastenausgleichsfonds stammenden Kredite. Das gilt, wie erwähnt, in erster Linie für die Länder, die aber auch im übrigen den bei weitem höchsten Stand der Inlandsschulden aufzuweisen haben. Im Rechnungsjahr 1954 ist die (vorwiegend aus Wohnbaudarlehen bestehende) Neuverschuldung der Länder gegenüber Bund und Lastenausgleichsfonds um 1 273,6 Mill. DM auf 6 671,2 Mill. DM – und damit ungefähr im gleichen Maße wie im Vorjahr (1 260,4 Mill. DM) – gestiegen. Der Bund selber (ohne Lastenausgleichsfonds) hat bei anderen Gebietskörperschaften keine Schulden.



Neben der betrachteten Verschuldung sind noch weitere geldliche Inlandsverpflichtungen der Gebietskörperschaften vorhanden. Hierher gehören die Zahlungsrückstände der Länder und des Lastenausgleichsfonds sowie die Abgabeschuld der Gemeinden und Länder aus der Hypothekengewinnabgabe. Zum 31. März 1955 sind von diesen Verpflichtungen insgesamt 218,4 Mill. DM erfaßt.

2. Altverschuldung

Vom Gesamtbetrag der Inlandsschulden der Gebietskörperschaften (32,1 Mrd. DM) entfallen allein 22 219,7 Mill. DM, also gut zwei Drittel, auf Altschulden. Hieran sind die Verbindlichkeiten des Bundes und der Länder aus Ausgleichsforderungen mit 20 352,9 Mill. DM beteiligt (bei Einschluß der Bundesschuld aus der Ausstattung von Berlin mit Geld). Damit haben sich diese Forderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen gegenüber dem Stand vom 31. März 1954 um insgesamt 257,0 Mill. DM erhöht. Da die endgültige Höhe der Ausgleichsforderungen vielfach noch nicht feststeht, sind auch künftig weitere Änderungen zu erwarten.

Die Zunahme der Ausgleichsforderungen im Rechnungsjahr 1954 geht in der Hauptsache zu Lasten des Bundes. Innerhalb der Bundesschuld erscheinen jetzt erstmalig Ausgleichsforderungen der Kreditinstitute; in Verfolg ergänzender Maßnahmen der Geldumstellung⁶⁾ hat der Bund den Berliner Altbanken und anderen Geldinstituten bis zum 31. März 1955 Ausgleichsforderungen in Höhe von 168,0 Mill. DM gewährt, die größtenteils (zu 128,5 Mill. DM) mit 3 %, und soweit sie zur Deckung von Schuldverschreibungen dienen (39,5 Mill. DM), mit 4 1/2 % verzinslich sind. Daneben ist die übrige, schon seither bestehende Bundesschuld aus Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder

2. Ausgleichsforderungen¹⁾

— Mill. DM —

Gläubiger/Schuldner	0 %	3 % ²⁾	3 1/2 %	4 1/2 %	3 %ige Sonderausgleichsforderungen	Zusammen
nach Gläubigern						
Bank deutscher Länder	622,2 ³⁾	5480,0	—	—	—	6102,2
Landeszentralbanken . .	—	2979,1 ⁴⁾	—	—	—	2979,1
Banken und Sparkassen	76,0	5960,0	—	455,6	59,9	6551,6
Versicherungsunternehmen u. Bausparkassen	59,9	—	4562,9	—	46,7	4669,5
Postscheckämter	—	50,6 ⁵⁾	—	—	—	50,6
Insgesamt	758,1	14 469,7	4562,9	455,6	106,7	20 352,9
nach Schuldnern						
Schleswig-Holstein	1,7	385,6	51,1	11,2	3,5	433,0
Niedersachsen	9,9	1 000,3	269,6	40,6	11,0	1 331,3
Nordrhein-Westfalen . .	27,0	1 997,5	804,9	84,4	24,9	2 938,6
Hessen	7,0	802,7	209,8	43,7	8,7	1 071,9
Rheinland-Pfalz	3,0	486,5	38,1	13,3	4,0	544,9
Baden-Württemberg . . .	17,5	1 412,8	499,0	59,3	15,1	2 003,8
Bayern ⁶⁾	52,9	1 619,9	509,0	94,0	18,9	2 294,7
Länder ohne Hansestädte sowie ohne West-Berlin	119,0	7 685,3	2 381,5	346,4	86,0	10 618,3
Hamburg	9,9	503,2	461,3	28,2	9,5	1 012,1
Bremen	7,0	160,4	13,6	41,6	0,9	223,5
Hansestädte	16,9	663,6	474,9	69,8	10,4	1 235,6
Länder einschl. Hansestädte	135,9	8 348,9	2 856,4	416,2	96,4	11 853,9
West-Berlin	—	512,3 ⁴⁾	114,8	—	10,3	637,3
Länder zusammen	135,9	8 861,2	2 971,3	416,2	106,7	12 491,2
Bund ⁷⁾	622,2 ³⁾	5 608,5	1 591,6	39,5	—	7 861,7
Bund und Länder insgesamt	758,1	14 469,7	4 562,9	455,6	106,7	20 352,9
Dagegen am 31. 3. 1954	740,6	14 310,9	4 504,4	410,6	129,4	20 095,9

¹⁾ Nach den Nachweisungen zur Schuldenstandstatistik (für den 31. 3. 1955). — ²⁾ Ohne Sonderausgleichsforderungen. — ³⁾ Zinsfreie Schuldverschreibung (Ausstattung der Gebietskörperschaft Groß-Berlin mit Geld). — ⁴⁾ Einschl. Berliner Zentralbank (409,7 Mill. DM). — ⁵⁾ Von den Schuldnern (den Ländern) nicht zu verzinsen. — ⁶⁾ Einschl. Lindau. — ⁷⁾ Ohne Ausgleichsforderung der Postsparkassen; der Betrag steht in seiner Höhe noch nicht fest.

und Rentenausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen um insgesamt 44,0 Mill. DM gestiegen.

Die gegen die Länder gerichteten Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken, Geschäftsbanken, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen sowie der Postscheckämter haben sich im Rechnungsjahr 1954 ebenfalls erhöht, im Gesamtbetrag um 45,1 Mill. DM auf 12 491,2 Mill. DM. Hier ist die Zunahme in erster Linie durch Neufestsetzungen und Berichtigungen bedingt; insbesondere sind die Forderungen der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen um weitere 29,8 Mill. DM angewachsen.

Die in der Umstellungsgesetzgebung vorgesehene, sich schon in den Vorjahren anbahnende Aufteilung der Ausgleichsforderungen verlagertes bzw. überregionaler Kreditinstitute auf die einzelnen Schuldnerländer hat sich im Rechnungsjahr 1954 fortgesetzt. Im Zusammenhang hiermit sind innerhalb der Länderschuld aus Ausgleichsforderungen der Banken und Sparkassen zum Teil Verschiebungen von Land zu Land eingetreten.

Die Höhe der Ausgleichsforderung der Postsparkassen an den Bund steht auch am 31. März 1955 noch nicht fest. Entsprechendes gilt teilweise für die Länderverbindlichkeiten aus der Ausgleichsforderung der Postscheckämter⁷⁾. Diese Verbindlichkeiten ergeben sich aus der Gesamtforderung des Postscheck-

⁷⁾ Die Bank deutscher Länder nennt für die Ausgleichsforderung der Postscheckämter (einschl. West-Berlin) und der Postsparkassen jetzt einen Gesamtbetrag von 326 Mill. DM („Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, April 1955, S. 70).

⁶⁾ Umstellungsergänzungsgesetz vom 21. 9. 1953 (BGBl. I, S. 1439).

dienstes, die auf die einzelnen Schuldnerländer aufzuteilen ist. Die bis zum 31. März 1955 in der Schuldenstandstatistik erfaßten Länderanteile hieraus betragen insgesamt 50,6 Mill. DM; der Zugang (7,8 Mill. DM) gegenüber dem Stand vom 31. März 1954 beruht hauptsächlich darauf, daß zu den wenigen Ländern, die schon im Rechnungsjahr 1953 Anteile an der Gesamtforderung des Postscheckdienstes nachgewiesen hatten (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern) nunmehr Hamburg – mit einem Schuldbetrag von 6,6 Mill. DM – neu hinzugetreten ist.

Hinsichtlich der Verteilung der Ausgleichsforderungen auf die einzelnen Zinssätze äußert sich die Entwicklung im Rechnungsjahr 1954 in einer Zunahme vor allem der mit 3 % verzinslichen Forderungen der Banken und Sparkassen.

Bei den 3%igen Sonderausgleichsforderungen für Umstellungskosten haben Tilgungen erneut einen Rückgang bewirkt. Von solchen Sonderfällen abgesehen, werden die Ausgleichsforderungen bis jetzt nicht getilgt⁸⁾. Um den Gläubigern die Erfüllung fälliger Verpflichtungen zu ermöglichen, sind zwar vom Zentralbanksystem bis zum 31. März 1955 Ausgleichsforderungen im Gesamtbetrag von rund 77 Mill. DM⁹⁾ endgültig angekauft worden (durch den hierfür seit einiger Zeit bei der Bank deutscher Länder bestehenden Sonderfonds); sie gelten jedoch den Schuldnern gegenüber zunächst nicht als erloschen.

Zu den Ausgleichsforderungen sind neuerdings die gleichfalls auf der Geldumstellung beruhenden, aber vom Lastenausgleichsfonds geschuldeten Deckungsforderungen getreten; ihre sprunghafte Zunahme von 186,9 Mill. DM auf 1 712,0 Mill. DM zwischen dem 31. März 1954 und dem 31. März 1955 erklärt sich aus dem Fortschreiten der Altsparentscheidung. Gläubiger der hieraus und aus dem Währungsausgleich für Vertriebene hervorgegangenen oder noch entstehenden Deckungsforderungen sind ebenfalls Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen. Die – in der Regel mit 4½ % – verzinslichen Deckungsforderungen bilden für diese Institute den Gegenwert der Gutschriften, die für die Aufwertung von Altsparanlagen oder als Währungsausgleich für bisher nicht auf Deutsche Mark umgestellte Sparguthaben erteilt worden sind. Die Deckungsforderungen werden mit den Zinsen bei Freigabe der erteilten Gutschriften eingelöst. Durch diese Maßnahmen sollen Mängel der Geldumstellung von 1948 im Wege des Lastenausgleichs gemildert oder ausgeglichen werden.

Im Vergleich zu den Ausgleichs- und Deckungsforderungen hält sich die übrige inländische Altverschuldung aus Kreditmarktmitteln, die sich größtenteils aus umgestellten Reichsmarkverbindlichkeiten der Gemeinden, Hansestädte und West-Berlins zusammensetzt, in engen Grenzen. Sie ist im Rechnungsjahr 1954 um 47,7 Mill. DM weiter zurückgegangen und beträgt jetzt noch 154,7 Mill. DM. Außer Ansatz bleiben dabei jedoch die Schuldverpflichtungen, die dem Bund aus der (im Entwurf zum „Kriegsfolgenschlußgesetz“) geplanten begrenzten Entschädigung für Reichsmarkforderungen an das Reich und den preußischen Staat künftig erwachsen.

Erheblich ins Gewicht fällt die Altverschuldung gegenüber Gebietskörperschaften; sie besteht in der Hauptsache aus nur einer Verbindlichkeit, nämlich aus den 622,2 Mill. DM, die West-Berlin dem Bund schuldet. Diese Schuld bildet die Gegenverpflichtung zu der zinsfreien Schuldverschreibung in gleicher Höhe, die der Bank deutscher Länder seitens des Bundes ausgestellt worden ist. Beide Schuldverschreibungen resultieren aus den DM-Beträgen, mit denen die Bank deutscher Länder die Gebietskörperschaft Groß-Berlin versorgt hatte (Ausstattung mit Geld)¹⁰⁾.

Unter den sonstigen geldlichen Inlandsverpflichtungen der Gebietskörperschaften erscheint die Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe als Altverpflichtung. Sie ist durch das Lastenausgleichsgesetz an die Stelle der vorangegangenen „Umstellungsgrundschulden“ getreten und bildet

eine öffentliche Grundstückslast, an der auch Gebietskörperschaften beteiligt sind. Wie bei den Umstellungsgrundschulden beträgt die Abgabeschuld ihrer ursprünglichen Höhe nach für gewöhnlich 90 vH des Reichsmarknennbetrages der Grundpfandschulden (insbesondere Hypotheken); sie erfaßt damit den auf Deutsche Mark nicht umgestellten Teil dieser Altverbindlichkeiten, den „Währungsgewinn“ der Schuldner. Durch Tilgungen hat sich die Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe, soweit sie von Gebietskörperschaften nachgewiesen ist, bis zum 31. März 1955 auf 101,0 Mill. DM vermindert. Dieser Betrag entfällt fast ausschließlich auf Gemeinden sowie die Länder West-Berlin und Hamburg.

3. Neuverschuldung

Neben der Altverschuldung hat die inländische Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden am 31. März 1955 einen Gesamtumfang von 9 886,3 Mill. DM erreicht (ohne die – Doppelzählungen einschließenden – Neuschulden bei Gebietskörperschaften). Die Zunahme (2 756,5 Mill. DM) ist auch hier größer als im Rechnungsjahr 1953 (2 181,0 Mill. DM); das schnelle Anwachsen dieser Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln, das schon die Vorjahre kennzeichnete, hat sich demnach, von Ausnahmen abgesehen, abermals verstärkt.

Im einzelnen zeigt die Aufwärtsbewegung im Rechnungsjahr 1954 bemerkenswerte Unterschiede gegenüber der vorangegangenen Entwicklung. Nicht wiederholt hat sich die im Vorjahr zu verzeichnende sprunghafte Zunahme der Anleiheverschuldung der Gebietskörperschaften; neu ist das Ausmaß, mit dem die öffentlichen Sondermittel, insbesondere die Kredite von Sozialversicherungen, im Rechnungsjahr 1954 am Schuldenzuwachs beteiligt sind. Im Gesamtumfang (2 534,8 Mill. DM) machen die öffentlichen Sondermittel jetzt mehr als ein Viertel des Gesamtbetrages der inländischen Neuverschuldung (9 886,3 Mill. DM) aus.

3. Gesamtbetrag der inländischen Neuverschuldung¹⁾

Schuldner	Stand am 31. März			Zunahme im Rechnungsjahr 1954	
	1953	1954 ²⁾	1955 ³⁾	Mill. DM	vH
Ohne Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lastenausgleich) ⁴⁾	1 671,4	1 775,5	2 837,7	1 062,2	59,8
Lastenausgleich	—	237,5 ⁵⁾	729,8	492,3	.
Länder	1 334,0	2 062,9	1 988,7	— 74,2	— 3,6
Hansestädte	101,7	262,0	311,3	49,3	18,8
West-Berlin	61,4	101,0	201,2	100,2	99,2
Gemeinden (Gv.)	1 780,3 ⁶⁾	2 690,9 ⁶⁾	3 817,6 ⁶⁾	1 126,7	41,9
Zusammen	4 948,8	7 129,8	9 886,3	2 756,5	38,7
Einschl. Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lastenausgleich)	1 671,4	1 775,5	2 837,7	1 062,2	59,8
Lastenausgleich	—	454,5 ²⁾	954,8	500,3	.
Länder	5 093,3	6 936,9	8 007,6	1 070,7	15,4
Hansestädte	367,2	599,4	714,8	115,4	19,3
West-Berlin	173,8	287,9	— 454,4	166,5	57,8
Gemeinden (Gv.)	2 302,1	3 404,2	4 794,3	1 390,1	40,8

¹⁾ Ohne Zahlungsrückstände. — ²⁾ Ohne 202,4 Mill. DM in der Schuldenstandstatistik zum 31. 3. 1954 nicht nachgewiesene Schulden des Lastenausgleichsfonds. ³⁾ Die in Baden-Württemberg über die Landekreditanstalten und in Bayern über die Landesbodenkreditanstalt an Gemeinden geleiteten staatlichen Mittel sind – anders als in den Vorjahresbeträgen – größtenteils den Schulden bei Gebietskörperschaften zugeordnet. — ⁴⁾ Ferner ohne die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“ des Bundes. — ⁵⁾ Einschl. der geringen Schulden beim Lastenausgleichsfonds. — ⁶⁾ Einschl. der geringen Kassenkredite bei Gebietskörperschaften.

Es kennzeichnet die Verteilung der Neuschulden auf die einzelnen Bereiche, daß die Gemeinden, für die der Institutskredit von ausschlaggebender Bedeutung ist, einen besonders hohen Anteil an der Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln haben – im Unterschied zu den Ländern, bei denen das Schwergewicht der Neuverschuldung meist auf den Darlehens-

⁸⁾ Zur geplanten künftigen Regelung vgl. den Gesetzentwurf über die Tilgung von Ausgleichsforderungen: Bundesrats-Drucksache Nr. 221/55 vom 1. 7. 1955.

⁹⁾ „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Oktober 1955, S. 76, Anm. 1.

¹⁰⁾ Auf Grund der Militärregierungsgesetze Nr. 67, in Kraft getreten am 20. 3. 1949.

verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften und Lastenausgleich liegt.

Von den sonstigen Inlandsverpflichtungen der Gebietskörperschaften gehören die Zahlungsrückstände in den Bereich der Neu-

verbindlichkeiten. Zum 31. März 1955 sind Zahlungsrückstände im Gesamtbetrag von 117,3 Mill. DM nachgewiesen; hiervon entfallen 71,0 Mill. DM auf die Länder und 46,3 Mill. DM auf den Lastenausgleichsfonds.

B. Inlandsschulden des Bundes und des Lastenausgleichsfonds

1. Bund

In der Gesamtsumme aus Alt- und Neuschulden hat sich die Inlandsverschuldung des Bundes (ohne Lastenausgleichsfonds) zwischen dem 31. März 1954 und dem 31. März 1955 um 1 274,1 Mill. DM auf 10 699,4 Mill. DM erhöht. Die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“¹¹⁾ des Bundes sind mit diesen Beträgen nicht erfaßt.

Im vorangegangenen Berichtsjahr war die vergleichbare Bundesschuld um 133,1 Mill. DM gestiegen. Das jetzige weitaus stärkere Anwachsen erklärt sich vor allem aus der Zunahme der Bundesverpflichtungen bei Sozialversicherungen.

Nach dem 31. März 1954, aber haushaltsmäßig noch für das Rechnungsjahr 1953, hat der Bund den Trägern der Invaliden- und Angestelltenversicherung *Schuldbuchforderungen* im Gesamtumfang von 703,4 Mill. DM zum Ausgleich von Mehraufwendungen eingeräumt; infolge von Tilgungen ist diese Verbindlichkeit bis zum 31. März 1955 auf 700,6 Mill. DM zurückgegangen. Daneben enthält die Bundesschuld am genannten Stichtag Schuldbuchforderungen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 454,0 Mill. DM; hier ergibt sich die Zunahme gegenüber dem Vorjahresstand im wesentlichen aus den Schuldbuchforderungen, die der Bundesanstalt seitens des Bundes im (und für das) Rechnungsjahr 1954 zur Erstattung von Aufwendungen der Arbeitslosenfürsorge neu zugeteilt worden sind (266,7 Mill. DM).

Der Hauptteil der Inlandsschuld des Bundes besteht jedoch weiterhin aus der *Ausgleichsforderung* der Bank deutscher Länder (jetzt 5 480,0 Mill. DM gegenüber 5 460,0 Mill. DM am 31. März 1954) und den Rentenausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen (um 24,0 Mill. DM auf 1 591,6 Mill. DM¹²⁾ gestiegen), vermehrt um die neu entstandenen, auf dem Umstellungsergänzungsgesetz beruhenden Forderungen der Berliner Altbanken und anderer Geldinstitute (168,0 Mill. DM bis zum 31. März 1955). Die aus der Ausstattung von Berlin mit Geld hervorgegangene zinsfreie Schuldverschreibung des Bundes ist in ihrer Höhe (622,2 Mill. DM) fast unverändert.

Neue *Anleihen* hat der Bund im Rechnungsjahr 1954 nicht begeben. Aus bereits bestehenden Kreditermächtigungen sind die Anleiheverbindlichkeiten des Bundes jedoch noch leicht angewachsen, insgesamt um 35,9 Mill. DM¹³⁾. Diese Zunahme entfällt fast ausschließlich auf die Bundesanleihe von 1953, die damit am 31. März 1955 ihre vorgesehene Gesamthöhe (255,0 Mill. DM) voll erreicht hat. Die hinsichtlich der Zinserträge steuerbefreite, mit einem Zinssatz von 5 % und einem Ausgabekurs von 98 % ausgestattete Anleihe ist am 1. Januar 1958 zum Nennwert einlösbar. Sie war vom ERP-Sondervermögen erworben, ist jedoch vom Bund vorübergehend zurückgekauft worden, ebenso wie die im Rechnungsjahr 1953 von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernommenen Schuldbuchforderungen (187,4 Mill. DM am 31. März 1955).

Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds hat die Bank deutscher Länder dem Bund zur Erfüllung seiner Barzahlungsverpflichtungen ein – erstmals im Rechnungsjahr 1952 erscheinendes – zinsloses *Schuldscheindarlehen* gewährt, das am 31. März 1954 mit 183,0 Mill. DM, am 31. März 1955 dagegen mit 390,7 Mill. DM in Anspruch genommen war.

¹¹⁾ Lt. Bundesvermögensnachweis belaufen sich diese, soweit sie auf DM lauten, am Ende des Rechnungsjahres 1954 auf insgesamt 4 045,2 Mill. DM, die größtenteils auf die Verpflichtung des Bundes zur Zahlung rückständiger Besatzungskosten entfallen.

¹²⁾ Einschl. der angekauften Ausgleichsforderungen in Höhe von 12,9 Mill. DM am 31. 3. 1955.

¹³⁾ Einschl. der Prämienzuschüsse; ohne die oben erwähnten Schuldbuchforderungen der Sozialversicherungen.

Auch im Rechnungsjahr 1954 steht dem Anwachsen der fundierten Bundesschuld ein beträchtlicher Rückgang der *schwebenden* Verschuldung gegenüber. Unter dem Einfluß der günstigen Kassenlage hat sich im genannten Zeitabschnitt der Umlauf an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes von 646,6 Mill. DM auf 498,9 Mill. DM vermindert. Diese Beträge umfassen auch die den Ländern zum Zwecke des Finanzausgleichs überlassenen unverzinslichen Schatzanweisungen, die sich am 31. März 1955 auf 138,0 Mill. DM belaufen und keine zur Deckung des Kassenbedarfs dienenden Kredite (Kassenkredite) darstellen.

2. Lastenausgleichsfonds

Neben der Bundesschuld sind die Darlehensverbindlichkeiten (Alt- und Neuschulden) des Lastenausgleichsfonds zum 31. März 1955 mit insgesamt 2 666,8 Mill. DM ermittelt worden. Verglichen mit den zum 31. März 1954 erfaßten 454,5 Mill. DM bedeutet das eine Zunahme um 2 212,3 Mill. DM; in die folgende Darstellung werden jedoch auch die in der Schuldenstandstatistik des Vorjahres nicht nachgewiesenen Verpflichtungen des Lastenausgleichs mit einbezogen¹⁴⁾.

Den Hauptanteil an der Verschuldung des Lastenausgleichs und ihrer starken Zunahme haben die gegen den Fonds gerichteten *Deckungsforderungen* der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen. Die vom Ausgleichsfonds am 31. März 1955 geschuldeten Deckungsforderungen (1 712,0 Mill. DM) entfallen fast ausschließlich auf die aus der Altsparentsündigung entstandenen Forderungen, die im Rechnungsjahr 1954 um 1 572,2 Mill. DM auf 1 707,7 Mill. DM angewachsen sind. In der gleichen Zeit haben dagegen die Deckungsforderungen aus dem Währungsausgleich für Vertriebene von 51,4 Mill. DM auf 4,3 Mill. DM abgenommen, weil die Tilgungen hier größer waren als die Neuzuteilungen.

Im Gesamtumfang von 558,6 Mill. DM ist der Ausgleichsfonds am 31. März 1955 bei der *Lastenausgleichsbank* verschuldet. Es handelt sich hierbei um Vorfinanzierungsmittel, die dem Fonds in Höhe der Lastenausgleichsanleihe (1. Tranche) und der Eingänge steuerbegünstigter Darlehen über die Lastenausgleichsbank zugeflossen sind. Die genannte, gleichfalls mit steuerlichen Vergünstigungen ausgestattete Anleihe beträgt 200,0 Mill. DM und läuft über 10 Jahre; sie wurde Anfang 1954 zum Zinssatz von 5 % und Kurs von 97 % seitens der Lastenausgleichsbank begeben. An den weiteren Vorfinanzierungsmitteln (358,6 Mill. DM) sind die Darlehen aus § 7f des Einkommensteuergesetzes¹⁵⁾ mit 202,7 Mill. DM (gegenüber 83,4 Mill. DM am 31. März 1954) und die auf Grund des Gesetzes vom 15. Mai 1953¹⁶⁾ aufgenommenen Beträge mit 155,9 Mill. DM (am 31. März 1954 = 156,5 Mill. DM) beteiligt. Diese – ebenfalls länger befristeten – Kredite sind unverzinslich; jedoch wird bei ihrer Rückzahlung ein Aufgeld gewährt.

Bei der Bank deutscher Länder kann der Lastenausgleichsfonds bis zu 200,0 Mill. DM *Kassenkredite* aufnehmen. Während des Rechnungsjahres 1954 hat er erstmalig auf diesen Kreditplafond zurückgegriffen, bis zum 31. März 1955 in Höhe von 171,2 Mill. DM.

Auch dem *Bund* gegenüber ist der Ausgleichsfonds verschuldet. Er hat – größtenteils schon im Rechnungsjahr 1953 – zur

¹⁴⁾ Zum 31. 3. 1954 nicht nachgewiesen: 186,9 Mill. DM Altschulden (Deckungsforderungen) und 202,4 Mill. DM Neuschulden (insbesondere Lastenausgleichsanleihe); außerdem Zahlungsrückstände (48,1 Mill. DM).

¹⁵⁾ In der Fassung des Gesetzes vom 15. 9. 1953 (BGBl. I, S. 1355).

¹⁶⁾ Gesetz über die steuerliche Begünstigung von Zuschüssen und Darlehen zur Vorfinanzierung des Lastenausgleichs (BGBl. I, S. 189).

Finanzierung des Wohnungsbaus für Umsiedler und Sowjetzonenflüchtlinge 225,0 Mill. DM aus Kassenmitteln des Bundes erhalten, die zur darlehensweisen Weitergabe an die in die Umsiedlungsaktion eingeschalteten Aufnahmelande bestimmt sind.

Außerhalb der besprochenen Verschuldung ist der Lastenausgleichsfonds am 31. März 1955 mit 46,3 Mill. DM aus rückstän-

digen Zinszahlungen, insbesondere für Deckungsforderungen, verpflichtet. Am 31. März 1954 waren die Zahlungskstände des Fonds ungefähr ebenso hoch (48,1 Mill. DM), nur daß sie größtenteils (zu 34,3 Mill. DM) auf rückzuerstattende Zuschußbeträge der Länder und des Bundes (nach § 6 des Lastenausgleichsgesetzes) entfielen.

C. Inlandsschulden der Länder

1. Gesamtbetrag

Bei den meisten Ländern bleibt der Schuldenzuwachs im Rechnungsjahr 1954 hinter demjenigen des Vorjahres zurück, mit dem Ergebnis, daß die inländische Alt- und Neuverschuldung der Länder, die Schulden bei Gebietskörperschaften mit eingerechnet, im Gesamtbetrag zwar abermals erheblich (um 1 372,1 Mill. DM), aber doch weit schwächer als im Rechnungsjahr 1953 (2 136,8 Mill. DM) gestiegen ist. Mit den genannten 1 372,1 Mill. DM haben die Inlandsschulden der Länder jetzt einen Gesamtaufwand von 22 367,0 Mill. DM erreicht. Hieran sind die „Stadtstaaten“ – Hamburg, Bremen und West-Berlin – mit 3 728,5 Mill. DM beteiligt.

Von der Länderschuld am 31. März 1955 (22,4 Mrd. DM) entfallen 13 190,2 Mill. DM oder 59,0 vH auf Altsschulden, also insbesondere auf die Verbindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen. Gegenüber dem Vorjahresstand haben sich die Altsschulden in der Gesamtsumme leicht erhöht (um 19,6 Mill. DM). Gleichzeitig hat die Neuverschuldung der Länder, die im Rechnungsjahr 1953 um 2 189,9 Mill. DM gestiegen war, um 1 352,6 Mill. DM auf 9 176,8 Mill. DM zugenommen.

2. Kreditformen und -quellen

Von der Rückläufigkeit im Zuwachstempo ist der Hauptteil der Länder-Neuschuld, die sich jetzt auf insgesamt 6 671,2 Mill. DM belaufende Verschuldung beim Bund und Lastenausgleichsfonds, nicht betroffen; denn hier ist die Zunahme im Rechnungsjahr 1954 mit 1 273,6 Mill. DM ungefähr ebenso groß wie im Jahr zuvor (1 260,4 Mill. DM). Beim Bund sind die Länder am 31. März 1955 aus Neuverbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 2 901,3 Mill. DM und damit um 682,1 Mill. DM höher verschuldet als am 31. März 1954. Noch größer ist die Länderschuld gegenüber dem Lastenausgleichsfonds; sie hat zwischen den genannten Stichtagen um 591,5 Mill. DM weiter zugenommen und stellt sich nunmehr auf 3 769,8 Mill. DM.

Diese Länderschulden haben sich größtenteils aus der Finanzierung des Wohnungsbaus ergeben, regelmäßig in der Weise, daß Wohnbaumittel des Bundes und Lastenausgleichsfonds im Darlehenswege über die Länder an die Bauherren weitergeleitet worden sind. Den Wohnbauschulden der Länder stehen also die ihnen aus dem Weiterleihen der Mittel erwachsenen Darlehensforderungen gegenüber.

Nach den zur Schuldenstandstatistik nachgewiesenen Beträgen haben sich die den Ländern seitens des Bundes und Lastenausgleichsfonds zur Verfügung gestellten Wohnbaukredite im Rechnungsjahr 1954 um 1 167,9 Mill. DM auf insgesamt 6 198,4 Mill. DM erhöht. Von allen Ländern hat Nordrhein-Westfalen wiederum die absolut größte Zunahme aufzuweisen.

Die vom Lastenausgleichsfonds den Ländern gewährten Wohnbaudarlehen (3 668,9 Mill. DM) stammen größtenteils aus dem Aufkommen an Soforthilfeabgaben und Umstellungsgrundsulden sowie – seit Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes – aus der Hypothekengewinnabgabe (Wohnraumhilfemittel); ferner gehören die schon erwähnten, zur Förderung des Wohnungsbaus für Umsiedler und Sowjetzonenflüchtlinge bereitgestellten Kredite hierher.

Im Vergleich zu den Wohnbaudarlehen fällt die übrige bis zum 31. März 1955 beim Bund und Lastenausgleichsfonds aufgenommene Länder-Neuschuld weniger ins Gewicht. Die nicht dem Wohnungsbau vorbehaltenen Länderkredite des Bundes (371,8 Mill. DM) sind größtenteils an Schleswig-Holstein geflossen (270,0 Mill. DM). Die sonstige Verschuldung der Länder beim Lastenausgleichsfonds (100,9 Mill. DM) ist in der Hauptsache aus

4. Wohnbauschulden der Länder

— Mill. DM —

Land	Stand am 31. März 1955			Dagegen am 31. 3. 1954
	Wohnbauschulden beim Lastenausgleichsfonds	Wohnbauschulden beim Bund	Zusammen	
Schleswig-Holstein	275,7	185,0	460,7	423,8
Niedersachsen	478,0	293,6	771,5	634,4
Nordrhein-Westfalen	1 153,7	757,5	1 911,2	1 495,6
Hessen	278,5	194,2	472,7	354,2 ¹⁾
Rheinland-Pfalz	190,1	143,6	333,8	287,3
Baden-Württemberg	524,7	367,3	892,0	756,3
Bayern ²⁾	456,7	325,7	782,5	637,8
Länder ohne Hansestädte sowie ohne West-Berlin	3 357,4	2 267,0	5 624,4	4 589,4
Hamburg	199,9	105,9	305,8	246,9 ¹⁾
Bremen	51,4	25,7	77,1	69,4
Hansestädte	251,3	131,6	382,9	316,2
Länder und Hansestädte zusammen	3 608,7	2 398,5	6 007,2	4 905,5
West-Berlin	60,2	131,0	191,2	125,0
Länder insgesamt	3 668,9	2 529,5	6 198,4	—
Dagegen am 31. 3. 1954	3 136,7 ¹⁾	1 893,8	—	5 030,5 ¹⁾

¹⁾ Berichtigtes Ergebnis. — ²⁾ Einschl. Lindau.

der Förderung der landwirtschaftlichen Flüchtlingsiedlung entstanden.

Anders als die Länderverbindlichkeiten gegenüber Bund und Lastenausgleichsfonds haben sich die – teilweise gleichfalls dem Wohnungsbau dienenden – Schuldaufnahmen der Länder am Kreditmarkt und aus öffentlichen Sondermitteln entwickelt. Bei dieser Neuverschuldung der Länder, die sich am 31. März 1955 auf insgesamt 2 501,1 Mill. DM stellt, bleibt der Zuwachs im Rechnungsjahr 1954 mit 75,1 Mill. DM weit hinter der Zunahme des Vorjahres (928,9 Mill. DM) zurück. Im einzelnen ist die Entwicklung allerdings recht unterschiedlich verlaufen.

In der Gesamtsumme bedeutend, nämlich von 688,7 Mill. DM¹⁾ auf 893,6 Mill. DM, sind die von Sozialversicherungen und aus dem ERP-Sondervermögen stammenden Länderkredite angewachsen, letztere vor allem für West-Berlin (73,6 Mill. DM).

Der Umlauf an Ländereanleihen dagegen ist im Vergleich zu der vorjährigen Aufwärtsbewegung nur noch leicht gestiegen, einschließlich der verzinslichen Schatzanweisungen um 34,6 Mill. DM auf 858,0 Mill. DM. Bayern, West-Berlin und Rheinland-Pfalz haben Anleihebeträge in Höhe von insgesamt 19,4 Mill. DM eingelöst. Neu hinzugetreten sind im Rechnungsjahr 1954 allein die vom Land Niedersachsen begebenen 54,0 Mill. DM. Auf die Ausstattung dieser über 15 Jahre laufenden Anleihe, die mit einem Zinssatz von 7½ % und einem Verkaufskurs von 98½ % herausgekommen ist, hat sich auch der Umstand ausgewirkt, daß die Zinsen der Kapitalertragsteuer unterliegen.

Das verlangsamte Anwachsen der Länder-Neuschuld aus Kreditmarktmitteln ist außerdem durch den Rückgang der Kurz-

¹⁾ Einschl. der zum 31. 3. 1954 unter den Bankschulden Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens mit erfaßten 69,5 Mill. DM.

kredite bedingt. Das gilt in besonderem Maße für die – teilweise kürzer befristeten – Bankschulden der Länder; vor allem Bayern hat seine Bankkredite weitgehend abgebaut (um 113,3 Mill. DM auf 64,0 Mill. DM). Gleichzeitig ist der Umlauf an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen der Länder noch stärker zurückgegangen als im Jahr zuvor. Bei Einschluß des von Rheinland-Pfalz in Anspruch genommenen Zentralbankkredites (2,0 Mill. DM) hat sich dieser Teil der Länderschuld um 48,9 Mill. DM auf 90,1 ermäßigt, namentlich infolge der seitens des Landes Baden-Württemberg vorübergehend eingelösten oder getilgten unverzinslichen Schatzanweisungen im Betrage von 37,7 Mill. DM.

Noch erheblicher, nämlich um 80,0 Mill. DM auf 115,3 Mill. DM, haben sich im Rechnungsjahr 1954 die von den Ländern als Kassenkredite (im haushaltsrechtlichen Sinne) bezeichneten Verbindlichkeiten vermindert. Hier ergibt sich die Abnahme in erster Linie aus dem Fortfall des verhältnismäßig hohen Kassenkredites, den Niedersachsen noch zum 31. März 1954 nachgewiesen hatte (66,4 Mill. DM).

Aus dem oben besprochenen Bereich der für kürzere Zeit aufgenommenen Länderschulden rechnen nur Teilbeträge zu den Kassenkrediten, am 31. März 1955 Bankschulden West-Berlins in Höhe von 20,0 Mill. DM und die unverzinslichen Schatzanweisungen des Landes Rheinland-Pfalz (14,0 Mill. DM). In der Hauptsache bestehen die Kassenkredite am genannten Stichtag aber aus den Beträgen, die von West-Berlin (62,0 Mill. DM), Baden-Württemberg (15,3 Mill. DM) und Rheinland-Pfalz (4,0 Mill. DM; im Vorjahr 16,3 Mill. DM) dem Bund gegenüber geschuldet werden. Diese Verbindlichkeiten sind sämtlich im Jahr 1950 entstanden, für Rheinland-Pfalz und das ehemalige Land Baden aus den Bundeskrediten zur Begleichung rückständiger Besatzungskosten.

Auch die außerhalb der eigentlichen Verschuldung erfaßten Zahlungsrückstände der Länder besitzen am 31. März 1955 mit insgesamt 71,0 Mill. DM nicht mehr das Ausmaß, das sie im Vorjahr hatten. Der damalige, verhältnismäßig hohe Stand (164,1 Mill. DM) erklärte sich vor allem aus fälligen, aber noch nicht an den Lastenausgleichsfonds abgeführten Länderzuschüssen. Für den 31. März 1955 sind Zuschußverpflichtungen dieser Art nicht nachgewiesen.

Zu den jetzt erfaßten 71,0 Mill. DM gehören der schon seit Jahren bestehende Anspruch des Bundes an Bayern in Höhe von 50,0 Mill. DM und die rückständigen Zahlungen Nordrhein-Westfalens an Länderfinanzausgleich für das Rechnungsjahr 1954 (15,9 Mill. DM); ferner rechnen hierher die Restforderung Niedersachsens an Schleswig-Holstein aus der Niedersachsenklausel (2,4 Mill. DM) sowie die Rückstände Schleswig-Holsteins gegenüber der Landesgarantiekasse G.m.b.H. und des Landes Rheinland-Pfalz aus Zinszahlungen (zusammen 2,7 Mill. DM).

3. Regionale Unterschiede

Das Ausmaß der Verschuldung in den einzelnen Ländern ist recht unterschiedlich. Dem absoluten Betrage und folglich dem prozentualen Anteil nach steht Nordrhein-Westfalen an der Spitze (5 122,4 Mill. DM am 31. März 1955 oder 22,9 vH der Inlandschulden aller Länder), gefolgt von Bayern (17,7 vH) und Baden-Württemberg (13,7 vH). Die niedrigste Länderschuld hat

Rheinland-Pfalz (1 041,5 Mill. DM oder 4,7 vH), von Bremen (mit 464,2 Mill. DM) abgesehen.

Bezieht man die Schuldenhöhe auf die Einwohnerzahl, so tritt unter den Ländern (ohne West-Berlin und die Hansestädte) Schleswig-Holstein an die erste Stelle. Mit einer Steigerung von 60,49 DM auf 577,22 DM je Einwohner weisen die Darlehensverbindlichkeiten dieses Landes auch im Rechnungsjahr 1954 die relativ größte, in DM je Einwohner berechnete Zunahme auf.

Auch Baden-Württemberg und Bayern liegen mit ihren Schulden über dem Durchschnittssatz, der sich am 31. März 1955 für die inländische Gesamtverschuldung der Länder (ohne „Stadtstaaten“) auf 395,17 DM je Einwohner beläuft und damit den entsprechenden Durchschnitt vom 31. März 1954 (375,56 DM) um 19,61 DM je Einwohner überschreitet.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Länderschuld ist besonders bemerkenswert, daß für Schleswig-Holstein und West-Berlin die Schulden bei Gebietskörperschaften größer sind als die Verbindlichkeiten dieser Länder aus Ausgleichsforderungen, während für die anderen Länder das Umgekehrte gilt. Die verhältnismäßig hohen Bundeskredite an Schleswig-Holstein und – bei West-Berlin – die dem Bund gegenüber geschuldeten 622,2 Mill. DM aus der Geldausstattung finden (neben anderen Ursachen) hierin ihren Ausdruck.

Auch die regelmäßig anzutreffende Erscheinung, daß das Schwergewicht der Länder-Neuschuld auf den Schulden bei Gebietskörperschaften liegt, ist nicht ohne Ausnahmen. Denn bei den Ländern Bayern und Bremen sind die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln mit höheren Beträgen am Schuldenstand beteiligt als die Schuldverpflichtungen gegenüber anderen Gebietskörperschaften und dem Lastenausgleichsfonds.

5. Inländische Gesamtverschuldung¹⁾ der Länder am 31. März 1955

— DM je Einwohner —

Land	Schulden aus Ausgleichsforderungen	Alt- / Neuschulden aus Kreditmarkt- bzw. öffentlichen Sondermitteln		Schulden bei Gebietskörperschaften	Inlandschulden zusammen	
		Alt-	Neu-		einschl.	ohne Ausgleichsforderungen
Schleswig-Holstein	186,23	0,36	65,19	325,43	577,22	390,99
Niedersachsen	202,14	0,42	35,85	122,54	360,94	158,81
Nordrhein-Westfalen	203,92	0,00	18,15	133,38	355,45	151,54
Hessen	238,28	0,24	35,13	108,07	381,72	143,44
Rheinland-Pfalz	167,83	0,01	48,01	104,92	320,77	152,94
Baden-Württemberg	288,87	0,01	20,61	132,88	442,38	153,51
Bayern ²⁾	250,49	0,76	96,35	85,70	433,30	182,81
Länder ohne Hansestädte sowie ohne West-Berlin	225,13	0,25	42,17	127,63	395,17	170,04
Hamburg	583,13	11,60	92,63	182,86	870,22	287,09
Bremen	363,16	5,60	244,50	140,96	754,22	391,07
Hansestädte	525,54	10,03	132,39	171,89	839,85	314,31
West-Berlin	290,83	18,28	91,79	399,46	800,36	509,53

¹⁾ Ohne Zahlungsrückstände sowie ohne Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe. — ²⁾ Neuschulden einschl. der — fast ausschließlich auf West-Berlin entfallenden — Altschulden. — ³⁾ Einschl. Lindau.

D. Inlandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

I. Gesamtbetrag

Die inländische Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes ist im Rechnungsjahr 1954 um 1 367,6 Mill. DM auf 4 891,7 Mill. DM angewachsen. Innerhalb dieser Gesamtsumme, die auch die von anderen Gebietskörperschaften und vom Lastenausgleichsfonds stammenden Darlehen umfaßt, spielen die Altschulden eine verhältnismäßig geringe Rolle; sie sind erneut zurückgegangen (um 22,4 Mill. DM) und betragen am 31. März 1955 noch 97,4 Mill. DM. Gleichzeitig hat die Neuverschuldung der Gemeinden einen Gesamtumfang von 4 794,3 Mill. DM erreicht; hier ist die Zunahme mit 1 390,1

Mill. DM noch größer als im Rechnungsjahr 1953 (1 102,1 Mill. DM) und weitaus höher als in den Rechnungsjahren 1952 (864,3 Mill. DM), 1951 (513,8 Mill. DM) und 1950 (569,3 Mill. DM). Von der vorübergehenden Abschwächung für 1951 abgesehen, zeigt die gemeindliche Neuverschuldung also eine ständig ansteigende Richtung.

Das regional uneinheitliche Ausmaß des Schuldenzuwachses hat allerdings zu erheblichen Unterschieden in der Schuldenhöhe geführt. In DM je Einwohner berechnet, stehen auch am 31. März 1955 die Gemeinden Baden-Württembergs an der Spitze, nunmehr dicht gefolgt von den hessischen Gemeinden. Aber auch in Nordrhein-Westfalen übersteigt die kommunale Inlandschuld

6. Inländische Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Land, Art der Gebietskörperschaft	31.3.1954	31.3.1955	31.3.1954	31.3.1955	Zunahme
	Mill. DM		DM je Einwohner ¹⁾		
Schleswig-Holstein	198,6	257,8	83,29	110,88	27,59
Niedersachsen	353,7	603,2	53,38	76,40	23,02
Nordrhein-Westfalen	1 061,8	1 570,7	75,44	108,99	33,55
Hessen	403,9	654,7	90,69	123,30	32,61
Rheinland-Pfalz	195,9	293,5	61,19	90,40	29,21
Baden-Württemberg	685,0 ²⁾	885,2	101,16	127,62	26,46
Bayern ³⁾	625,1	826,6	68,14	90,23	22,09
Zusammen	3 524,1 ²⁾	4 891,1	75,48	103,71	28,23
davon:					
Kreisfreie Städte	1 989,4	2 750,8	124,36	168,09	43,73
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	1 252,4	1 736,5	40,81	56,38	15,57
davon mit					
10 000 und mehr Einwohnern	491,5	712,9	74,81	105,64	30,83
3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	388,8	519,8	49,25	65,07	15,82
weniger als 3 000 Einwohnern	363,5	491,6	22,40	30,60	8,20
Ämter	8,7	12,1	1,67	2,33	0,66
Landkreise ⁴⁾	268,2	368,5	8,74	11,96	3,22
Bezirksverbände	14,1	35,9	0,76	1,09	0,33

¹⁾ Bei Errechnung dieser Relativzahlen sind auch die Einwohnerzahlen derjenigen Gemeinden mit erfaßt, die am 31.3.1955 keine Schulden haben. — ²⁾ Bei Einschl. nachträglicher Berichtigungen ermäßigt sich der Schuldenstand um 0,2 Mill. DM. — ³⁾ Einschl. Lindau. — ⁴⁾ In der Veröffentlichung der Ergebnisse vom 31.3.1954 als „Kreise“ bezeichnet.

jetzt den Bundesdurchschnitt je Einwohner (103,71 DM); trotz der großen Einwohnerzahl dieses Landes nähert sie sich stark dem auf Schleswig-Holstein — mit seiner weit geringeren Bevölkerungszahl — entfallenden DM-Betrag je Einwohner. Andererseits bleibt der gemeindliche Schuldenstand in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern weiterhin unter dem genannten Bundesdurchschnitt.

Unter den einzelnen Arten der kommunalen Gebietskörperschaften sind die kreisfreien Städte insgesamt mit dem höchsten Betrage am Zuwachs und Stand der Inlandschulden beteiligt. Im Rechnungsjahr 1954 haben sich ihre Darlehensverbindlichkeiten um 43,73 DM auf 168,09 DM je Einwohner oder — in absoluten Zahlen — um 761,4 Mill. DM auf 2 750,8 Mill. DM erhöht. Am 31. März 1955 entfallen damit 56,2 vH aller Inlandschulden im gemeindlichen Bereich auf die kreisfreien Städte, also im wesentlichen auf die Großstädte und größeren Gemeinden.

Regional bestehen allerdings auch hier große Unterschiede. In den meisten Ländern, insbesondere in Niedersachsen (42,2 vH) und Schleswig-Holstein (42,9 vH), ist der Anteil der kreisfreien Städte an der kommunalen Verschuldung weit niedriger; erheblich überschritten wird der Bundesdurchschnitt nur in Hessen (68,4 vH) und in Nordrhein-Westfalen (66,2 vH).

Am Gesamtbetrag der gemeindlichen Neuverschuldung sind die kreisfreien Städte am 31. März 1955 mit der gleichen Schuldenquote beteiligt wie am 31. März 1954 (55,9 vH). Das bedeutet also, daß die Schuldenzunahme des Rechnungsjahres 1954 bei den anderen Gemeinden und den Gemeindeverbänden im Gesamtdurchschnitt relativ ebenso hoch war wie bei den kreisfreien Städten; in beiden Fällen ist die Neuverschuldung, gemessen am Stand vom 31. März 1954, um rund 41 vH gestiegen.

Die schon im Vorjahr deutlich feststellbare beschleunigte Aufwärtsbewegung der auf die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften, hauptsächlich auf die Landkreise und ihre Gemeinden, entfallenden Schulden hat sich demnach fortgesetzt. Bei den kreisangehörigen Gemeinden erklärt sich das verstärkte Anwachsen zum Teil daraus, daß die Zahl der bislang noch schuldenfreien, jetzt aber mit Schulden belasteten Gebietskörperschaften erneut beträchtlich größer geworden ist. Das gilt vor allem für die Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. Bei ihnen hat die

Zahl der verschuldeten Gebietskörperschaften um ungefähr 1 400 zugenommen¹⁸⁾.

2. Kreditquellen

Auch in jüngster Zeit haben die Gemeinden ihren Anleihebedarf überwiegend am Kreditmarkt gedeckt. Der Anteil der Kreditmarktmittel — und andererseits der öffentlichen Mittel — am Zuwachs der kommunalen Verschuldung ist jedoch nur näherungsweise feststellbar. Die zeitliche Vergleichbarkeit wird dadurch beeinträchtigt, daß die für die Vorjahre unter den Kreditmarktschulden nachgewiesenen Bankdarlehen, vor allem die von den Landeskreditanstalten Baden-Württembergs und der Landesbodenkreditanstalt Bayerns stammenden, in größerem Umfang öffentliche Mittel enthalten, die im gemeindlichen Schuldenstand vom 31. März 1955 nunmehr — ihrer Herkunft nach — den Schulden bei Gebietskörperschaften oder den öffentlichen Sondermitteln zugeordnet sind. Infolge dieser veränderten Nachweisung erscheinen die bei den vorgenannten Landeskreditanstalten und bei der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt aufgenommenen Schulden, soweit sie auf Kreditmarktmittel entfallen, jetzt mit einem niedrigeren Betrage als in den letzten Jahren.

Die um die erwähnten öffentlichen, insbesondere staatlichen Mittel bereinigte kommunale Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln stellt sich am 31. März 1955 auf 3 315,8 Mill. DM (ohne Kassenkredite). Diese Darlehen stammen größtenteils von Sparkassen, Girozentralen, Hypothekenbanken und anderen Kreditinstituten. Die erneute Ausdehnung der den Gemeinden gewährten Anstaltskredite ist offenbar dadurch gefördert worden, daß den Bodenkreditinstituten aus dem Verkauf ihrer Kommunalobligationen in letzter Zeit besonders erhebliche Mittel zugeflossen sind¹⁹⁾. Neben Banken haben ferner Versicherungsunternehmen und Bausparkassen wiederum bedeutend zur Deckung des gemeindlichen Kreditbedarfes beigetragen.

Die in den Jahren 1953 und 1954 von einigen Großstädten (München, Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln und Wuppertal) begebenen, in der Mehrzahl der Fälle mit einem Zinssatz von 5½ % bei einem Emissionskurs von 97½ % ausgestatteten Inhaberschuldverschreibungen sind jetzt mit ihrem vollen Gesamtbetrag (69,9 Mill. DM) im Schuldenstand der Gemeinden enthalten. Der Erlös dieser langfristigen, hinsichtlich ihrer Zinserträge steuerbefreiten Anleihen ist für den sozialen Wohnungsbau bestimmt.

Neben den Kreditmarktschulden ist die gemeindliche Neuverschuldung aus öffentlichen — zum Teil bei Banken aufgenommenen — Mitteln am 31. März 1955 mit insgesamt 1 447,9 Mill. DM nachgewiesen. Hieran sind die von Gebietskörperschaften und vom Lastenausgleichsfonds stammenden Kommunalkredite mit annähernd einer Milliarde DM beteiligt. Aber auch die öffentlichen Sondermittel, die jetzt hauptsächlich Kredite der Sozialversicherungen umfassen, fallen beträchtlich ins Gewicht. Diese 471,3 Mill. DM werden größtenteils von kreisfreien Städten geschuldet, allerdings mit Ausnahme der aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gewährten Darlehen, die in erster Linie den kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreisen zugute gekommen sind.

Innerhalb der Bundes- und Länderkredite (920,8 Mill. DM) zeigen im Rechnungsjahr 1954 die — soweit gesondert erfaßbar — um 119,2 Mill. DM auf 303,4 Mill. DM gestiegenen Wohnbaudarlehen den größten Zuwachs, der sich zum guten Teil jedoch aus der dargelegten vollständigeren Einbeziehung bislang den Kreditmarktschulden zugeordneter staatlicher Mittel erklärt.

In verhältnismäßig engen Grenzen hält sich die Verschuldung der Gemeinden untereinander. Es handelt sich bei diesen 36,2 Mill. DM in der Hauptsache um Verbindlichkeiten kreisangehöriger Gemeinden gegenüber ihren Kreisen.

Die insbesondere für den Auf- und Ausbau von Heimen bestimmten Darlehen, die den Gemeinden unmittelbar vom Lastenausgleichsfonds zugeflossen sind, haben sich im Rechnungsjahr

¹⁸⁾ Vgl. die Übersicht auf Seite 29.

¹⁹⁾ Vgl. „Die Bodenkreditinstitute im Jahr 1954“. In: „Wirtschaft und Statistik“, 7. Jg. N. F., Heft 3, März 1955, S. 166 ff.

7. Quellen der kommunalen Neuverschuldung

— Mill. DM —

Art der Schulden	Stand der Schulden am 31. März			
	1952	1953	1954	1955 ¹⁾
1. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln²⁾				
bei Sparkassen	197,1	342,9	547,5	768,2
bei Girozentralen ⁴⁾	321,4	536,3	808,8	1 126,2
bei Landeskreditanstalten ⁵⁾	45,8	114,9	160,2	98,3 ⁶⁾
bei sonstigen Kreditinstituten	62,5	155,0	307,1	592,7
bei Versicherungen ⁷⁾ und bei Bausparkassen	142,8	230,3	362,2	498,9
Inhaberschuldverschreibungen	—	—	26,1	69,9
Hypotheken	32,4	32,8	36,6	35,3
Restkaufgelder ⁸⁾	—	—	—	35,9
Übrige Kreditmarktmittel	46,6	80,9	91,5	90,4
Zusammen	848,6	1 493,1	2 340,0	3 315,8
2. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln²⁾				
Kredite von der Arbeitslosenversicherung ¹⁰⁾	26,9	30,0	35,5	75,8
Kredite von sonstigen Sozialversicherungen	27,5	62,8	115,8	216,8
ERP-(ECA-) Kredite	149,2	161,8	166,3	178,7
Zusammen	203,6	254,6	317,6	471,3
3. Neuschulden bei Gebietskörperschaften²⁾				
Kredite von Bund und Ländern	} 353,8	} 521,8	663,8	920,8
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden			36,0	36,2
Kredite vom Lastenausgleichsfonds ¹¹⁾			13,5	19,6
Neuverschuldung ohne Kassenkredite (Summe 1 bis 3)	1 406,1	2 269,5	3 370,8	4 763,7
4. Kassenkredite	31,7	32,6	33,4	30,5
Inländische Neuverschuldung insgesamt	1 437,8	2 302,1	3 404,2	4 794,3

¹⁾ Gegenüber den Ergebnissen der Vorjahre zum Teil Verschiebungen zwischen den Schuldarten durch Einbeziehung von weiteren öffentlichen bei Kreditinstituten geschuldeten Mitteln in die Abschnitte 2 und 3. — ²⁾ Ohne Kassenkredite. — ³⁾ Die Kredite von Sozialversicherungen sind dem Abschnitt 2 zugeordnet. — ⁴⁾ Einschl. derjenigen Girozentralen, die zugleich „Landesbanken“ sind. — ⁵⁾ In Baden-Württemberg sowie seit 31. 3. 1953 in Bayern (Landesbodenkreditanstalt). — ⁶⁾ Vgl. Anmerk. 1. — ⁷⁾ Ohne Sozialversicherungen. — ⁸⁾ Restkaufgelder mit und ohne hypothekarische Sicherung; vor dem 31. 3. 1955 zum Teil in „übrigen Kreditmarktmitteln“ oder „Hypotheken“ mit enthalten. — ⁹⁾ Ohne die etwaigen unter Abschnitt 1 mit erfaßten Schuld aufnehmen bei der Bundespost. — ¹⁰⁾ Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — ¹¹⁾ Unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommen; vor dem 31. 3. 1954 nicht gesondert erfaßt.

1954 um 6,1 Mill. DM auf 19,6 Mill. DM erhöht. Auch diese Kredite werden vorwiegend von kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen geschuldet.

3. Verwendungszwecke der Schulden

Die schnelle Aufwärtsbewegung der kommunalen Verschuldung ist in erster Linie durch das Ausmaß der im gemeindlichen Bereich anfallenden Investitionen sowie durch die Notwendigkeit bedingt, diese zum Teil durch Kredite zu finanzieren. Die für Investitionsaufgaben der K ä m m e r e i v e r w a l t u n g e n eingesetzten Darlehensbeträge sind vor allem dem Bau von Wohnungen, Straßen, Schulen, Anlagen der Stadtentwässerung und Krankenhäusern zugute gekommen. Diese Schwerpunkte des Einsatzes zeigen im wesentlichen sowohl die Kreditmarktmittel als auch die von Sozialversicherungen oder von Gebietskörperschaften stammenden Darlehen. Insgesamt machen die für Vorhaben der K ä m m e r e i v e r w a l t u n g e n verwendeten Anleihemittel (3 599,6 Mill. DM) mehr als drei Viertel der am 31. März 1955 nach Abzug der

8. Verwendungszwecke der kommunalen Neuverschuldung¹⁾ nach dem Stand der Schulden am 31. März 1955

— Mill. DM —

Verwaltungszweig	Schulden aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln	Schulden bei Gebietskörperschaften	Neuverschuldung		
			zusammen	darunter: in der Zeit vom 1.4.1954 bis zum 31.3.1955 aufgenommene	
				Schulden zusammen	Schulden der kreisfreien Städte
I. Kämmererverwaltungen					
Eigener Wohnungsbau	192,0	113,6	305,6	97,6	40,7
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	217,8	159,9	377,7	66,8	35,8
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	291,4	35,3	326,7	178,7	142,1
Zusammen	701,3	308,8	1 010,0	343,2	218,7
Straßen und sonstiger Tiefbau	429,3	198,6	627,9	229,6	110,1
Sonstiges Bauwesen	72,9	46,4	119,3	34,7	25,7
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	96,6	25,7	122,3	37,7	22,5
Stadtentwässerung	283,4	106,9	390,3	171,6	75,0
Sonstige öffentliche Einrichtungen	139,7	12,9	152,6	54,6	38,8
Wirtschaftsförderung	56,2	11,5	67,7	25,3	17,0
Einrichtungen des Gesundheitswesens	237,1	25,5	262,7	81,5	31,9
Sonstige Gesundheits- und Jugendpflege	24,9	1,7	26,6	11,7	8,4
Schulen	500,3	90,3	590,6	216,1	101,2
Übrige Kämmererverwaltungen ²⁾	184,7	44,9	229,6	70,8	48,2
Zusammen	2 025,3	564,4	2 589,6	933,7	478,8
Summe I	2 726,6	873,2	3 599,6	1 276,9	697,4
II. Wirtschaftsunternehmen³⁾					
Elektrizitätsversorgung	307,3	12,7	320,0	102,9	83,9
Gasversorgung	186,1	8,0	194,1	55,6	41,6
Wasserversorgung	316,6	61,1	377,7	122,4	42,6
Hafen- und Umschlagunternehmen	21,8	2,3	24,2	8,8	7,0
Sonstige Verkehrsunternehmen	97,3	10,1	107,5	28,3	22,3
Übrige Unternehmen	131,3	9,3	140,7	41,9	22,5
Summe II	1 060,6	103,4	1 164,1	359,9	219,8
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	812,8	58,4	871,2	261,5	199,9
Summe I und II	3 787,1	976,6	4 763,7	1 636,8	917,2
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	692,4	170,2	862,6	179,1	162,8

¹⁾ Ohne Kassenkredite. — ²⁾ Vor allem einschl. Sondervermögen, allgemeinem Kapitalvermögen und nicht aufgeteilter Beträge. — ³⁾ Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind den einzelnen Verwendungsarten entsprechend (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt.

Tilgungen noch bestehenden Neuverschuldung (ohne Kassenkredite) aus.

1 164,1 Mill. DM oder nicht ganz ein Viertel der Neuschulden, und zwar neben Kreditmarktmitteln insbesondere ERP-Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften, dienen dem Investitionsbedarf der gemeindlichen W i r t s c h a f t s u n t e r n e h m e n ; außerdem enthält die am 31. März 1955 noch verbliebene Altverschuldung der Gemeinden rund 13 Mill. DM, die für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen sind.

Es ist aufschlußreich, wie sich diese Kredite auf die einzelnen Betriebsarten verteilen. Die höchsten Beträge sind der Versorgungswirtschaft, insbesondere der Wasser- und der Elektrizitäts-

versorgung, zugeführt worden. Da die für kombinierte Unternehmen („Stadtwerke“) investierten Darlehen den verschiedenen Verwendungsarten zugerechnet sind, ist der auf die einzelnen Zweige der kommunalen Versorgungs- und Verkehrswirtschaft entfallende Anteil jetzt – anders als in den Vorjahren – deutlich erkennbar. Dabei bleibt allerdings zu bedenken, daß die Kreditfinanzierung kommunaler Unternehmen nur mit denjenigen Beträgen in der Schuldenstandstatistik zu erfassen ist, die von den Gemeinden selbst bei Banken oder anderen außenstehenden Gläubigern geschuldet werden. Außer Betracht bleiben also die Darlehensaufnahmen vergesellschafteter Unternehmen, da diese Kredite nicht über die gemeindlichen Haushalte laufen und infolgedessen im Schuldenstand der Gemeinden auch nicht enthalten sind.

Wie erstmals zum 31. März 1955 ermittelt wurde, entfallen etwa drei Viertel (871,2 Mill. DM oder 74,8 vH) der für Wirtschaftsunternehmen aufgenommenen Neuschulden auf Kreditbeträge, die von den Gemeinden an ihre – rechtlich unselbständigen – Eigenbetriebe weitergegeben worden sind. Von diesem Bundesdurchschnitt weicht der Anteil, den die an Eigenbetriebe weitergeleiteten Darlehen an den gemeindlichen Schuldaufnahmen für Wirtschaftsunternehmen haben, in den meisten Ländern erheblich ab. In Hessen (61,5 vH), Rheinland-Pfalz (65,1 vH) und Bayern (69,3 vH) ist der Anteil niedriger, in Schleswig-Holstein (83,4 vH), Nordrhein-Westfalen (80,1 vH) und Baden-Württemberg (77,2 vH) dagegen höher; nur in Niedersachsen (75,2 vH) deckt er sich ungefähr mit dem Bundesdurchschnitt. Mitbestimmend für diese bemerkenswerten regionalen Unterschiede dürfte die länderspezifische uneinheitliche Verteilung der Wirtschaftsbetriebe auf rechtlich selbständige und unselbständige sein.

Betrachtet man die Verwendung der im Rechnungsjahr 1954, d. h. in der Zeit vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1955 von den Gemeinden aufgenommenen Kredite, so zeigt sich im wesentlichen die gleiche Schwerpunktbildung der Investitionen, die vorstehend für den Gesamtbetrag der Neuschulden festgestellt wurde. Auch die im genannten Zeitabschnitt eingegangenen Darlehensverbindlichkeiten, die im gemeindlichen Schuldenstand vom 31. März 1955 mit insgesamt 1 636,8 Mill. DM²⁰⁾ enthalten sind, dienen vor allem der Finanzierung von Wohnungen, Straßen, Schulen, Kanalisationen einerseits und von Versorgungsbetrieben andererseits. Im ganzen und auch im einzelnen entfallen auf diese Aufgabenbereiche noch erheblich höhere Kreditbeträge als im Jahr zuvor. In besonderem Maße gilt das für weitergegebene Wohnbaurdarlehen. Während noch im Rechnungsjahr 1953 die Finanzierung des gemeindeeigenen Wohnungsbaus bei weitem an erster Stelle stand, haben die Gemeinden in jüngster Zeit den Bau von Wohnungen vorwiegend durch Überlassung von Darlehen an andere Bauherren gefördert.

179,1 Mill. DM oder über ein Zehntel der Schuldenaufnahmen sind auch noch im Rechnungsjahr 1954 für die Beseitigung von Kriegsschäden bestimmt. Den Hauptanteil (90,9 vH) an diesen Aufwendungen haben die kreisfreien Städte. Auch die übrigen Unterschiede, die zwischen Stadt und Land hinsichtlich der Verwendung der Schulden bestehen, sind recht bemerkenswert. Die im Rechnungsjahr 1954 für Wasserversorgung, Anlagen der Stadtentwässerung, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Schulen und eigenen Wohnungsbau aufgenommenen Darlehen entfallen – wie schon im Vorjahr – überwiegend auf die kreisangehörigen Gemeinden und die Landkreise, neuerdings außerdem auch die für Straßen- und sonstigen Tiefbau eingesetzten Kredite. Alle übrigen kommunalen Aufgabengebiete haben in erster Linie bei den kreisfreien Städten zu einer Schuldenvermehrung geführt.

4. Laufzeiten und Fälligkeiten

Wie die dargestellten Verwendungszwecke erkennen lassen, ist der Kreditbedarf der Gemeinden weitgehend langfristiger Art.

²⁰⁾ Dieser Betrag stellt im wesentlichen den Schuldenzugang des Rechnungsjahres 1954 dar. Tilgungen dürften kaum abgesetzt sein. Der Zugang darf nicht mit der Schuldenzunahme verwechselt werden, die ein Saldo aus Schuldaufnahmen und Tilgungen ist und 1 390,1 Mill. DM (für die gemeindliche Neuverschuldung) beträgt.

Diesem Erfordernis der Langfristigkeit wird die jüngste Entwicklung der kommunalen Neuverschuldung in besonderem Maße gerecht; denn zugenommen haben im Rechnungsjahr 1954 fast ausschließlich die für 10 Jahre und länger aufgenommenen Kredite. Bei Einrechnung der Annuitätsdarlehen sind die langfristigen Schulden um 1 391,8 Mill. DM auf insgesamt 4 033,7 Mill. DM angewachsen. Ihr Anteil am Gesamtbetrag der Neuschulden (einschließlich Kassenkredite) hat sich damit von 77,6 vH im Vorjahr auf 84,1 vH am 31. März 1955 erhöht.

Innerhalb der langfristigen Verbindlichkeiten der Gemeinden liegt das Schwergewicht eindeutig bei den – in gleichbleibenden Jahresleistungen (Annuitäten) aus Tilgung und Verzinsung zurückzuzahlenden – Annuitätsdarlehen. Die am 31. März 1955 noch verbliebenen Altschulden bestehen in der Hauptsache (zu 83,9 Mill. DM) aus solchen Darlehen. Die in den Neuschulden enthaltenen Annuitätsdarlehen haben im Rechnungsjahr 1954 absolut um 831,0 Mill. DM auf 2 367,7 Mill. DM und anteilmäßig von 45,1 vH auf 49,4 vH zugenommen. Weitere 1 666,0 Mill. DM oder 34,7 vH der kommunalen Neuverschuldung am 31. März 1955 (gegenüber 1 105,2 Mill. DM oder 32,5 vH im Vorjahr) entfallen auf diejenigen langfristigen, für 10 Jahre und länger abgeschlossenen Kredite, die nicht in Annuitäten, sondern in anderer Weise, z. B. in einer Summe oder in Serien, rückzahlbar sind.

Dieser starken Aufwärtsbewegung steht bei den kurzfristigen, weniger als 4 Jahre laufenden Schulden ein merklicher Rückgang gegenüber. Bei Einschluß der Kassenkredite haben sich diese Darlehensverbindlichkeiten zwischen dem 31. März 1954 und dem 31. März 1955 um 27,0 Mill. DM auf 171,8 Mill. DM ermäßigt.

In der gleichen Zeit hat sich allerdings der Umfang der mittelfristigen, mit einer Laufzeit von 4 bis unter 10 Jahren ausgestatteten Kredite um 25,3 Mill. DM auf 588,8 Mill. DM weiter vergrößert. Doch bleibt die Zunahme hier erheblich unter der vorjährigen (221,8 Mill. DM); auch ist der prozentuale Anteil der mittelfristigen Darlehen von 16,6 vH auf 12,3 vH der Neuschulden gesunken.

9. Fälligkeiten aus der kommunalen Verschuldung

– Mill. DM –

Zeitraum der Fälligkeit	Fällig werdende Beträge ¹⁾					darunter kreisfreie Städte
	Altverschuldung	Neuverschuldung			zusammen	
		aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften		
Rechnungsjahr 1955 . .	1,5	187,9	23,8	29,1	242,4	131,6
Rechnungsjahr 1956 . .	1,2	161,8	23,3	24,8	211,1	120,3
Rechnungsjahr 1957 . .	1,0	165,9	26,8	26,1	219,8	134,9
Rechnungsjahr 1958 . .	0,6	184,6	26,1	27,8	239,1	151,4
Zusammen . .	4,3	700,3	100,0	107,8	912,3	538,2
Nach dem 31. 3. 1959 . .	9,2	1 044,7	184,9	258,4	1 497,2	902,9
Insgesamt . .	13,5	1 745,0	284,8	366,2	2 409,5	1 441,2

¹⁾ Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

Außer den kurzfristigen Krediten kommen in den nächsten Jahren beträchtliche Teile der übrigen gemeindlichen Schulden zur Rückzahlung. Aufschluß hierüber geben die zum 31. März 1955 ermittelten Fälligkeiten²¹⁾.

Für die auf den vorgenannten Stichtag folgenden vier Rechnungsjahre 1955 bis 1958 sind Fälligkeiten in Höhe von 912,3 Mill. DM festgestellt worden. Demgegenüber belaufen sich die zum 31. März 1954 für den entsprechenden Zeitraum, nämlich für die Rechnungsjahre 1954 bis 1957 nachgewiesenen Tilgungsbeträge auf 751,7 Mill. DM und am 31. März 1953 – für die Rechnungsjahre 1953 bis 1956 – sogar nur auf 496,6 Mill. DM.

Diese Ergebnisse verstehen sich ohne die fällig werdenden

²¹⁾ Über das Verhältnis dieser Fälligkeiten zu den oben besprochenen Laufzeiten s. unter Abschnitt G., „Methodische Bemerkungen“, S. 18.

Beträge der Annuitätsdarlehen und der Kassenkredite, außerdem am 31. März 1953 ohne die zur Rückzahlung kommenden Altschulden. Dessenungeachtet lassen die Zahlen erkennen, daß

das Ausmaß der von den Gemeinden, insbesondere den kreisfreien Städten, in kürzerer Frist zu leistenden Rückzahlungen laufend zunimmt.

E. Auslandschulden der Gebietskörperschaften

1. Erfasster Gesamtbetrag

Zu den Inlandsverbindlichkeiten treten noch die Auslandschulden der Gebietskörperschaften, die, zu festen Währungsparitäten umgerechnet, mit insgesamt 9 737,3 Mill. DM²²⁾ ermittelt worden sind. Diese Zahl gibt im wesentlichen den Stand vom 31. März 1955 wieder; sie umfaßt neben Auslandschulden des Bundes und der Länder erstmals auch Auslandsverbindlichkeiten der Gemeinden aus dem Londoner Abkommen. Jedoch handelt es sich, auch soweit die Auslandschulden des Bundes und der Länder in Betracht kommen, nur um vorläufige, in ihrer Gesamthöhe noch nicht endgültig feststehende Beträge. Die Vorläufigkeit der Angaben beruht insbesondere darauf, daß die durch das Londoner Abkommen eingeleitete Regelung der Auslandschulden zum Teil noch nicht abgeschlossen ist.

2. Auslandschulden des Bundes

Den bei weitem größten Anteil an den vorgenannten 9,7 Mrd. DM hat der Bund, dessen – überwiegend auf amerikanische Dollar oder englische Pfund lautende – Auslandschuld zum 31. März 1955 mit 9 432,5 Mill. DM²³⁾ nachgewiesen ist. Wie bei den dargestellten Inlandsverbindlichkeiten versteht sich dieser Betrag ohne die „Anderen Schulden“²⁴⁾ des Bundes.

Am 31. März 1954 hatten die in gleicher Weise, also zu festen Währungsparitäten und ohne die „Anderen Schulden“ berechneten Auslandsverbindlichkeiten des Bundes einen Umfang von 8 351,9 Mill. DM erreicht. Sie sind im Rechnungsjahr 1954 demnach um 1 080,6 Mill. DM weiter angewachsen. Und zwar haben ausschließlich Verpflichtungen, die mit dem Londoner Schuldenabkommen zusammenhängen, zugenommen, insgesamt um 1 132,7 Mill. DM auf 7 914,5 Mill. DM. Ihre endgültige Gesamthöhe, die auf etwa 9,2 Mrd. DM geschätzt wird, haben diese Schulden auch damit noch nicht erreicht.

Der Hauptbetrag der Auslandschuld des Bundes entfällt jedoch nicht auf die aus dem Londoner Abkommen hervorgegangenen (vor dem 8. Mai 1945 entstandenen) Altverbindlichkeiten, sondern auf die im Zusammenhang mit diesem Abkommen geregelten **Nachkriegsschulden**. Von erheblichem Gewicht sind vor allem die Forderungen aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe, insbesondere diejenigen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens.

An den bis zum 31. März 1955 aufgelaufenen Schuldbeträgen aus Vorkriegsverpflichtungen sind die großen Reichsanleihen – die Dawes-Anleihe von 1924, die Young-Anleihe von 1930 und die Kreuger-Anleihe vom gleichen Jahre – mit insgesamt 1 435,0 Mill. DM beteiligt, die fundierten Zinsrückstände (Fundierungsausgaben) in Höhe von 192,9 Mill. DM eingerechnet. Innerhalb der übrigen Altverbindlichkeiten ragen die auf den Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission beruhenden Mixed Claims besonders hervor.

Der Schuldenzuwachs im Rechnungsjahr 1954 ist in erster Linie durch die fortschreitende Regelung der Dawes- und namentlich der Young-Anleihe bedingt. Gleichzeitig sind einige Ver-

10. Auslandschulden des Bundes

Bezeichnung der Schuld, Währung	Stand am 31. März	
	1955	1954
Mill. DM ¹⁾		
I. Schuldbeträge aus Londoner Abkommen²⁾		
Nachkriegs-Wirtschaftshilfe		
USA	4 200,0	4 200,0
Großbritannien	1 587,6	1 675,8
Frankreich	44,8	47,3
Aufwendungen für Flüchtlinge in Dänemark	70,5	92,7
Deutsche Äußere Anleihe 1924 (Dawes-Anleihe), Konversions- und Fundierungsausgaben	255,0	18,3
Internationale Anleihe des Deutschen Reiches 1930 (Young-Anleihe), Konversions- und Fundierungsausgaben	989,2	6,8
Äußere Anleihe des Deutschen Reiches 1930 (Kreuger-Anleihe), Konversionsausgabe	210,8	210,8
4% Preußen-Anleihe, Konversionsausgabe	20,5	.
Mixed Claims	384,3	386,9
Lee Higginson-Kredit	10,2	29,3
Zehn-Jahres-Schuldverschreibungen von 1936 (früher Konversionskasse für deutsche Auslandschulden)	20,0	.
Schuldverschreibung, ausgestellt für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	60,5	65,9
Belgische RM-Forderungen ³⁾	36,0	38,0
Forderung des Fürstentums Liechtenstein	0,2	.
Haftung für gewisse österreichische Auslandsanleihen	44,9	.
Summe I	7 914,5	6 781,8
II. Sonstige Schuldbeträge		
Unverzinsliche Schatzanweisungen (Treasury Notes)		
Internationaler Währungsfonds	1 215,0 ⁴⁾	1 215,0
Weltbank	232,0	246,9
Kredit im Rahmen der von den USA gewährten Wirtschaftshilfe	71,0	71,0
Kredit von einem Schweizer Bankenkonsortium ⁵⁾	—	37,2
Summe II	1 518,0	1 570,1
Insgesamt	9 432,5	8 351,9
Davon lauten auf:		
Amerikanische Dollar	5 291,7	4 964,1
Englische Pfund	1 905,9	1 678,6
Sonstige ausländische Währungen	787,9 ⁶⁾	247,3 ⁷⁾
Deutsche Mark	1 447,0	1 461,9
Insgesamt	9 432,5	8 351,9

²²⁾ Einschl. der Auslandschuld West-Berlins mit einem vorläufigen Betrag (ohne Zinsrückstände) in Höhe von 61,4 Mill. DM.

²³⁾ Hiervon weicht die in der Schuldenübersicht des Bundes zum 31. 3. 1955 (Bundesanzeiger Nr. 152 vom 10. 8. 1955) veröffentlichte Auslandschuld (9 451,4 Mill. DM einschl. der Treasury Notes) um 18,9 Mill. DM nach oben ab. Der Unterschied resultiert aus Abweichungen der in der genannten Übersicht zur Umrechnung auf DM verwendeten Börsenkurse von den festen Währungsparitäten (vgl. Abschnitt G., „Methodische Bemerkungen“, S. 18).

²⁴⁾ Lt. Bundesvermögensnachweis zum 31. 3. 1955 rd. 731,5 Mill. DM – im Gesamtbetrag noch nicht endgültig feststehende – auf fremde Währung lautende „Andere Schulden“, fast ausschließlich aus der Lieferung amerikanischer Überschußgüter.

¹⁾ Fremdwährungsbeträge zu festen Währungsparitäten (bzw. Valutaparitäten) umgerechnet. — ²⁾ Einschl. der im Zusammenhang mit dem Londoner Abkommen geregelten Schuldbeträge, insbesondere aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe. — ³⁾ In belgischer Währung zu zahlen. — ⁴⁾ Davon 189,4 Mill. DM eingelöst (ohne Verminderung der budmäßig ausgewiesenen Schuld). — ⁵⁾ Zur Durchführung des Abkommens über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz. — ⁶⁾ Einschl. der Forderung Liechtensteins, der in sfrs. zahlbaren belgischen Reichsmarkforderungen und der in verschiedenen Währungen zahlbaren 2,5 Mill. DM (Stand 31. 3. 1955) zur Abgeltung der Haftung für von der Caisse Commune verwaltete österreichische Auslandsanleihen. — ⁷⁾ Einschl. der in sfrs. zahlbaren belgischen Reichsmarkforderungen.

bindlichkeiten neu hinzugekommen, insbesondere Haftungsverpflichtungen für gewisse österreichische Auslandsanleihen²⁵⁾. Die Haftung des Bundes ist hier in der Hauptsache auf Kupons und Tilgungsscheine beschränkt, die für diese Auslandsanleihen in der Zeit zwischen dem 12. März 1938 und dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind. Ferner hat der Bund Schuldverschreibungen im Umtausch gegen Dollar-Anleihen des ehemaligen Landes Preußen (jetzt: 4%ige Preußenanleihe) und gegen Schuldtitel der früheren Konversionskasse für deutsche Auslandschulden neu begeben. Erstmals erscheint außerdem die Forderung des Fürstentums Liechtenstein auf Abgeltung von Internierungskosten für deutsche Soldaten und anderer Ansprüche²⁵⁾.

Durch Tilgungen ist die Bundesschuld gegenüber Liechtenstein von anfänglich 0,4 Mill. DM auf 0,2 Mill. DM am 31. März 1955 zurückgegangen. Auch zur Abgeltung seiner Haftung für österreichische Auslandsanleihen hat der Bund im Rechnungsjahr 1954 Zahlungen geleistet. Das gleiche gilt – zum Teil in Fortsetzung der bereits im Rechnungsjahr 1953 eingeleiteten Tilgung – für weitere im Londoner Abkommen oder in Verbindung hiermit geregelte Verpflichtungen, vor allem für die Forderung Großbritanniens aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe, die Forderung Dänemarks aus Aufwendungen für deutsche Flüchtlinge, die Mixed Claims und den Lee Higginson-Kredit.

Auch auf seine nicht dem Londoner Abkommen unterliegenden sonstigen Auslandschulden hat der Bund Zahlungen geleistet. Bei diesen Schulden, die am 31. März 1955 noch 1 518,0 Mill. DM betragen, handelt es sich in der Hauptsache um die – auf Deutsche Mark lautenden – unverzinslichen Schatzanweisungen (Treasury Notes), die der Bund anlässlich des Beitritts zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank begeben hat.

Durch eine Teileinlösung hat sich die für die Weltbank ausgestellte Treasury Note im Rechnungsjahr 1954 um 14,9 Mill. DM auf 232,0 Mill. DM vermindert. Restlos zurückgezahlt ist der vom Bund zur Durchführung des Abkommens über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz aufgenommene Konsortialkredit. Im Unterschied zu den anderen Posten der Auslandsverschuldung gehörte dieser Kredit (über ursprünglich 121,5 Mill. sfrs.) zur schwebenden Schuld des Bundes.

3. Auslandschulden der Länder

Nach den zum 31. März 1955 ausgewiesenen Beträgen belaufen sich die Auslandschulden der Länder – ohne West-Berlin – auf insgesamt 126,7 Mill. DM (gegenüber 131,3 Mill. DM im Jahr zuvor). Diese Zahlen verstehen sich einschließlich der verhältnismäßig geringfügigen Länderanteile an Sammelanleihen²⁶⁾, die von Banken oder vom früheren Deutschen Sparkassen- und Giroverband im Ausland aufgenommen worden waren.

Der Rückgang um 4,6 Mill. DM im Rechnungsjahr 1954 erklärt sich insbesondere aus Berichtigungen, hervorgerufen durch die noch in Gang befindliche Regelung der Auslandsanleihen. Denn die Auslandschuld der Länder besteht fast ausschließlich aus Verbindlichkeiten, die unter das Londoner Abkommen fallen.

Abzusehen ist dabei allerdings von West-Berlin, dessen Auslandsanleihen auch am 31. März 1955 noch nicht in die Schuldenregelung einbezogen waren. Nach vorläufigen Angaben bewegen sich die Auslandsverbindlichkeiten West-Berlins in der Größenordnung von etwa 60 Mill. DM.

Die dem Londoner Abkommen unterliegende Auslandschuld der anderen Länder umfaßt neben dem noch ungetilgten Restkapital der betroffenen alten Auslandsanleihen auch die gemäß jenem Abkommen zu fundierenden rückständigen Zinsen. An dem Schuldbetrag vom 31. März 1955 (126,7 Mill. DM) sind diese Zinsrückstände, soweit erkennbar, mit rund 39 Mill. DM beteiligt.

Die Auslandsverbindlichkeiten der Länder stellen die Restschuld aus Anleihen dar, die in den Jahren 1925 bis 1931 begeben worden sind und auf amerikanische Dollar, Schweizer Franken oder englische Pfund lauten. Die am 31. März 1955 geschuldeten

126,7 Mill. DM entfallen in der Hauptsache auf Hamburg (54,7 Mill. DM), Baden-Württemberg (28,9 Mill. DM), Bayern (27,2 Mill. DM) und Bremen (12,9 Mill. DM). Das Land Niedersachsen hat als Rechtsnachfolger für die Dollaranleihe (jetzt: 2,8 Mill. DM) des ehemaligen Freistaates Oldenburg einzutreten. Hessen ist nur an einer im Ausland aufgenommenen Sammelanleihe beteiligt (0,2 Mill. DM). Die Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben keine Auslandschulden zu verzeichnen.

4. Auslandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Nach Zahlenunterlagen der Bank deutscher Länder sind kommunale Auslandschulden im Betrage von 116,8 Mill. DM in die Ergebnisse der Schuldenstandstatistik aufgenommen worden. Diese Zahl, die im großen und ganzen mit dem Schuldenstand vom 31. März 1955 gleichgesetzt werden kann, umfaßt die aus dem Londoner Abkommen für Gemeinden und Gemeindeverbände²⁷⁾ hervorgegangenen Auslandsanleihen mit ihren vorläufigen, teilweise geschätzten Beträgen am genannten Stichtag. Eingerechnet sind die noch nicht unter das Londoner Abkommen fallenden Holland-Anleihen, ferner die gemäß diesem Abkommen zu fundierenden Zinsrückstände und gegebenenfalls nochmals zu leistenden Zahlungen für Beträge, die von den Schuldner bereits an die frühere Konversionskasse für deutsche Auslandschulden zum Transfer abgeführt worden waren. Eingeschlossen sind auch die gemeindlichen Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen.

Unberücksichtigt bleiben andererseits die – in der Gesamtsumme verhältnismäßig geringfügigen – Altverbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen, Hypotheken, Restkaufgeldern und anderen nicht in Anleiheform aufgenommenen Auslandskrediten. Nicht erfaßt sind die nach dem 8. Mai 1945 etwa neu abgeschlossenen und damit außerhalb des Londoner Abkommens bleibenden Verbindlichkeiten.

Die oben abgegrenzten, nach Abzug bereits geleisteter Rückzahlungen²⁸⁾ noch ausstehenden 116,8 Mill. DM ergeben sich als Schuldreste aus Auslandsanleihen, die hauptsächlich während der Jahre 1925 bis 1929 aufgelegt worden waren. Die verbliebene Schuldsumme, an der die zu fundierenden Zinsrückstände schätzungsweise mit 46 Mill. DM beteiligt sind, lautet größtenteils auf amerikanische Dollar, englische Pfund und Schweizer Franken. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die schon erwähnten Sammelanleihen nicht von den Gemeinden selbst, sondern von den vermittelnden Instituten, vor allem vom früheren Deutschen Sparkassen- und Giroverband, im Ausland aufgenommen wurden. Die gemeindlichen Anteile an den Sammelanleihen richten sich jedoch in ihrer Höhe und in ihren Bedingungen nach jenen Auslandschulden und deren Regelung im Londoner Abkommen.

Nach dem vorliegenden Ergebnis belaufen sich die gemeindlichen Anteile an den im Ausland begebenen Sammelanleihen auf insgesamt 39,5 Mill. DM. Der Hauptbetrag der erfaßten Verbindlichkeiten wird jedoch von Gemeinden unmittelbar dem Ausland gegenüber geschuldet. Bei diesen 77,3 Mill. DM handelt es sich überwiegend (zu 63,3 Mill. DM) um Kredite, die von gemeindlichen Einzelschuldnern im Ausland aufgenommen wurden (Einzelanleihen). Der daneben bestehende Schuldrest in Höhe von 14,0 Mill. DM entfällt auf Auslandsanleihen, zu deren Aufnahme sich kleinere Gemeinden mit größeren zusammengeschlossen hatten. Die an diesen Gemeinschaftsanleihen beteiligten Gemeinden haften als Gesamtschuldner.

Ein weiteres Kennzeichen der kommunalen Auslandsverschuldung besteht in dem außerordentlichen hohen Anteil, den die kreisfreien Städte, insbesondere Großstädte, am erfaßten Gesamtschuldbetrag haben (107,0 Mill. DM oder 91,6 vH). Die gemeindlichen Einzelanleihen werden fast ausschließlich, die Gemeinschaftsanleihen und Anteile an Sammelanleihen überwiegend von kreisfreien Städten geschuldet.

²⁵⁾ Gesetze vom 7. 5. 1954 (BGBl. II, S. 504 und 522).

²⁶⁾ Die im Vorjahresbetrag (131,3 Mill. DM) als Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen enthaltenen 0,7 Mill. DM sind jetzt nicht mehr unter den Auslandschulden der Länder, sondern als gemeindliche Auslandschuld (Anteil eines Gemeindeverbandes) erfaßt.

²⁷⁾ In der Abgrenzung der Schuldenstandstatistik, also insbesondere ohne Verbindlichkeiten der Zweckverbände und der unter den Länderschulden erfaßten Verbindlichkeiten der Stadtstaaten.

²⁸⁾ Die seit dem Inkrafttreten des Londoner Abkommens bis zum 31. 12. 1954 auf gemeindliche Auslandsanleihen geleisteten Rückzahlungen sind insgesamt mit etwa 4,6 Mill. DM anzusetzen.

F. Schulden von Bundesbahn und Bundespost

Bundesbahn und Bundespost sind Sondervermögen des Bundes. Mit ihren Verbindlichkeiten wird eine Verschuldung erfaßt, die im Schuldenstand der Gebietskörperschaften, insbesondere des Bundes, nicht enthalten ist²⁹⁾.

Nach den vorliegenden Angaben belaufen sich die Inlandschulden von Bundesbahn und Bundespost am 31. März 1955 auf insgesamt 4 408,7 Mill. DM. Dieser Betrag umfaßt die Verschuldung im engeren Sinne; Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen, Zahlungsrückstände, Abgabeverpflichtungen und dergleichen waren nicht einzubeziehen. Außer Ansatz bleiben ferner die noch nicht abschließend geregelten Altschulden.

11. Inlandschulden¹⁾ von Bundesbahn und Bundespost

(Außerhalb des Schuldenstandes der Gebietskörperschaften)

— Mill. DM —

Art der Schulden	Stand der Schulden			
	am 31. März 1955		dageg. am 31. März 1954	
	Bundesbahn	Bundespost ²⁾	Bundesbahn	Bundespost ²⁾
Inhaberschuldverschreibungen . .	552,4	—	402,4	—
Verzinsliche Schatzanweisungen .	133,7	60,0 ³⁾	85,9	60,0 ³⁾
Unverzinsliche Schatzanweisungen	458,7	451,1	677,2	351,3 ⁴⁾
Schatzwechsel	659,7	—	426,9	—
Schulden bei Banken und Sparkassen ⁵⁾	116,2	398,4 ⁶⁾	39,6	334,7 ⁶⁾
Kredite aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen . . .	—	520,3 ⁷⁾	—	421,6 ⁷⁾
Hypothekenschulden	0,5	0,6	0,5	0,3
Übrige Schulden	871,2 ⁸⁾	285,9 ¹⁰⁾	632,1 ⁹⁾	82,6 ¹⁰⁾
Zusammen	2 692,4	1 716,3	2 264,6	1 250,5
Außerdem:				
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe		1,0		1,4

¹⁾ Insbesondere ohne folgende Passiva von Bundesbahn bzw. Bundespost: Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen, Verpflichtungen aus der Abrechnung der Verkehrseinnahmen bzw. aus der Gebührenabrechnung, Zahlungs- und Abgaberückstände, Rückstellungen. — ²⁾ 1955 einschließlich, 1954 ohne Landespostdirektion Berlin. — ³⁾ Kredit aus dem Postscheckgut haben gegen Hingabe von Postschatzanweisungen. — ⁴⁾ Einschl. der nach dem 31. März 1954 bis zum Rechnungsabluß 1953 verkauften unverzinslichen Schatzanweisungen (35,0 Mill. DM). — ⁵⁾ Einschl. Zentralbanksystem. — ⁶⁾ Ohne die Kredite aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen. — ⁷⁾ Einschl. 75 Mill. DM Kassenbetriebsmittel; ohne die verzinslichen Postschatzanweisungen in Höhe von 60,0 Mill. DM. — ⁸⁾ Darunter 67,3 Mill. DM aus Postscheckmitteln der Landespostdirektion Berlin. — ⁹⁾ Außerdem: Rückständige Beförderungssteuer am 31. März 1955 = 521,1 Mill. DM, am 31. März 1954 = 247,9 Mill. DM. — ¹⁰⁾ Ohne die Verpflichtung gegenüber dem Bund aus Übernahme des Schuldendienstes für einen Teil der Young-Anleihe (174,9 Mill. DM).

Bei der Bundesbahn hat sich die bezeichnete Inlandschuld gegenüber dem Stand vom 31. März 1954 um 427,8 Mill. DM erhöht. Der Zuwachs ist hier beträchtlich geringer als im Jahr zuvor (541,3 Mill. DM). Er bleibt jetzt auch hinter der Zunahme der auf die Bundespost entfallenden Inlandschulden zurück, die im Rechnungsjahr³⁰⁾ 1954 um 465,8 Mill. DM gestiegen sind.

Das verlangsamt Anwachsen des betrachteten Schuldenstandes der Bundesbahn erklärt sich zum Teil aus dem Rückgang der Verpflichtungen aus Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen. Im Rechnungsjahr 1954 haben sich diese Schulden der Bundesbahn in der Gesamtsumme um 85,7 Mill. DM ermäßigt. Den Einlösungen — unter Zuhilfenahme von Bundesmitteln — stehen jedoch neu begebene Geldmarktpapiere gegenüber, so daß sich der Umlaufbetrag auch jetzt noch auf einem bemerkenswert hohen Stand (1 018,4 Mill. DM) hält.

Auch der Umfang der von der Bundespost aufgenommenen kurzfristigen Verbindlichkeiten bleibt weiterhin auffallend groß. Mit einer Zunahme um 99,8 Mill. DM auf 451,1 Mill. DM ist der Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen der Bundespost zwar nicht im gleichen Maße weiter angewachsen wie im Vorjahr (201,3 Mill. DM); doch darf nicht übersehen werden, daß sich die umfangreichen, teilweise gleichfalls kurzfristigen Bankschulden dieses Bundesunternehmens abermals erheblich erhöht haben (um 63,7 Mill. DM — ohne die Kredite aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen).

Im Unterschied zur Bundespost steht bei der Bundesbahn nicht der Direktkredit von Banken, sondern der auf dem Wertpapiermarkt in Anspruch genommene Anleihekredit im Vordergrund. Im Rechnungsjahr 1954 haben die Verbindlichkeiten der Bundesbahn aus Inhaberschuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen im Gesamtbetrag um 197,8 Mill. DM auf 686,1 Mill. DM zugenommen.

Besonders erwähnenswert ist ferner der hohe Stand, den die als „übrige Schulden“ bezeichneten Inlandsverpflichtungen der Bundesbahn erreicht haben. Diese 871,2 Mill. DM setzen sich unter anderem aus Darlehen des Bundes und des ERP-Sondervermögens zusammen. Auch bei der Bundespost fallen die „übrigen Schulden“ jetzt erheblich ins Gewicht; sie bestehen am 31. März 1955 aus Darlehensaufnahmen bei Versicherungen (131,1 Mill. DM einschließlich Sozialversicherungen), ERP-Krediten (92,4 Mill. DM), Darlehen von Gebietskörperschaften (5,5 Mill. DM) und sonstigen Schulden in Höhe von 56,9 Mill. DM.

Neben Inlandsverbindlichkeiten haben die beiden Bundesunternehmen auch Auslandsschulden zu verzeichnen. Aus dem Londoner Abkommen ist der Bundespost eine Verschuldung im Umfang von 62,2 Mill. DM gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erwachsen³¹⁾. Die Bundesbahn hat ihre im Vorjahr ausgewiesene Schuld aus dem Londoner Abkommen (8,9 Mill. DM) inzwischen getilgt. Andererseits hat die Bundesbahn im Rechnungsjahr 1954 jedoch Kredite in der Schweiz und in Österreich aufgenommen (36,7 Mill. DM am 31. März 1955).

G. Methodische Bemerkungen

Durchführung der Erhebung

Schulden des Bundes und des Lastenausgleichsfonds

Die Angaben über die Verschuldung des Bundes und des Lastenausgleichsfonds sind an Hand von Übersichten des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesausgleichsamtes zusammengestellt worden.

Schulden der Länder

Die Schulden der Länder sind nach Muster SF Schu (vgl. Seite 19) erhoben worden. Die Angaben wurden unmittelbar

von den Finanzministerien der Länder erstellt und dem Statistischen Bundesamt zugeleitet. Eine Ausnahme machen die Hansestädte; dort sind die Statistischen Landesämter in die Erhebung der Schulden eingeschaltet.

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Für sämtliche Gemeindegrößenklassen ist der Schuldenstand nach Muster GF Schu (vgl. Seite 23) ermittelt oder aufbereitet

³⁰⁾ Diese Bezeichnung wird hier beibehalten, weil sich der Berichtsabschnitt (1. 4. 1954 bis 31. 3. 1955) mit dem Zeitraum eines Rechnungsjahres deckt. Geschäftsjahr ist bei der Bundesbahn und neuerdings auch bei der Bundespost jedoch das Kalenderjahr.

³¹⁾ Die Verpflichtung der Bundespost gegenüber dem Bund aus Übernahme des Schuldendienstes für einen Teil der Young-Anleihe (174,9 Mill. DM) ist bei den Inlandschulden vermerkt.

²⁹⁾ Es sind dennoch Doppelzählungen möglich; vgl. nachstehenden Abschnitt G., S. 17.

worden. Zur vereinfachten Erfassung der Schulden kleiner Gemeinden wurde in Rheinland-Pfalz und Hessen ein auf die einzelnen Schuldverpflichtungen abgestelltes Formular („Individual-Meldeblatt“) verwendet.

Die Durchführung der Erhebung und die Zusammenfassung zu Landesergebnissen nach Größenklassen bzw. Arten der kommunalen Gebietskörperschaften lag in Händen der Statistischen Landesämter.

Einzelheiten zum Inhalt der Erhebung / Veröffentlichung

Schulden der Hansestädte und West-Berlins

In den Schulden der Länder Hamburg, Bremen und West-Berlin ist – wie schon seither – der staatliche mit dem kommunalen Bereich zusammengefaßt.

Schulden des Lastenausgleichsfonds

Die Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften enthält auch die Schulden des Lastenausgleichsfonds, der als Sondervermögen des Bundes mit seinen Verbindlichkeiten getrennt von der Bundesschuld dargestellt wird. Der im Vorjahresergebnis nicht nachgewiesene Teil der Verschuldung des Lastenausgleichsfonds ist in den tabellarischen Übersichten nur nachrichtlich vermerkt; in die textliche Beschreibung ist er jedoch mit einbezogen worden.

Schulden von Bundesbahn und Bundespost

Über die Verschuldung zweier weiterer Sondervermögen des Bundes, Bundesbahn und Bundespost, sind wiederum Angaben erfragt worden. Das Ergebnis ist nachrichtlich und getrennt von den Schulden der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds in die textliche Darstellung aufgenommen.

Bei einer Zusammenfassung dieses Ergebnisses mit der Verschuldung der Gebietskörperschaften sind Doppelzählungen (im Sinne der finanzstatistischen Methodik; s. nachstehend unter „Schulden bei Gebietskörperschaften“) möglich, und zwar dann, wenn Beträge einbezogen werden, die aus Schuldaufnahmen des Bundes (der Gebietskörperschaften) stammen und darlehensweise an die Bundesbahn oder die Bundespost weitergegeben worden sind.

Schulden der Länder und Gemeinden beim Lastenausgleichsfonds

Seitdem der Lastenausgleichsfonds in seiner Eigenschaft als Schuldner in die Schuldenstandstatistik einbezogen ist (ab 31. März 1954), sind die Schuldverpflichtungen der Länder und Gemeinden gegenüber dem Ausgleichsfonds den „Schulden bei Gebietskörperschaften“ zugeordnet.

Schulden bei Gebietskörperschaften

Wie seither ist auch die Verschuldung der Gebietskörperschaften untereinander festgestellt worden. Sie besteht vor allem aus den Schulden der Länder und Gemeinden bei Bund und Lastenausgleichsfonds sowie aus den Schuldverpflichtungen der Gemeinden gegenüber den Ländern, und zwar jeweils einschließlich über Kreditinstitute gewährter Bundes- und Landesmittel. Zu diesem Hauptbetrag der „Schulden bei Gebietskörperschaften“ tritt ferner der Lastenausgleichsfonds mit seinen Schuldaufnahmen beim Bund. Die außerdem mögliche Verschuldung der Gebietskörperschaften des gleichen Bereiches, z. B. der Gemeinden und Gemeindeverbände, untereinander fällt in der Gesamtsumme nur wenig ins Gewicht.

Bei der textlichen Darstellung der Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichs sind die Schulden bei Gebietskörperschaften insgesamt abgesetzt worden, weil sie infolge der Weitergabe von selbst schon aus Darlehensaufnahmen stammenden Krediten zum Teil Doppelzählungen enthalten und bei Zusammenfassung mit den Kreditmarktschulden und den Schulden aus öffentlichen Sondermitteln darüber hinaus zu weiteren Mehrfachzählungen führen können. Echte Doppelzählungen im Sinne der finanzstatistischen Methodik wären an sich nur die Schuldbeträge, die mehrfach als solche gezählt wer-

den, nämlich dann, wenn sie bei der „Gläubigergebietskörperschaft“ ebenfalls aus Schuldaufnahmen stammen.

Bei Betrachtung der einzelnen Bereiche, insbesondere der Länder und der Gemeinden, ist es dagegen – namentlich unter dem Blickwinkel der haushaltsmäßigen Belastung – sinnvoll, die Schulden bei Gebietskörperschaften mit der Verschuldung aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln zum Gesamtbetrag der Inlandschulden des betreffenden Bereiches zusammenzufassen. Denn für die einzelne Gebietskörperschaft bedeuten auch die bei anderen Gebietskörperschaften oder beim Lastenausgleichsfonds aufgenommenen Darlehen weitgehend eine echte Belastung durch Tilgung und Verzinsung.

Einteilung in Kreditmarktmittel, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften

Bei der Gliederung der Inlandschulden von Bund, Ländern und Gemeinden nach Schuldarten wird einheitlich jetzt in Erhebung und Veröffentlichung zwischen folgenden drei Gruppen unterschieden:

- Schulden aus Kreditmarktmitteln,
- Schulden aus öffentlichen Sondermitteln,
- Schulden bei Gebietskörperschaften.

Hinsichtlich der Zuordnung der Schuldarten wurde insofern eine Umsetzung vorgenommen, als die von Trägern der Sozialversicherung (einschließlich Arbeitslosenversicherung) gegebenen Kredite nicht mehr – wie bislang – unter den Schulden aus Kreditmarktmitteln, sondern nunmehr unter den öffentlichen Sondermitteln erscheinen.

Die Gruppe „Schulden bei Gebietskörperschaften“ umfaßt neben den Krediten, die direkt bei anderen Gebietskörperschaften bzw. beim Lastenausgleichsfonds geschuldet werden, auch bei Kreditinstituten aufgenommene, aber aus Mitteln von Gebietskörperschaften stammende Darlehen. Ebenso ist die Gruppe „öffentliche Sondermittel“ unabhängig davon gebildet, ob diese Mittel direkt bei den öffentlichen Darlehensgebern, z. B. bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, oder bei den zwischengeschalteten Kreditinstituten geschuldet werden.

Die Aufteilung der Inlandschulden in die genannten drei Gruppen, die im wesentlichen der Herkunft der Mittel nach abgegrenzt sind, konnte jetzt genauer durchgeführt werden als während der vorangegangenen Erhebungen. Wie in der textlichen Darstellung im einzelnen vermerkt²³⁾, sind bestimmte aus öffentlichen Mitteln stammende Darlehensaufnahmen der Länder und Gemeinden bei Banken, die in den Vergleichszahlen für die Vorjahre noch unter den Schulden aus Kreditmarktmitteln erscheinen, im Ergebnis vom 31. März 1955 den Schulden bei Gebietskörperschaften oder den öffentlichen Sondermitteln zugeordnet. Im Zusammenhang hiermit ist in der vorliegenden Veröffentlichung bei einigen Schuldarten die Bezeichnung „Kredite von ...“ an Stelle der seitherigen Bezeichnung „Schulden bei ...“ gewählt worden (z. B. „Kredite von Ländern“ an Stelle von „Schulden bei Ländern“).

Einteilung in Altschulden und Neuschulden

Mit der dargelegten Dreiteilung der Inlandschulden kreuzt sich die Unterscheidung zwischen Alt- und Neuschulden der Gebietskörperschaften bzw. des Lastenausgleichsfonds.

Die inländischen Altschulden umfassen

- a) die vor dem Stichtag der Geldumstellung von 1948 entstandenen und durch diese auf Deutsche Mark umgestellten Schulden,
- b) die auf besonderen Vorgängen der Geldumstellung beruhenden Schulden aus Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen und aus der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld, einschließlich der Gegenverpflichtung West-Berlins hieraus. Stichtag der Geldumstellung ist der 21. Juni 1948, in West-Berlin der 25. Juni 1948. Die Deckungsforderungen, Teile der Ausgleichsforderungen, z. B. die Rentenausgleichsforderungen, und die Verbindlichkeiten aus der erwähnten Geldausstattung sind zu einem späteren Zeitpunkt rechtlich begründet worden.

²³⁾ Vgl. z. B. Seite 11.

Die inländischen Neuschulden umfassen die seit dem 21. (25.) Juni 1948 aufgenommenen bzw. neu entstandenen Schulden (ohne die oben bezeichneten Sonderverbindlichkeiten aus der Geldumstellung).

Sonstige Inlandsverpflichtungen

Die erfaßten Zahlungsrückstände – der Länder und des Lastenausgleichsfonds – sind in den tabellarischen Übersichten und in der textlichen Beschreibung nachrichtlich außerhalb des eigentlichen Schuldenstandes dargestellt. Entsprechendes gilt für die nachrichtlich erfragten Angaben über die Abgabeschuld der Länder und Gemeinden aus der Hypothekengewinnabgabe.

Kassenkredite

Die zur Deckung des Kassenbedarfs dienenden Schuldaufnahmen (Kassenkredite) des Bundes und der Länder sind in den Tabellen nicht ausgegliedert, sondern bei den betreffenden Schuldarten mit enthalten. In der textlichen Beschreibung sind diese Kassenkredite besonders erwähnt. Die Kassenkredite der Gemeinden werden dagegen auch in den Übersichten gesondert gezeigt, jedoch nicht mehr nach Arten aufgeteilt wie in den Vorjahren, sondern jetzt nur noch in einer Summe – einschließlich etwaiger Kassenkredite aus öffentlichen Mitteln – innerhalb der Kreditmarktschulden.

Restkaufgelder

Für Gemeinden und Länder sind die Verbindlichkeiten aus Restkaufgeldern – mit und ohne hypothekarische Sicherung – erstmals zum 31. März 1955 gesondert ermittelt und dargestellt.

Laufzeiten und Fälligkeiten der gemeindlichen Schulden

Zwischen den erfaßten Fälligkeiten und den Laufzeiten der kommunalen Schulden besteht nur ein begrenzter Zusammenhang, vor allem deshalb, weil für die statistische Zuordnung der Schulden zu den Laufzeiten der bei der Darlehensaufnahme festgesetzte Rückzahlungstermin maßgebend ist – und nicht etwa die restliche Laufzeit vom Stichtag (31. März) bis zur Fälligkeit.

Zinsbedingungen der gemeindlichen Schulden

Für die gemeindliche Verschuldung vom 31. März 1955 sind Zinsbedingungen nicht erfragt worden.

An Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen

Innerhalb der Darstellung der gemeindlichen Schulden nach Verwendungszwecken sind erstmals zum 31. März 1955 die an Eigenbetriebe weitergegebenen Darlehen gesondert angegeben.

Auslandschulden der Gebietskörperschaften

Die – zum Teil noch vorläufigen – Angaben über Auslandschulden, denen die – mittelbar vom Londoner Abkommen betroffenen – Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen zugeordnet sind, wurden nur nachrichtlich einbezogen.

Die erstmals getroffenen Feststellungen über Auslandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Londoner Abkommen beruhen auf Ergebnissen einer Statistik der Bank deutscher Länder zum 31. Dezember 1954. Unter Zuhilfenahme

weiterer Unterlagen sind die Zahlen der Bank deutscher Länder – soweit erforderlich – um die Auslandschulden der Zweckverbände usw. schätzungsweise gekürzt und die von der Bank deutscher Länder nur mit Gesamtbeträgen erfaßten gemeindlichen Gemeinschaftsanleihen und Sammelanleihen mit gemeindlichen Anteilen schätzungsweise auf die einzelnen Länder und Gemeindegrößenklassen aufgeteilt worden.

Die Umrechnung der Auslandschulden der Gebietskörperschaften auf Deutsche Mark erfolgt zu festen Währungsparitäten bzw. Valutaparitäten. Abweichend hiervon werden in den vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Übersichten über die Bundesschuld die fremden Währungen zu amtlichen Mittelkursen der Frankfurter Notierung des Stichtages umgerechnet.

Vergleiche mit anderen Kreditstatistiken

Abstimmung mit der monatlichen Berichterstattung an das Bundesministerium der Finanzen

Die Länder berichten monatlich nach Erhebungsmuster B 2 über ihren Kassen- und Schuldenstand an das Bundesministerium der Finanzen. Diese Berichterstattung ist im einzelnen anders aufgebaut als das Erhebungsmuster der jährlichen Schuldenstandstatistik (SF Schu). Durch methodische Angleichung konnte jedoch eine weitgehende Übereinstimmung der von den beiden Statistiken ermittelten Zahlen erreicht werden.

Die zwischen den Ergebnissen der Schuldenstandstatistik und denen der Monatsmeldungen zum 31. März 1955 an das Bundesministerium der Finanzen bestehende Abweichung ist in einer Vorbemerkung zu den Tabellen I und II des Tabellenteils festgehalten.

Abstimmung mit der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen

Eine Gesamtabstimmung mit den in der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen enthaltenen Angaben über die Entwicklung des Schuldenstandes ist nicht möglich, weil die Vierteljahresstatistik nur die Neuschulden erfaßt und diese nicht für alle kommunalen Gebietskörperschaften, sondern nur für die kreisfreien Städte, die Landkreise, Bezirksverbände und – länderspezifisch unterschiedlich – für einen Teil der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter. Bei den vergleichbaren Ergebnissen sind Abweichungen festgestellt worden, die sich aus den Unvollständigkeiten ergeben, die eine Kurzmeldung gegenüber einer eingehenden Jahreserhebung aufweist.

Abstimmung mit Ergebnissen der Bankenstatistik

Die in der Bilanzstatistik der Banken erfaßten Ausleihungen an Gebietskörperschaften stimmen mit den Ergebnissen der Schuldenstandstatistik – Bankschulden der Gebietskörperschaften aus Kreditmarktmitteln – nicht überein. Um – im Rahmen des Möglichen – eine Abstimmung zwischen den beiden Statistiken in die Wege zu leiten, sind in der Schuldenstandserhebung zum 31. März 1955 nachrichtlich die von Gemeinden bei Kreditinstituten geschuldeten öffentlichen Mittel in ihren Hauptbeträgen erfragt worden (Abschnitt F des Musters GF Schu). Nach den getroffenen Feststellungen beruhen die Abweichungen in erster Linie darauf, daß die Zahlen der Bankenstatistik außer Kreditmarktmitteln in erheblichem Umfang weitergegebene öffentliche Mittel enthalten.

Schuldenstand der Länder am 31. März 1955

(Nicht nach dem Rechnungsabschlußergebnis, sondern am Stichtag!)

Land:

in vollen DM

- Anlage zum Erhebungsbogen GF Schu -

Hinweise für die Ausfüllung der Übersicht

1. In der Übersicht sind alle Schulden nachzuweisen, für die das Land Schuldner ist. Dazu gehören auch: a) die Schulden des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens; b) die Schulden, die für in der Rechnung erfaßte Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (in den Hansestädten und in Berlin z. B. für Eigenbetriebe) aufgenommen worden sind; c) die Schulden der dem Land unterstehenden oder von ihm verwalteten rechtlich unselbständigen Stiftungen.
2. Einzusetzen ist jeweils der Nennbetrag der Schulden in vollen DM ohne Abzug eines etwaigen Disagios; sind von einem Darlehen nur Teilbeträge bis zum 31. 3. 1955 eingegangen, so sind nur diese nachzuweisen. Bei Schulden, die zum Teil bereits an den Gläubiger zurückgezahlt sind, ist der Betrag einzusetzen, mit dem das Land am Stichtag noch belastet war. Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt waren, dürfen ebenso wie Tilgungen, die einem internen Tilgungsfonds zugeführt sind, von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden. Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto einer Kreditanstalt in der Weise eingezahlt wurden, daß sie dem Zugriff des Landes entzogen bleiben, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen.
3. Auf ausländische Währungen lautende Inlandschulden sowie Auslandsschulden sind auf DM umzurechnen. Dabei sind nicht die jeweiligen Börsenkurse zugrunde zu legen, sondern die von der Bank deutscher Länder veröffentlichten Währungsparitäten und Kursfestsetzungen: 1 \$ = 4,20 DM; 1 £ = 11,76 DM; 1 hfl = 1,11 DM; 1 sfr = 0,96 DM; 1 dkr = 0,61 DM; 1 skr = 0,81 DM. Paritäten sonstiger Währungen in: „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Dezemberheft 1954, S. 95, 1. Übersicht.
4. Von Kreditinstituten ausgezahlte, aber aus öffentlichen Mitteln stammende Darlehensbeträge sind
 - a) den Schulden bei Gebietskörperschaften zuzuordnen, wenn es sich z. B. um Bundes-, Lastenausgleichs- oder Landesmittel handelt,
 - b) den Schulden aus öffentlichen Sondermitteln, wenn es sich z. B. um ERP- (ECA-) Mittel handelt.Im übrigen ist für die Zuordnung der Darlehen zu den Schuldarten grundsätzlich der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger (Darlehensgeber) maßgebend.
5. Nicht als Schulden nachzuweisen sind Gelder, die von Dritten beim Land hinterlegt sind (z. B. Kautionen), sowie solche Hypotheken und Grundschulden, die zur Sicherung für andere im Fragebogen nachzuweisende Schulden bestellt wurden. Nicht nachzuweisen ist ferner die innere Verschuldung.
6. Die Abgabeschuld des Landes aus der Hypothekengewinnabgabe ist in den nachgewiesenen Schuldenstand nicht mit einzuzeichnen, sondern nur nachrichtlich - unter F - anzugeben.
7. Restkaufgelder - mit und ohne hypothekarische Sicherung - sind unter B 1 k gesondert nachzuweisen; sie sind also nicht in die Hypothekenschulden oder eine andere Schuldart der Übersicht mit einzubeziehen.
8. Zahlungsrückstände, soweit sie nicht durch Schuldurkunde fundiert sind (z. B. fundierte Zinsrückstände), sind nicht unter den Schulden, sondern unter D - Rückstände - nachzuweisen. Als nachweispflichtig werden außer Alfu-Rückständen z. B. Steuerablieferungsrückstände gegenüber dem Bund, noch nicht abgeführte Zuschußbeträge gemäß § 6 (3) Lastenausgleichsgesetz und rückständige Zinsen (unfundierte) angesehen, dagegen nicht Zahlungsrückstände auf Rechnungen über Lieferungen und Leistungen. Fundierte Zinsrückstände sind unter den Schulden nachzuweisen.
9. Die - mittelbar - durch das Londoner Abkommen betroffenen Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen sind nicht als Inlandschulden, sondern - unter E 1 - als Auslandsschulden nachzuweisen.
10. Soweit sich die Schulden aus Ausgleichsforderungen (Ziffer A 1 der Übersicht) nach dem Sitz des forderungsberechtigten Institutes auf die Länder verteilen (z. B. Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen), sind diese Verbindlichkeiten - ohne Berücksichtigung des Zinslastenausgleichs der Länder untereinander - nur jeweils von demjenigen Lande nachzuweisen, in dem sich der Sitz des betreffenden Institutes befindet. Dagegen ist in den Fällen, in denen (wie z. B. bei den Ausgleichsforderungen der verlagerten Geldinstitute) eine anteilmäßige Aufteilung der Ausgleichslast auf die Länder in der Umstellungsgesetzgebung vorgesehen und diese „Realaufteilung“ inzwischen durchgeführt ist, nur der auf das Land entfallende Anteil in die Schuldenstandstatistik aufzunehmen.
11. In den Erläuterungen sind mitzuteilen: a) Auffällige Veränderungen gegenüber dem Vorjahresstand der Schulden (z. B. der Ausgleichsforderungen); b) die mit Fußnote 8 der Übersicht erfragten Angaben. Sämtliche Beträge sind mit Stand vom 31. März 1955 und in vollen DM anzugeben.

Art der Schulden	Schuldenstand am 31. März 1955 ¹⁾	0 % (unverzinslich)
	1	2
A. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden²⁾		
1. Aus der Geldumstellung entstandene Schulden		
Ausgleichsforderungen		
der Landeszentralbanken		
der Banken und Sparkassen (einschl. Bodenkreditinstitute)		
der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen		
der Postscheckämter		
Summe A 1		
2. Schulden aus Kreditmarktmitteln ³⁾		
Summe A: Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden ohne Schulden bei Gebietskörperschaften		
B. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden²⁾		
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln		
a) Inhaberschuldverschreibungen		
b) Schatzwechsel		
c) Verzinsliche Schatzanweisungen		
d) Unverzinsliche Schatzanweisungen		
e) Kredite des Zentralbanksystems		
f) Schulden bei Banken und Sparkassen		
g) Schulden bei Privatversicherungen und bei Bausparkassen ⁴⁾		
h) Steuergutscheine		
i) Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ⁵⁾		
k) Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)		
l) Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln		
Summe B 1		
2. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln ⁶⁾		
a) Schulden aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ⁷⁾ (ohne Alfu-Rückstände)		
b) Schulden aus Mitteln sonstiger Träger der Sozialversicherung		
c) Schulden aus ERP-(ECA-)Mitteln		
d) Schulden bei der Bundespost		
e) Übrige Schulden aus öffentlichen Sondermitteln ⁸⁾		
Summe B 2		
Summe B: Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden ohne Schulden bei Gebietskörperschaften		
Summe A und B		

Darunter:
Kassenkredite

7

1) Ohne die früheren „eigenen Umstellungsgrundschulden“ bzw. die jetzige Hypothekengewinnabgabe des Landes. - 2) Ohne Schulden bei Gebietskörperschaften. - 3) Ohne Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen. - 4) Einschl. der Schulden bei öffentlichen Versicherungen und Bausparkassen, jedoch ohne Schulden aus Mitteln von Trägern der Sozialversicherung (diese unter B 2). - 5) Ohne Restkaufgelder; diese unter B 1 k. - 6) Ohne Schulden beim Lastenausgleichsfonds. - 7) Hierher auch die Schulden aus den ehemaligen Arbeitsstöcken. - 8) Eintragungen sind unter Angabe von Art, Gläubiger und Höhe der

Zusammenfassende Gegenüberstellung ¹⁾

Art der Schulden	Schuldenstand am 31. 3. 1955		Begründung etwaiger Abweichungen zwischen Sp. 1 und Sp. 2
	nach Muster SF Schu	nach Muster B 2 (für BMF)	
	in Mill. DM		
	1	2	
I. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden	(Summe A + C 1)	(Nr. 7 + 8)	
II. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden (ohne III.)	(Summe B + C 2 d)	(Nr. 4 a + b + d + 9 c)	
III. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Schulden bei Bund, Lastenausgleichsfonds und Ländern	(C 2 a + b + c)	(Nr. 4 c + 9 a + b)	
IV. Auslandschulden	(Summe E) ²⁾	(Nr. 6)	
V. Schulden insgesamt (ohne Zahlungsrückstände)			
VI. darunter: Kassenkredite (Schwebende Schuld)	(A bis C und E)	(4 und 6 bis 9)	
	(Summe Ksp. 7)	(Summe Nr. 4)	

1) Es ist darauf zu achten, daß die Eintragungen in Spalte 1 mit den auf Seite 2 und 3 dieses Erhebungsbogens nachgewiesenen Ergebnissen, diejenigen in Spalte 2 mit der Meldung an das Bundesministerium der Finanzen übereinstimmen. - 2) Auslandschulden zu festen Währungsparitäten umgerechnet (s. Ziffer 3 der Hinweise).

Erläuterungen (s. Ziffer 11 der Hinweise):

GF Schu

Land:

Reg.-Bez.:

Bezirksverband:

Kreis:

Amt:

Gemeinde:

Einwohnerzahl am 30. 6. 1954:

Für Zwecke des Statistischen Landesamtes:

--	--	--	--	--	--

Schuldenstand der Gemeinden (Gv.) am 31. März 1955

(Nicht nach dem Rechnungsabslußergebnis, sondern am Stichtag !)

in vollen DM

A. Gesamtübersicht

Schuldarten	Holl.- Nr.	Log- Abax	Stand der Schulden am 31. März 1955	
			— DM —	— DM —
I. Gesamtschuldenstand¹⁾				
1. Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden	1110	99/01
Darunter: bei Gebietskörperschaften aufgenommen	1111	-/02
für wirtschaftliche Unternehmen aufgenommen	1112	-/03
in Holl.-Nr. 1110 enthaltene Annuitätsdarlehen	1113	-/04
2. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden ohne Kassenkredite	1120	99/05 ²⁾
Kassenkredite	1130	99/06
Inlandschulden am 31. März 1955 insgesamt (1 und 2 einschl. Kassenkredite)	1199	÷ 99/07
Außerdem:				
II. Abgabeschuld der Gemeinde (des Gv.) aus der Hypothekengewinnabgabe³⁾				
Gesamtbetrag	1200	-/08

¹⁾ Siehe Ziffer 2 bis 4 der Hinweise. — ²⁾ = Holl.-Nr. 3099, Spalte 6 bzw. Holl.-Nr. 4499, Spalte 10. — ³⁾ In den Gesamtschuldenstand (Holl.-Nr. 1199) nicht mit einzu beziehen (siehe Ziffer 4 der Hinweise).

Erläuterungen zu Holl.-Nr. 3018 und 3035 (Übersicht B) sowie Holl.-Nr. 4308 (Übersicht C):

— Falls Raum nicht ausreicht, Erläuterungen in den Begleitbericht aufnehmen —

Die Vollständigkeit und Richtigkeit
(Seite 1 bis 4) bescheinigt:

....., den 1955

(Siegel)

.....
Unterschrift

B. Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden ohne Kassenkredite

Schuldarten ¹⁾	Holl.-Nr.	Log-Abax	Stand der Schulden am 31. März 1955 - DM -					
			Schulden (ohne Annuitätsdarlehen) mit einer Laufzeit von				Annuitätsdarlehen	Insgesamt
			weniger als 4 Jahren	4 bis unter 10 Jahren	10 und mehr Jahren	zusammen		
			1	2	3	4	5	6
			01/99	21/99	41/99	61/99	81/99	÷ 99/81
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln								
a) bei Sparkassen	3010	01/99						
b) bei Girozentralen ²⁾	3011	02						
c)	3012	03						
d) bei sonstigen Kreditinstituten	3013	04						
e) bei Privatversicherungen und bei Bausparkassen ..	3014	05						
f) Inhaberschuldverschreibungen	3015	06						
g) Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	3016	07						
h) Restkaufgelder ³⁾	3017	08						
i) Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln ⁴⁾	3018	09						
Summe B 1	3019							
2. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln			10/99	30/99	50/99	70/99	90/99	99/90
a) Schulden aus ERP-(ECA-) Mitteln	3021	10						
b) Schulden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung	3022	11						
c) Schulden aus Mitteln sonstiger Träger der Sozialversicherung	3023	12						
Summe B 2	3029							
3. Schulden bei Gebietskörperschaften ⁵⁾								
a) Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (<i>Bundes- und Landesdarlehen</i>)	3031	13						
b) Wohnbaukredite von Bund und Land	3032	14						
c) Sonstige Schulden bei Bund und Ländern	3033	15						
d) Unmittelbar beim Bundes- bzw. Landesausgleichsamt aufgenommene Darlehen	3034	16						
e) Schulden bei Gemeinden und Gemeindeverbänden ⁴⁾	3035	17						
Summe B 3	3039							
Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden ohne Kassenkredite (Summe B 1 bis B 3)	3099	÷ 18	÷ 18/99	÷ 38/99	÷ 58/99	÷ 78/99	÷ 98/99	99/98

¹⁾ Siehe Ziffer 1 der Hinweise. — ²⁾ Einschl. derjenigen Girozentralen, die zugleich „Landesbanken“ sind. — ³⁾ Siehe Ziffer 11 der Hinweise. — ⁴⁾ Im einzelnen erläutern — siehe Ziffer 20c der Hinweise. — ⁵⁾ Einschl. Schulden beim Lastenausgleichsfonds (siehe 11 Holl.-Nr. 3034). — ⁶⁾ = Holl.-Nr. 1120, Übersicht A.

**C. Verwendungszweck der seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen
und am 31. März 1955 noch geschuldeten Beträge¹⁾**

— DM —

Verwaltungszweige	Holl.-Nr.	Log-Abax	Schulden			Zusammen	Darunter: in der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 aufgenommen ²⁾
			aus Kredit- markt- mitteln	aus öffentlichen Sonder- mitteln	bei Gebiets- körper- schaften		
			7	8	9		
			01/99	31/99	61/99	÷99/61	99/01
0 Allgemeine Verwaltung	4109	01/99					
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	4119	02					
2 Schulen	4129	03					
3 Kultur	4139	04					
4 Fürsorge und Jugendhilfe	4149	05					
5 Gesundheits- und Jugendpflege Einrichtungen des Gesundheitswesens (510, 520 und 530)	4151	06					
Übriges aus Einzelplan 5	4158	07					
Zusammen (Einzelplan 5)	4159						
6 Bau- und Wohnungswesen Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau (640-920)	4161	08					
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung (640).....	4162	09	10/99	40/99	70/99	99/70	99/10
Straßen, Wege, Brücken u. sonstiger Tiefbau (650).....	4163	10					
Trümmerbeseitigung und -verwertung (670)	4164	11					
Übriges aus Einzelplan 6	4168	12					
Zusammen (Einzelplan 6)	4169						
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten (702)	4171	13					
Wirtschaftsförderung (760 bis 774).....	4172	14					
Übriges aus Einzelplan 7	4178	15					
Zusammen (Einzelplan 7)	4179						
8 Wirtschaftliche Unternehmen ³⁾ Elektrizitätsversorgung (811)	4181	16					
Gasversorgung (813)	4182	17					
Wasserversorgung (815)	4183	18					
Hafen- und Umschlagunternehmen (826).....	4184	19	20/99	50/99	80/99	99/80	99/20
Übrige Verkehrsunternehmen (821, 824, 827 u: 828) ...	4185	20					
Übriges aus Einzelplan 8	4188	21					
Zusammen (Einzelplan 8)	4189						
Darunter: An Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen ⁴⁾	4200	22/—					
9 Finanzen und Steuern Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens ...	4301	23/99					
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	4302	24					
Übriges aus Einzelplan 9 ⁵⁾	4308	25					
Zusammen (Einzelplan 9)	4309						
Nicht aufgeteilt (vgl. Ziffer 19 der Hinweise) ..	4319	26					
Insgesamt (Holl.-Nr. 4109 bis 4319, aber ohne Holl.-Nr. 4200).....	4499	÷27/99	÷27/99 ⁶⁾	÷57/99 ⁷⁾	÷87/99 ⁸⁾	99/87 ⁹⁾	÷99/27
Darunter: Für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	5000	28/—	28/—	58/—	88/—	÷—/88	—/28

¹⁾ Ohne Kassenkredite. — ²⁾ Siehe Ziffer 14 der Hinweise. — ³⁾ Siehe Ziffer 17 der Hinweise. — ⁴⁾ Siehe Ziffer 18 der Hinweise. — ⁵⁾ Im einzelnen erläutern — siehe Ziffer 20c der Hinweise. — ⁶⁾ = Summe B 1, Sp. 6. — ⁷⁾ = Summe B 2, Sp. 6. — ⁸⁾ = Summe B 3, Sp. 6. — ⁹⁾ = Holl.-Nr. 1120, Übersicht A.

D. Zinsbedingungen

Stand der Schulden am 31. März 1955 — DM —

Zinssätze	Holl.-Nr.	Log-Abax	Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden	Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden (ohne Kassenkredite)			Zusammen (Summe A I 1 und B 1 bis 3 Sp. 6)	Darunter: Annuitätsdarlehen
			12	aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften		
Diese Übersicht ist für die Schuldenstandnachweisung zum 31. März 1955 nicht auszufüllen!								
			01/99	21/99	41/99	61/99	÷ 81/99	99/81
unverzinslich	6001	01/99						
verzinslich mit:								
mehr als 0 bis unter 3%	6002	02						
3%	6003	03						
„ 3% bis unter 4%	6004	04						
4%	6005	05						
„ 4% bis unter 5%	6006	06						
5%	6007	07						
„ 5% bis unter 6%	6008	08						
6%	6011	09						
„ 6% bis unter 7%	6012	10	10/99	30/99	50/99	70/99	90/99	99/90
7%	6013	11						
„ 7% bis unter 8%	6014	12						
8%	6015	13						
„ 8% bis unter 9%	6016	14						
9% und mehr	6017	15						
Gesamtsumme ...	6099	÷ 16/99	÷ 16/99	÷ 36/99	÷ 56/99	÷ 76/99	96/99	÷ 99/96

E. Fälligkeiten

(Zur Rückzahlung fällig werdende Beträge in DM)

Von den mit Stand vom 31. März 1955 nachgewiesenen Schuldbeträgen werden fällig	Holl.-Nr.	Log-Abax	Ohne Annuitätsdarlehen				Zusammen
			Bis zum 20. Juni 1948 entstandene Inlandschulden	Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden (ohne Kassenkredite)			
			18	aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften	
			99/10	99/20	99/30	99/40	÷ 99/50
im Rechnungsjahr 1955	7001	99/10					
im Rechnungsjahr 1956	7002	11					
im Rechnungsjahr 1957	7003	12					
im Rechnungsjahr 1958	7004	13					
nach dem 31. 3. 1959	7005	14					
Gesamtsumme ...	7009	÷ 99/15	1) ÷ 99/15	2) ÷ 99/25	3) ÷ 99/35	4) ÷ 99/45	99/55

F. Bei Kreditinstituten geschuldete öffentliche Mittel (nachrichtlich) ⁵⁾

Von den in Übersicht B bei Holl.-Nr. 3021, 3032 und 3033 mit Stand vom 31. März 1955 nachgewiesenen	Holl.-Nr.	Log-Abax	werden geschuldet bei folgenden Gläubigern:			Zusammen
			Sparkassen	Girozentralen ⁶⁾	anderen Kreditinstituten ⁷⁾	
			— DM —	— DM —	— DM —	
			23	24	25	26
			99/26	99/36	99/46	÷ 99/56
Schulden aus ERP- (ECA ¹⁾) Mitteln	8001	99/26				
Wohnbaukrediten von Bund und Land	8002	27				
Sonstigen Schulden bei Bund und Ländern .	8003	28				
Zusammen ...	8009	÷ 99/29	÷ 99/29	÷ 99/39	÷ 99/49	99/59

¹⁾ = A I 1 (Holl.-Nr. 1110) ohne Holl.-Nr. 1113. — ²⁾ = B1, Sp. 4. — ³⁾ = B2, Sp. 4. — ⁴⁾ = B3, Sp. 4. — ⁵⁾ Siehe Ziffer 20 a der Hinweise. — ⁶⁾ Einschl. derjenigen Girozentralen, die zugleich „Landesbanken“ sind. — ⁷⁾ Einschl. der Landeskreditanstalten (Baden-Württemberg) und der Landesbodenkreditanstalt (Bayern).

Schuldenstand der Gemeinden (Gv.) am 31. März 1955

Hinweise für die Ausfüllung der Übersichten des Erhebungsbogens GF Schu

1. Zuordnung der Darlehen zu den Schuldarten

Von Kreditinstituten ausbezahlte, aber aus öffentlichen Mitteln stammende Darlehensbeträge sind

- den Schulden bei Gebietskörperschaften zuzuordnen, wenn es sich um Bundes- bzw. Landesmittel handelt,
- den Schulden aus öffentlichen Sondermitteln, wenn es sich z. B. um ERP-(ECA-) Mittel handelt.

Im übrigen ist für die Zuordnung der Darlehen zu den Schuldarten grundsätzlich der in der Schuldkunde bezeichnete Gläubiger (Darlehensgeber) maßgebend.

2. Nachzuweisende Schulden

In den Übersichten des Erhebungsbogens sind alle Inlandschulden nachzuweisen (mit Ausnahme der unter Ziffer 3 dieser Hinweise genannten Verbindlichkeiten), für die die Berichtskörperschaft Schuldner ist. Dazu gehören auch die für Eigenbetriebe und rechtlich unselbständige Stiftungen aufgenommenen Schulden.

3. Nicht nachzuweisen

- Schulden der wirtschaftlichen Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und der selbständigen Stiftungen;
- Gelder, die von Dritten bei der Gemeinde (dem Gv.) hinterlegt sind (z. B. Kautionen), sowie solche Hypotheken und Grundschulden, die zur Sicherung für andere im Erhebungsbogen nachzuweisende Schulden bestellt wurden;
- an „Dritte“ (z. B. für Wohnungsbau) weitergeleitete Beträge, für die die Gemeinde (der Gv.) keine Verbindlichkeit übernommen hat;
- Kassenreste;
- Steuerablieferungsrückstände und andere schuldenähnliche Verpflichtungen (siehe aber unter Ziffer 4 dieser Hinweise: Hypothekengewinnabgabe);
- die innere Verschuldung;
- Anteile der Gemeinde (des Gv.) an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen der Sparkassen- und Giroverbände bzw. Landesbanken;
- Auslandschulden.

4. Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe

Die Abgabeschuld der Gemeinde (des Gv.) aus der Hypothekengewinnabgabe gemäß § 91 ff. Lastenausgleichsgesetz ist in den nachgewiesenen Gesamtschuldenstand (Übersicht A, Holl.-Nr. 1199) nicht mit einzubeziehen, sondern nur nachrichtlich — unter A II, Holl.-Nr. 1200 — anzugeben.

5. Einzusetzender Schuldbetrag

Finzusetzen ist jeweils der Nennbetrag der Schulden in vollen DM ohne Abzug eines etwaigen Disagios; sind von einem Darlehen nur Teilbeträge bis zum 31. 3. 1955 eingegangen, so sind nur diese nachzuweisen. Bei Schulden, die zum Teil bereits an den Gläubiger zurückgezahlt sind, ist der Betrag einzusetzen, mit dem die Gemeinde (der Gv.) am Stichtag noch belastet war. Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt waren, dürfen ebenso wie Tilgungen, die einem internen Tilgungsfonds zugeführt sind, von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden. Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto einer Kreditanstalt in der Weise eingezahlt wurden, daß sie dem Zugriff der Berichtskörperschaft entzogen bleiben, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen.

6. Umrechnung von Fremdwährungsbeträgen

Auf ausländische Währungen lautende Inlandschulden sind auf DM umzurechnen, 1 Dollar = 4,20 DM, 1 £ = 11,76 DM, 1 hfl = 1,11 DM, 1 sfr = 0,96 DM, 1 dkr = 0,61 DM. Sonstige Währungen zu den entsprechenden Kursen.

7. Annuitätsdarlehen

Als Annuitätsdarlehen sind nur solche Schulden nachzuweisen, die in Raten zugleich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen — bei Anwendung des Systems gleichbleibender Jahresleistungen (abnehmende Zinsraten, um die ersparten Zinsen wachsende Tilgungsraten, somit unveränderlich bleibende, aus Tilgungs- und Zinsrate bestehende Annuitäten) — zurückgezahlt werden. Alle anderen in Raten rückzahlbaren Schulden sind nicht als Annuitätsdarlehen nachzuweisen, sondern unter den übrigen Darlehensaufnahmen.

8. Altschulden bei Gebietskörperschaften

Übersicht A

Als Altschulden bei Gebietskörperschaften (Holl.-Nr. 1111 der Übersicht A) gelten auch die früheren Hauszinssteuermittel und die über die ehemaligen Finanzierungsinstitute der Arbeitsbeschaffung (z. B. über die „Öffa“) aufgenommenen Reichs- und Landesmittel, dagegen nicht die in A I 1 (Holl.-Nr. 1110) enthaltenen Schulden bei öffentlichen Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und bei Zweckverbänden.

9. Kassenkredite

Als Kassenkredite sind nur echte Kassenkredite nachzuweisen (Angabe in einer Summe bei Holl.-Nr. 1130, Übersicht A), nicht dagegen etwa zur Vorfinanzierung außerordentlicher Vorhaben auf spätere langfristige Darlehen aufgenommenen kurzfristige Zwischenkredite (§ 77 [2] DGO); diese sind in Übersicht B bei den entsprechenden Schuldarten zu erfassen.

10. Laufzeiten

Übersicht B

Bei den in Übersicht B, Spalten 1 bis 4 nachzuweisenden Schulden sind die bei der Darlehensaufnahme festgesetzten Laufzeiten für die Zuordnung maßgebend, nicht die restliche Laufzeit vom Erhebungsstichtag bis zur Fälligkeit. Hierbei sind Darlehen der Sparkassen gemäß den Tilgungs- oder Rückzahlungsbedingungen zuzuordnen; die bei diesen Darlehen übliche Klausel einer vorzeitigen Rückzahlung ist hierbei nicht zu berücksichtigen.

11. Restkaufgelder

Restkaufgelder — mit und ohne hypothekarische Sicherung — sind unter B 1 h (Holl.-Nr. 3017) gesondert nachzuweisen; sie sind also nicht in die Hypothekenschulden oder eine andere Schuldart der Übersicht B mit einzubeziehen.

12. „Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge“ — Schulden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung

Die „Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge“, B 3 a, umfaßt nur solche Kredite, die aus Bundes- bzw. Landesmitteln stammen. Kredite aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung (der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bzw. der Landesarbeitsämter) sind dagegen — unabhängig davon, für welche Zwecke sie bestimmt sind — den Schulden aus öffentlichen Sondermitteln zuzuordnen (Nachweis in einer Summe bei B 2 b).

Für Feststellungen über die Darlehensquelle (Mittel der Arbeitslosenversicherung oder Bundes- bzw. Landesmittel) können auch die Bescheide der Landesarbeitsämter über die Anerkennung der Förderungsmaßnahmen in Betracht.

13. Wohnbaukredite von Bund und Land

Soweit Schuldauflagen von Bundes- bzw. Landesmitteln als Wohnbaukredite erkennbar sind, sind sie bei B 3 b (Holl.-Nr. 3032) zu erfassen, sonst unter B 3 c (Holl.-Nr. 3033). Einzubeziehen sind, soweit erkennbar, beim Land aus Mitteln des Lastenausgleichsfonds aufgenommene Darlehen.

14. Schuldneuaufnahmen in der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955

Übersicht C

In Spalte 11, Übersicht C, sind die in der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 „aufgenommenen“, d. h. tatsächlich eingegangenen Darlehen mit dem am Stichtag (31. 3. 1955) noch geschuldeten Beträgen anzugeben, also abzüglich etwaiger Rückzahlungen, die in der genannten Zeit auf diese Schuldneuaufnahmen geleistet worden sind. Die in Spalte 11 nachgewiesenen Schuldbeträge müssen in gleicher Höhe in der Spalte 10 der Übersicht C mit enthalten sein.

15. Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau

Bei den „Weitergegebenen Darlehen für Wohnungsbau“, Holl.-Nr. 4161, sind nur solche Beträge anzugeben, die aus Schuldauflagen stammen und an „Dritte“ für Wohnbauzwecke weitergeleitet sind, dagegen nicht die von der Gemeinde (dem Gv.) aus eigenen Mitteln gewährten Darlehen. An „Dritte“ weitergeleitete Beträge, für die die Gemeinde (der Gv.) keine Verbindlichkeit übernommen hat, sind in der Schuldenstandstatistik nicht nachzuweisen.

16. Schuldauflagen für eigenen Wohnungsbau und Wohnsiedlung

Unter Holl.-Nr. 4162 sind nur Darlehensaufnahmen für eigene Wohnungsbauvorhaben bis zur Fertigstellung der Bauten zu erfassen. Dagegen sind Schuldauflagen für fertiggestellte und damit zum allgemeinen Grundvermögen gehörende Wohnungsbauten unter Holl.-Nr. 4301 nachzuweisen.

17. Für wirtschaftliche Unternehmen verwendete Schuldauflagen

Für wirtschaftliche Unternehmen verwendete Schuldauflagen sind unabhängig von der Organisationsform (Einzel- oder kombinierte Unternehmen) nachzuweisen. Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind also — je nach Art der Verwendung — auf Elektrizitätsversorgung (Holl.-Nr. 4181), Gasversorgung (Holl.-Nr. 4182), Wasserversorgung (Holl.-Nr. 4183), Hafen- und Umschlagunternehmen (Holl.-Nr. 4184) oder „Übrige Verkehrsunternehmen“ (Holl.-Nr. 4185) aufzuteilen.

18. An Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen

Unter Holl.-Nr. 4200 ist anzugeben, mit welchem Gesamtbetrag (aufgeteilt auf die Spalten 7 bis 11) die aus Schuldauflagen der Gemeinde stammenden, an Eigenbetriebe weitergegebenen Darlehen in der für Einzelplan 8 nachgewiesenen Gesamtsumme (Holl.-Nr. 4189) enthalten sind.

19. Schuldbeträge mit noch nicht endgültig feststehendem Verwendungszweck

Unter „Nicht aufgeteilt“ (Holl.-Nr. 4319) sind nur solche Schuldbeträge, deren Verwendungszweck (Ausnahmefall!) nicht endgültig feststeht, nachzuweisen. Nicht hierher gehören Darlehen, die für mehrere Zwecke verwendet wurden; diese sind (gegebenenfalls schätzungsweise) auf die einzelnen Verwaltungszweige aufzuteilen.

20. Nachrichtliche Angaben

- In Übersicht F ist für die in Übersicht B mit Stand vom 31. 3. 1955 nachgewiesenen Schulden aus ERP-(ECA-) Mitteln (Holl.-Nr. 3021), Wohnbaukredite von Bund und Land (Holl.-Nr. 3032) und „Sonstigen Schulden bei Bund und Ländern“ (Holl.-Nr. 3033) nachrichtlich anzugeben, welche Beträge — lt. Schuldkunde — bei Sparkassen, Girozentralen oder anderen Bankgläubigern geschuldet werden. Nicht aufzunehmen sind in Übersicht F diejenigen Schuldbeträge, bei denen Bund oder Land selbst — lt. Schuldkunde — als Gläubiger (Darlehensgeber) der Gemeinde auftreten. Solche — nur in Übersicht B nachzuweisenden — Darlehen sind auch dann nicht in die nachrichtlichen Angaben mit einzubeziehen, wenn sie von Kreditinstituten, ohne daß diese als Gläubiger (Darlehensgeber) der Gemeinde auftreten, ausbezahlt worden sind.

- Bei Abschnitt A II, Holl.-Nr. 1200 des Erhebungsbogens ist die Abgabeschuld der Gemeinde (des Gv.) aus der Hypothekengewinnabgabe nachrichtlich anzugeben.

- Zu erläutern sind: die Eintragungen zu Ziffer B 1 i (Holl.-Nr. 3018) unter Angabe der Darlehensquelle und -höhe; die Eintragungen zu Ziffer B 3 c (Holl.-Nr. 3035) unter Angabe der Beträge und namentlicher Bezeichnung der „Gläubiger-Gemeinden“, bei denen die Schulden aufgenommen sind; die Eintragungen in Übersicht C zu Holl.-Nr. 4308 unter Angabe des Verwendungszwecks und der Darlehenshöhe.

Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über den Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden

Inhalt	Statistik der Bundesrepublik Deutschland	Wirtschaft und Statistik, N. F.
A. Gesamtverschuldung am		
31. März 1950	Band 52	3. Jahrgang, Heft 4/April 1951 ¹⁾
31. März 1951	Band 53	-
31. März 1952	Band 72	4. Jahrgang, Heft 10/Oktober 1952 ¹⁾
31. März 1953	Band 98	5. Jahrgang, Heft 10/Oktober 1953 ¹⁾
31. März 1954	Band 126	6. Jahrgang, Heft 10/Oktober 1954 ¹⁾
31. März 1955	-	7. Jahrgang, Heft 10/Oktober 1955
	Statistischer Bericht	
B. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am		
31. März 1947 ²⁾	VII/5/1	-
31. März und 20. Juni 1948 ²⁾	VII/5/2	-
31. März 1949 ³⁾	VII/5/3	-
31. März 1950	-	3. Jahrgang, Heft 3/März 1951
31. März 1951	-	3. Jahrgang, Heft 11/November 1951
31. März 1952	VII/42/4	4. Jahrgang, Heft 6/Juni 1952
31. März 1953	VII/42/8	5. Jahrgang, Heft 6/Juni 1953
31. März 1954	VII/42/12	6. Jahrgang, Heft 7/Juli 1954 ⁴⁾
31. März 1955	VII/42/16	7. Jahrgang, Heft 8/August 1955 ⁵⁾

¹⁾ Zum Teil vorläufige Ergebnisse. - ²⁾ Nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. - ³⁾ Nur Auslandsschulden. - ⁴⁾ „Kommunale Finanzen in den Rechnungsjahren 1952 und 1953“. - ⁵⁾ „Die Investitionen der Gemeinden und ihre Finanzierung“.

Übersicht über die in der Schuldenstandstatistik zum 31. März 1955 erfaßten Gemeinden und Gemeindeverbände mit Einwohnerzahlen ¹⁾

Land	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden				Ämter	Landkreise	Bezirksverbände
			zusammen	mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
Zahl der Gebietskörperschaften									
a) = Gebietskörperschaften insgesamt, b) = verschuldete Gebietskörperschaften, c) = b, in vH von a)									
Schleswig-Holstein	a) 1 634 b) 984 c) 60,2	4 4 100	1 391 913 65,6	25 25 100	84 84 100	1 282 804 62,7	222 50 22,5	17 17 100	— — —
Niedersachsen	a) 4 331 b) 2 591 c) 59,8	16 16 100	4 255 2 515 59,1	55 55 100	248 241 97,2	3 952 2 219 56,1	— — 100	60 60 100	— — —
Nordrhein-Westfalen	a) 2 740 b) 1 680 c) 61,3	37 37 100	2 346 1 482 63,2	149 148 99,3	391 361 92,3	1 808 973 53,9	298 104 34,9	57 55 96,5	2 ²⁾ 2 100
Hessen	a) 2 746 b) 1 801 c) 65,6	9 9 100	2 697 1 752 65,0	24 24 100	166 160 96,4	2 507 1 588 62,5	— — 100	39 39 100	1 1 100
Rheinland-Pfalz	a) 3 092 b) 1 895 c) 61,3	12 12 100	2 908 1 797 61,8	13 13 100	104 100 96,2	2 791 1 684 60,3	132 48 36,4	39 37 94,9	1 1 100
Baden-Württemberg	a) 3 447 b) 2 672 c) 77,5	9 9 100	3 373 2 601 77,1	54 54 100	255 249 97,6	3 064 2 298 75,0	— — 95,2	63 60 95,2	2 2 100
Bayern ³⁾	a) 7 271 b) 3 510 c) 48,3	48 48 100	7 073 3 315 46,9	16 16 100	281 271 96,4	6 776 3 028 44,7	— — —	143 140 97,9	7 7 100
Bundesgebiet (ohne Hansestädte und ohne West-Berlin)	a) 25 261 b) 15 133 c) 59,9	135 135 100	24 043 14 375 59,8	336 335 99,7	1 529 1 486 95,9	22 178 12 674 56,7	652 202 31,0	418 408 97,6	13 13 100
Dagegen zum 31. 3. 1954	a) 25 254 b) 13 682 c) 54,2	136 136 100	24 037 12 945 53,9	335 334 99,7	1 528 1 436 94,0	22 174 11 175 50,4	652 182 27,9	418 408 97,6	11 11 100
Zahl der Einwohner									
a) = Einwohner insgesamt, b) = Einwohner der verschuldeten Gebietskörperschaften, c) = b, in vH von a)									
Schleswig-Holstein	a) 2 325 246 b) . c) .	667 802 667 802 100	1 667 444 1 495 389 89,7	458 904 458 904 100	430 622 430 622 100	777 918 605 863 77,9	815 115 189 572 23,3	1 667 444 1 667 444 100	— — —
Niedersachsen	a) 6 586 307 b) . c) .	1 730 874 1 730 874 100	4 855 433 3 983 045 82,0	909 195 909 195 100	1 192 235 1 168 038 98,0	2 754 003 1 905 812 69,2	— — —	4 855 433 4 855 433 100	— — —
Nordrhein-Westfalen	a) 14 410 925 b) . c) .	7 183 955 7 183 955 100	7 226 970 6 459 460 88,4	3 269 039 3 255 777 99,6	2 140 262 1 999 880 93,0	1 817 669 1 213 803 66,8	3 377 770 1 564 693 46,3	7 226 970 6 993 070 96,8	14 410 925 ³⁾ 14 410 925 100
Hessen	a) 4 498 380 b) . c) .	1 432 840 1 432 840 100	3 065 540 2 616 451 85,4	411 742 411 742 100	859 075 829 910 96,6	1 794 723 1 374 799 76,6	— — —	3 065 540 3 065 540 100	4 498 380 4 498 380 100
Rheinland-Pfalz	a) 3 246 850 b) . c) .	756 356 756 356 100	2 490 494 2 019 509 81,1	228 943 228 943 100	539 709 518 985 96,2	1 721 842 1 271 581 73,9	1 010 964 421 497 41,7	2 490 494 2 366 933 95,0	1 160 380 1 160 380 100
Baden-Württemberg	a) 6 936 482 b) . c) .	1 580 149 1 580 149 100	5 356 313 4 869 074 90,9	1 254 073 1 254 073 100	1 382 190 1 337 926 98,2	2 740 050 2 277 075 83,1	— — —	5 356 313 5 103 228 95,3	3 915 355 3 915 355 100
Bayern ³⁾	a) 9 161 021 b) . c) .	3 023 430 3 023 430 100	6 137 591 ⁴⁾ 4 263 417 69,3	216 345 216 345 100	1 464 028 1 423 877 97,3	4 457 218 ⁴⁾ 2 613 195 58,6	— — —	6 137 591 ⁴⁾ 5 994 837 97,7	9 099 195 9 099 195 100
Bundesgebiet (ohne Hansestädte und ohne West-Berlin)	a) 47 165 191 b) . c) .	16 365 406 16 365 406 100	30 799 785 26 696 345 83,4	6 748 241 6 734 979 99,8	7 988 121 7 699 238 96,4	16 063 423 11 262 128 70,1	5 203 849 2 175 762 41,8	30 799 785 30 046 483 97,6	33 084 235 33 084 235 100

1) Fortgeschriebene Einwohnerzahl am 30. 6. 1954, Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen nach dem Gebietsstand am 31. 3. 1955 und der Einwohnerzahl am 13. 9. 1950; zum Teil vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. — ³⁾ Einschl. Lindau. — ⁴⁾ Einschl. 5395 Einwohner gemeindefreier Gebiete.



Inhalt des Tabellenteils

	Seite
Vorbemerkung zum Tabellenteil	32
I. Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art der Schulden	33
II. Schulden von Bund und Ländern nach Art der Schulden	34
III. Schulden der Länder und Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art der Schulden und Ländern	36
IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	
A. Art der Schulden	
a) nach Ländern	38
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	39
B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden	
a) nach Ländern	40
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	41
C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung	
a) nach Ländern	42
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	44
D. Fälligkeiten der Inlandschulden	
a) nach Ländern	46
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	47
E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung	
1. Neuverschuldung zusammen	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern	48
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	49
2. Schulden aus Kreditmarktmitteln	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern	50
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	51
3. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern	52
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	53
4. Schulden bei Gebietskörperschaften	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern	54
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	55
5. In der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 aufgenommene Darlehen	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern	56
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	57
V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern	
A. Art der Schulden	58
B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden	59
C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung	60
D. Fälligkeiten der Inlandschulden	62
E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung	
1. Neuverschuldung zusammen	63
2. In der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 aufgenommene Darlehen	64

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Vorbemerkung zum Tabellenteil

1. Abstimmung mit den Ergebnissen der monatlichen Berichterstattung der Länder an das Bundesministerium der Finanzen

Die in Tabelle I und II veröffentlichten Zahlen weichen von den zum gleichen Stichtag veröffentlichten ¹⁾ Angaben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wie folgt ab:

	Mill. DM
Schulden der Länder (einschl. Hansestädte und West-Berlin) am 31. März 1955	
Vom BMF bekanntgegeben mit	22 560,4
Hiervon ab:	
Verschiedene Differenzen (insbesondere eingerechnete Abgabeschulden aus der Hypothekengewinnabgabe) ..	5,4
Insgesamt	22 555,0

Vergleiche Tabellen I und II:

Summe A bis D

Länder	18 638,5
Hansestädte und West-Berlin	3 728,5

Auslandschulden

Länder	59,0
Hansestädte und West-Berlin	129,0

Insgesamt 22 555,0

2. Bildung von Gesamtsummen in den Einzeltabellen

Die Angaben über Gesamtverschuldung (Tabellen I bis IV, Summe A bis D; übrige Tabellen entsprechend) enthalten die aus der Verschuldung bei Gebietskörperschaften sich ergebenden Doppelzählungen (Tabellen I bis IV, Summe D) – vgl. „Methodische Bemerkungen“, S. 17.

¹⁾ Bundesanzeiger, 7. Jahrg., Nr. 159 vom 19. 8. 1955, S. 4 und 6.

L. Schulden¹⁾ von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art der Schulden

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Bund (ohne Lastenausgleichs- fonds)	Lasten- ausgleichs- fonds	Länder (ohne Spalte 4)	Hansestädte und West-Berlin	Gemeinden und Gemeinde- verbände	Insgesamt	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7
Inlandschulden							
A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln							
Ausgleichsforderungen							
des Zentralbanksystems	5 480 000	—	2 300 348	678 716	—	8 459 064	8 436 410
der Banken und Sparkassen	167 960	—	5 807 580	576 010	—	6 551 550	6 378 807
der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	1 591 590	—	2 466 337	611 591	—	4 669 518	4 615 722
der Postscheckkämter (Postsparkasse), soweit nachgewiesen	—	—	44 007	6 598	—	50 605	42 834
Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld (zinsfreie Schuldverschreibung)	622 190	—	—	—	—	622 190	622 160
Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	—	1 711 977	—	—	—	1 711 977	—
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln 2)	—	—	11 829	63 642	79 269	154 740	202 482
Summe A	7 861 740	1 711 977	10 630 105	1 936 559	79 269	22 219 650	20 298 416
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln 3)							
Inhaberschuldverschreibungen	755 230	—	707 151	100 716	69 890	1 632 987	1 516 436
Verzinsliche Schatzanweisungen	38 290	—	50 090	—	—	88 380	90 560
Unverzinsliche Schatzanweisungen	491 510	—	38 246	—	—	529 756	655 900
Schatzwechsel	7 370	—	49 850	—	—	57 220	129 630
Steurgutscheine	—	—	227 259	—	—	227 259	226 603
Kredite des Zentralbanksystems	390 700	171 200	2 000	—	—	563 900	183 020
Schulden bei Banken und Sparkassen 4)	—	558 636	143 019	129 287	2 585 390	3 416 332	2 487 638
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	—	—	70 357	13 963	498 876	583 196	436 747
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	—	—	134	1 465	35 348	36 947	39 129
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) 5)	—	—	—	42	35 880	35 922	—
Kassenkredite, aufgenommen von Gemeinden und Gemeindeverbänden 6)	—	—	—	—	30 513	30 513	33 381
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	—	—	44 704	14 027	90 392	149 123	120 020
Summe B	1 683 100	729 836	1 332 809	259 500	3 346 289	7 351 534	5 919 059
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln 3) 7)							
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ohne Altu - Rückstände)	454 020	—	364 295	58 583	75 802	952 700	507 895
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	700 560	—	171 306	36 996	216 844	1 125 706	270 408
ERP- (ECA-) Kredite	—	—	120 099	142 321	178 683	441 103	346 787
Kredite von der Bundespost	—	—	225	10 002	—	10 227	14 254
Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	—	—	—	5 014	—	5 014	71 413
Summe C	1 154 580	—	655 924	252 917	471 329	2 534 750	1 210 757
Summe A bis C	10 699 420	2 441 813	12 618 836	2 448 975	3 896 886	32 105 930	27 428 234
D. Schulden bei Gebietskörperschaften							
1. Neuschulden 8) 9)							
Kredite vom Bund (ohne Lastenausgleichs fonds)	—	225 000	2 556 331	345 014	940 439	7 836 631	6 291 918
Kredite vom Lastenausgleichs fonds	—	—	3 458 067	311 781			
Kredite von Ländern	—	—	—	—			
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	4 452	—			
Zusammen	—	225 000	6 018 849	656 795	976 645	7 877 289	6 328 608
2. Altschulden							
Summe D	—	225 000	6 019 629	1 279 511	994 799	8 518 939	6 970 359
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)	10 699 420	2 666 813	18 638 467	3 728 486	4 891 685	40 624 871¹⁰⁾	34 398 594
Davon: <i>Altverschuldung</i>	7 861 740	1 711 977	10 630 886	2 559 275	97 422	22 861 300	20 940 169
<i>Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)</i>	2 837 680	954 836	8 007 581	1 169 211	4 794 263	17 763 571	13 458 425
Außerdem:							
Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit erfaßt)							
Zahlungsrückstände	—	46 339	71 031	—	—	117 370	164 125
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe	—	—	735	35 158	65 154	101 047	—
Auslandschulden¹¹⁾ (soweit erfaßt)							
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen ¹²⁾	7 914 517	—	59 014	67 644	116 803 ¹³⁾	8 157 978	6 913 097 ¹⁴⁾
Sonstige Auslandschulden	1 517 980 ¹⁵⁾	—	—	61 385	—	1 579 365	1 631 503 ¹⁶⁾

1) Ohne die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen "Anderen Schulden" des Bundes (am Ende des Rechnungsjahres 1954 : 4 776,7 Mill. DM einschl. Auslandschulden). Außerdem am 31.3.1954 ohne folgende nicht nachgewiesene Verpflichtungen: 389,4 Mill. DM Schulden und 48,1 Mill. DM Zahlungsrückstände des Lastenausgleichsfonds; Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe; gemeindliche Auslandschulden und gemeindliche Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen. — 2) Ohne Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen (vgl. Anm. 12). — 3) Die Kredite von Sozialversicherungen sind den "Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln" zugeordnet. — 4) Am 31.3.1955 (gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres) zum Teil Verschiebungen zwischen den Schuldenarten durch Einbeziehung von weiteren öffentlichen bei Kreditinstituten geschuldeten Mitteln in die Abschnitte D 1 oder C. — 5) Am 31.3.1954 zum Teil in den "Übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln" oder Hypothekenschulden mit enthalten. — 6) Einschl. geringer Kassenkredite bei Gebietskörperschaften. — 7) Vgl. Anm. 4). — 8) Ohne geringe gemeindliche Kassenkredite (vgl. Anm. 6). — 9) Vgl. Anm. 4). — 10) Einschl. der aus der Verschuldung bei Gebietskörperschaften sich ergebenden Doppelzählungen. — Außerdem: 4 408,7 Mill. DM Inlandschulden von Bundesbahn und -post (vgl. Textübersicht). — 11) Fremdwährungsbeiträge zu festen Paritäten umgerechnet. — 12) Einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen und der fundierten (bzw. zu fundierenden) Zinsrückstände. — 13) Nach Ergebnissen einer Statistik der Bank deutscher Länder zum 31.12.1954 (zum Teil Schätzung); ohne Schuldscheindarlehen und ähnliche Kredite. — 14) Ohne gemeindliche Auslandschulden sowie gemeindliche Anteile an Sammelanleihen. — 15) Großenteils auf DM lautend. — 16) Ohne Auslandschulden der Gemeinden.

Art der Schulden	Bund (ohne Lastenausgleichs- fonds)	Lasten- ausgleichs- fonds	Län				
			Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen 1)	Hessen	Rheinland- Pfalz
			1	2	3	4	5
Inlandschulden							
A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln							
Ausgleichsforderungen des Zentralbanksystems	5 480 000	—	125 638	305 680	645 271	248 385	138 878
der Banken und Sparkassen	167 960	—	255 705	748 892	1 467 998	611 930	362 982
der Versicherungsunternehmen und Bauspar- kassen	1 591 590	—	51 696	276 772	825 355	211 564	38 428
der Postscheckkämter (Postsparkasse), soweit nachgewiesen	—	—	—	—	—	—	4 616
Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld (zins- freie Schuldverschreibung)	622 190	—	—	—	—	—	—
Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versi- cherungsunternehmen und Bausparkassen ..	—	1 711 977	—	—	—	—	—
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln ..	—	—	848	2 775	72	1 075	45
Summe A	7 861 740	1 711 977	433 887	1 334 120	2 938 696	1 072 955	544 950
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln							
Inhaberschuldverschreibungen	755 230	—	50 000	113 998	—	50 003	55 000
Verzinsliche Schatzanweisungen	38 290	—	—	29 450	—	—	5 640
Unverzinsliche Schatzanweisungen	491 510	—	—	1 500	—	22 746	14 000
Schatzwechsel	7 370	—	—	8 850	—	—	—
Steuer Gutscheine	—	—	—	—	—	—	—
Kredite des Zentralbanksystems	390 700	171 200	—	—	—	—	2 000
Schulden bei Banken und Sparkassen	—	558 636	—	29 702	—	7 689	41 625
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen ..	—	—	—	28 449	—	7 324	500
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ..	—	—	—	—	87	—	47
Reskaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	—	—	—	—	—	—	—
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln ..	—	—	10 000	13 334	—	17 170 7)	—
Summe B	1 683 100	729 836	60 000	225 283	87	104 932	118 812
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln							
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsver- mittlung und Arbeitslosenversicherung (ohne Afu-Rückstände)	454 020	—	83 762	6 970	146 369	35 575	20 566
Kredite von sonstigen Trägern der Sozial- versicherung	700 560	—	7 825	348	—	17 505	14 942
ERP- (ECA-) Kredite	—	—	—	3 505	115 044	—	1 550
Kredite von der Bundespost	—	—	—	—	—	—	—
Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sonder- mitteln	—	—	—	—	—	—	—
Summe C	1 154 580	—	91 587	10 822	261 413	53 080	37 058
Summe A bis C	10 699 420	2 441 813	585 474	1 570 225	3 200 196	1 230 967	700 819
D. Schulden bei Gebietskörperschaften							
1. Neuschulden							
Kredite vom Bund (ohne Lastenausgleichs- fonds)	—	225 000	455 037	293 572	757 492	194 193	147 649
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	—	—	301 673	508 505	1 164 704	291 948	193 020
Kredite von Ländern	—	—	—	—	—	—	—
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden ..	—	—	—	4 362	—	—	—
Zusammen	—	225 000	756 710	806 439	1 922 196	486 141	340 669
2. Altschulden							
Summe D	—	225 000	756 710	807 064	1 922 196	486 141	340 669
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)	10 699 420	2 666 813	1 342 184	2 377 290	5 122 392	1 717 108	1 041 488
<i>Davon: Altverschuldung</i>	7 861 740	1 711 977	433 887	1 334 746	2 938 696	1 072 955	544 950
<i>Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)</i> ..	2 837 680	954 836	908 297	1 042 544	2 183 696	644 153	496 538
Außerdem:							
Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit erfaßt)							
Zahlungsrückstände	—	46 339	4 004	—	15 900	—	1 127
Abgeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe ..	—	—	—	397	293	—	45
Auslandschulden (soweit erfaßt)							
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen ..	7 914 517	—	—	2 791	—	209 ¹⁰⁾	—
Sonstige Auslandschulden	1 517 980	—	—	—	—	—	—

1) Ohne die Schulden der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe; diese werden am 31.3.1955 erstmals als gemeindliche Schulden nachgewiesen (mit 22,2 Mill. DM Inland- und lung noch nicht geregelt). — 5) 60,5 Mill. DM aus öffentlichen Mitteln stammende Bankschulden der Länder Nordrhein-Westfalen (57 Mill. DM Mittel der Arbeitslosenversicherung) und Niedersachsen (66,0 Mill. DM Mittel der Arbeitslosenversicherung) und Niedersachsen (3,5 Mill. DM ERP-Mittel) sind unter den „Schulden bei Banken und Sparkassen“ nachgewiesen (und nicht bei den ent-Blockade und zur Kohlenbevorratung. — 9) Der Betrag steht in seiner Höhe am Stichtag (31.3.1955) noch nicht endgültig fest. — 10) Anteil des Landes an einer im Ausland aufgenommenen

dem nach Art der Schulden

DM -

der		Hansestädte		West-Berlin	Insgesamt	Dagegen am 31.3.1954	Art der Schulden
		Baden- Württemberg	Bayern ²⁾				
8	9	10	11	12	13	14	
							Inlandschulden
							A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln
385 211	451 285	198 166	70 871	409 679	8 459 064	8 436 410	Ausgleichsforderungen des Zentralbanksystems
1 091 348	1 268 725	334 507	138 929	102 574	6 551 550	6 378 807	der Banken und Sparkassen
511 811	550 711	472 800	13 722	125 069	4 669 518	4 615 722	der Versicherungsunternehmen und Bauspar- kassen
15 391	24 000	6 598	-	-	50 605	42 834	der Postscheckämter (Postsparkasse), soweit nachgewiesen
-	-	-	-	-	622 190	622 160	Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld (zinsfreie Schuldverschreibung)
-	6 922	20 125 ³⁾	3 447	40 070 ⁴⁾	1 711 977	100 778	Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versi- cherungsunternehmen und Bausparkassen
2 003 854	2 301 643	1 032 197	226 969	677 393	22 140 381	20 196 712	Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln
							Summe A
							B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln
50 000	388 150	50 000	50 000	716	1 563 097	1 490 341	Inhaberschuldverschreibungen
-	15 000	-	-	-	88 380	90 560	Verzinsliche Scharzanweisungen
-	-	-	-	-	529 756	655 900	Unverzinsliche Scharzanweisungen
-	41 000	-	-	-	57 220	129 630	Scharzwechsel
-	227 259	-	-	-	227 259	226 603	Steuer Gutscheine
-	64 003	38 581	57 076	33 630	563 900	183 020	Kredite des Zentralbanksystems
-	-	-	-	-	830 942 ⁵⁾	664 127 ⁶⁾	Schulden bei Banken und Sparkassen
-	34 084	12 350	1 613	-	84 320	74 582	Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen
-	-	1 217	35	213	1 599	2 574	Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden
-	-	42	-	-	42	-	Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherheit)
-	4 200	4 712	9 315	-	58 731	28 489	Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln
50 000	773 695	106 902	118 039	34 559	4 005 245	3 545 821	Summe B
							C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln
53 539	17 514	30 060	7 618	20 905	876 898 ⁵⁾	472 346 ⁶⁾	Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsver- mittlung und Arbeitslosenversicherung (ohne Alfa-Rückstände)
39 416	91 270	23 793	13 203	-	908 862	154 622	Kredite von sonstigen Trägern der Sozial- versicherung
-	225	2	1 629	140 692	262 420 ⁵⁾	180 492 ⁶⁾	ERP- (ECA-) Kredite
-	-	14	10 000	-	10 227	14 254	Kredite von der Bundespost
-	-	-	-	5 000	5 014	71 413	Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sonder- mitteln
92 955	109 009	53 869	32 451	166 597	2 063 421	893 127	Summe C
2 146 809	3 184 346	1 192 968	377 458	878 549	28 209 044	24 635 661	Summe A bis C
							D. Schulden bei Gebietskörperschaften
							1. Neuschulden
382 536	325 852	116 780	35 253	192 981	3 126 345	2 436 258	Kredite vom Bund (ohne Lastenausgleichs- fonds)
539 200	459 017	200 048	51 496	60 237	3 769 848	3 178 356	Kredite vom Lastenausgleichsfonds
-	90	-	-	-	4 452	650	Kredite von Ländern
921 735	784 959	316 828	86 749	253 218	6 900 644	5 615 264	Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden
-	155	542	14	622 160	623 496	623 616	Zusammen
921 735	785 114	317 370	86 763	875 378	7 524 140	6 238 879	2. Altschulden
3 068 545	3 969 460	1 510 338	464 221	1 753 927 ⁸⁾	35 733 186	30 874 540	Summe D
							Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)
2 003 854	2 301 798	1 032 739	226 983	1 299 553	22 763 878	20 820 328	<i>Davon: Altwerschuldung</i>
1 064 691	1 667 662	477 599	237 238	454 374	12 969 308	10 054 212	<i>Neuwerschuldung (einschl. Kassenkredite)</i>
							Außerdem:
							Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit erfaßt)
-	50 000	-	-	-	117 370	164 125	Zahlungsrückstände
-	-	6 654	-	28 504 ⁹⁾	35 893	-	Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe
28 864	27 150 ¹¹⁾	54 669	12 975	-	8 041 175	6 913 097	Auslandschulden (soweit erfaßt)
-	-	12	-	61 373 ¹²⁾	1 579 365	1 631 503	Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen
							Sonstige Auslandschulden

0,7 Mill. DM Auslandschulden), - 2) Einschl. Lindau, - 3) Einschl. 0,3 Mill. DM für Haftentschädigung (31.3.1954=4,2 Mill. DM), - 4) Außerdem: 3,3 Mill. RM Grundpfandschulden (Umstel-
(3,5 Mill. DM ERP-Mittel) sind den entsprechenden Schuldarten des Abschnittes C zugeordnet, - 6) 69,5 Mill. DM aus öffentlichen Mitteln stammende Bankschulden der Länder Nordrhein-Westfalen
sprechenden Schuldarten des Abschnittes C), - 7) Einschl. 10,3 Mill. DM für Entschädigung wegen Übereignung oder Enteignung von Grundeigentum, - 8) Ohne 689,9 Mill. DM auswärtlich der
Sammelanleihe, - 11) Einschl. der noch nicht durch Schuldurkunden fundierten Zinsrückstände (10,3 Mill. DM), - 12) Regelung durch Londoner Abkommen noch ungewiß.

Art der Schulden	Län				
	Schleswig-Holstein 1	Niedersachsen 2	Nordrhein-Westfalen 3	Hessen 4	Rheinland-Pfalz 5
Inlandschulden					
A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln					
Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (soweit nachgewiesen)	433 039	1 331 345	2 938 624	1 071 879	544 904
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln	4 439	11 983	37 927	9 888	3 811
Summe A	437 478	1 343 328	2 976 551	1 081 768	548 716
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln					
Inhaberschuldverschreibungen	50 000	113 998	49 890	50 003	55 000
Verzinsliche Schatzanweisungen	-	29 450	-	-	5 640
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	1 500	-	22 746	14 000
Schatzwechsel	-	8 850	-	-	-
Steuer Gutscheine	-	-	-	-	-
Kredite des Zentralbanksystems	-	-	-	-	2 000
Schulden bei Banken und Sparkassen 2)	67 587	294 000	839 121	374 932	164 501
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	13 728	78 850	123 210	84 446	41 697
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	1 567	4 689	16 045	1 534	3 229
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	997	4 035	7 150	9 241	1 275
Kassenkredite aufgenommen von Gemeinden und Gemeindeverbänden 3)	2 138	6 214	6 708	2 828	552
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	12 012	27 895	24 818	28 359	5 075
Summe B	148 028	569 482	1 066 942	574 089	292 967
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln 2)					
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ohne Alfu-Rückstände)	95 595	16 268	153 150	45 486	24 126
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	30 751	43 667	55 975	30 721	27 422
ERP- (ECA-) Kredite	22 625	25 537	152 198	9 276	12 807
Kredite von der Bundespost 4)	-	-	-	-	-
Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	-	-	-	-	-
Summe C	148 971	85 472	361 323	85 483	64 355
Summe A bis C	734 477	1 998 281	4 404 817	1 741 340	906 037
D. Schulden bei Gebietskörperschaften					
1. Neuschulden 2) 5)					
Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	557 974	352 998	1 104 000	230 860	229 688
Kredite vom Lastenausgleichsfonds 6)	304 284	512 534	1 167 550	293 603	193 853
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1 960	14 822	7 819	3 809	2 407
Zusammen	864 218	880 353	2 279 370	528 272	425 948
2. Altschulden	1 319	1 840	8 869	2 148	3 033
Summe D	865 537	882 194	2 288 239	530 420	428 981
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)	1 600 014	2 880 476	6 693 056	2 271 760	1 335 018
<i>Davon: Altverschuldung</i>	<i>438 797</i>	<i>1 345 169</i>	<i>2 985 420</i>	<i>1 083 916</i>	<i>551 749</i>
<i>Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)</i>	<i>1 161 217</i>	<i>1 535 307</i>	<i>3 707 635</i>	<i>1 187 844</i>	<i>783 269</i>
Außerdem:					
Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit erfaßt)					
Zahlungsrückstände 7)	4 004	-	15 900	-	1 127
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe ..	1 860	5 581	24 428	7 857	11 520
Auslandschulden (soweit erfaßt)					
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen 8) ...	745	9 341	38 770	11 607	7 522
Sonstige Auslandschulden 9)	-	-	-	-	-

1) Einschl. Lindau. — 2) Am 31.3.1955 (gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres) zum Teil Verschiebungen zwischen den Schuldarten durch Einbeziehung von weiteren öffentlichen bei Krediten bei der Bundespost. — 3) Ohne die geringen gemeindlichen Kassenkredite (vgl. Ann. 3). — 4) Bei den Gemeinden: nur unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommen der Gemeinden.

deverbände nach Art der Schulden und Ländern

DM -

der		Hansestädte und West-Berlin	Insgesamt	Dagegen am 31.3.1954	Art der Schulden
Baden-Württemberg	Bayern 1)				
6	7	8	9	10	
					Inlandschulden
					A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln
					Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (soweit nachgewiesen)
2 003 762	2 294 721	1 872 915	12 491 189	12 446 133	Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln
3 517	19 533	63 642	154 740	202 482	Summe A
2 007 279	2 314 254	1 936 559	12 645 933	12 648 616	
					B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln
50 000	408 150	100 716	877 757	796 816	Inhaberschuldverschreibungen
-	15 000	-	50 090	52 600	Verzinsliche Schatzanweisungen
-	-	-	38 246	80 150	Unverzinsliche Schatzanweisungen
-	41 000	-	49 850	58 800	Schatzwechsel
-	227 259	-	227 259	226 603	Steurgutscheine
-	-	-	2 000	-	Kredite des Zentralbanksystems
493 818	494 451	129 287	2 857 697	2 250 165	Schulden bei Banken und Sparkassen 2)
91 127	136 175	13 963	583 196	436 746	Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen
1 946	6 473	1 465	36 947	39 129	Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden
9 483	3 700	42	35 922	-	Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)
4 996	7 077	-	30 513	33 381	Kassenkredite, aufgenommen von Gemeinden und Gemeindeverbänden 3)
20 356	16 581	14 027	149 123	120 020	Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln
671 726	1 355 864	259 500	4 938 598	4 094 411	Summe B
					C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln 2)
74 113	31 358	58 583	498 679	319 605	Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ohne Alfu-Rückstände)
71 826	127 787	36 996	425 145	270 408	Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung
37 665	38 675	142 321	441 103	346 787	ERP- (ECA-) Kredite
-	225	10 002	10 227	14 254	Kredite von der Bundespost 4)
-	-	5 014	5 014	71 413	Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln
183 604	198 044	252 917	1 380 169	1 022 468	Summe C
2 862 609	3 868 161	2 448 975	18 964 697	17 765 495	Summe A bis C
					D. Schulden bei Gebietskörperschaften
					1. Neuschulden 2) 5)
544 205	457 450	345 014	3 822 189	2 883 058	Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern
542 385	463 453	311 781	3 789 443	3 191 860	Kredite vom Lastenausgleichsfonds 6)
4 349	5 493	-	40 659	36 689	Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden
1 090 938	926 395	656 795	7 652 289	6 111 608	Zusammen
236	1 489	622 716	641 650	641 753	2. Altschulden
1 091 173	927 884	1 279 511	8 293 939	6 753 360	Summe D
3 953 783	4 796 045	3 728 486	27 258 638	24 518 855	Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)
2 007 515	2 315 742	2 559 275	13 287 583	13 290 368	Davon: <i>Altverschuldung</i>
1 946 268	2 480 303	1 169 211	13 971 054	11 228 487	<i>Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)</i>
					Außerdem:
	50 000	-	71 031	164 125	Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit erfaßt)
1 825	12 819	35 158	101 047	-	Zahlungsrückstände 7)
					Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe
					Auslandschulden (soweit erfaßt)
51 103	56 729	67 644	243 461	131 230	Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen 8)
		61 385	61 385	61 423	Sonstige Auslandschulden 9)

instituten geschuldeten Mitteln in die Abschnitte D1 oder C. - 3) Einschl. der geringen gemeindlichen Kassenkredite bei Gebietskörperschaften. - 4) Ohne die erwaigten gemeindlichen Schulgenommene Darlehen. - 5) Ohne Zahlungsrückstände der Gemeinden. - 6) Am 31.3.1954 ohne die gemeindlichen Auslandschulden und Anteile an Sammelanleihen. - 7) Ohne Auslandschul-

IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

A. Art der Schulden

a) nach Ländern

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern 1)	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Inlandschulden									
A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln ²⁾	3 591	9 208	37 855	8 813	3 766	3 425	12 611	79 269	101 704
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln³⁾⁴⁾									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	49 890	-	-	-	20 000	69 890	26 095
Schulden bei Sparkassen	19 870	89 219	258 406	108 802	36 252	124 439	131 178	768 165	547 545
Schulden bei Girozentralen ⁵⁾	27 298	118 978	437 086	90 241	56 019	235 395	161 175	1 126 193	808 756
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	40 029	58 309	98 337 ⁶⁾	160 159
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	20 419	56 100	143 630	168 200	30 604	93 956	79 786	592 695	307 050
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	13 728	50 401	123 210	77 122	41 197	91 127	102 091	498 876	362 165
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	1 567	4 689	15 958	1 534	3 182	1 946	6 473	35 348	36 555
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) ⁷⁾	997	4 035	7 150	9 241	1 275	9 483	3 700	35 880	
Kassenkredite ⁸⁾	2 138	6 214	6 708	2 828	552	4 996	7 077	30 513	33 381
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	2 012	14 561	24 818	11 189	5 075	20 356	12 381	90 392	91 531
Summe B	88 028	344 199	1 066 855	469 157	174 155	621 726	582 169	3 346 289	2 373 238
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln³⁾⁴⁾									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	11 833	9 298	6 781	9 911	3 560	20 574	13 844	75 802	35 549
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	22 926	43 319	55 975	13 216	12 480	32 410	36 517	216 844	115 786
ERP- (ECA-) Kredite	22 625	22 032	37 154	9 276	11 257	37 665	38 675	178 683	166 295
Summe C⁹⁾	57 384	74 650	99 910	32 403	27 297	90 649	89 035	471 329	317 631
Summe A bis C	149 003	428 056	1 204 621	510 373	205 218	715 800	683 815	3 896 886	2 792 573
D. Schulden bei Gebietskörperschaften									
1. Neuschulden⁴⁾¹⁰⁾									
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	32 297	15 773	35 365	12 762	3 922	40 613	51 109	191 841	159 647
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	17 093	22 236	111 049	9 868	41 461	66 281	35 377	303 365	184 172
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	53 547	21 417	200 095	14 036	36 657	54 774	45 111	425 637	319 981
Kredite vom Lastenausgleichsfonds ¹¹⁾	2 611	4 029	2 846	1 655	833	3 185	4 436	19 595	13 504
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1 960	10 460	7 819	3 809	2 407	4 349	5 403	36 207	36 039
Zusammen	107 508	73 914	357 174	42 131	85 279	169 203	141 436	976 645	713 344
2. Altschulden	1 319	1 215	8 869	2 148	3 033	236	1 334	18 154	18 137
Summe D	108 827	75 130	366 043	44 279	88 312	169 438	142 770	994 799	731 480
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)	257 830	503 186	1 570 664	554 652	293 530	885 238	826 585	4 891 685	3 524 053¹²⁾
Davon: Altverschuldung	4 910	10 423	46 724	10 961	6 799	3 661	13 944	97 422	119 841
Darunter: für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen	703	1 198	4 835	2 751	344	695	2 583	13 109	14 192
Neuverschuldung einschl. Kassenkredite	252 920	492 763	1 523 939	543 691	286 731	881 577	812 641	4 794 263	3 404 212
Neuverschuldung ohne Kassenkredite	250 782	486 549	1 517 231	540 863	286 180	876 581	805 564	4 763 750	3 370 831
Dagegen (Summe A bis D) am 31.3.1954	198 639	353 734	1 061 783	403 938	195 884	685 005	625 068	-	3 524 053 ¹²⁾
Außerdem:									
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe	1 860	5 184	24 135	7 857	11 475	1 825	12 819	65 154	
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen ¹³⁾	745	6 550	38 770	11 398	7 522	22 239	29 579	116 803	

1) Einschl. Lindau. - 2) Ohne Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen (vgl. Anm. 13). - 3) Die Kredite von Sozialversicherungen sind den "Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln" zugeordnet. - 4) Am 31.3.1955 (gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres) zum Teil Verschiebungen zwischen den Schuldenarten durch Einbeziehung von weiteren öffentlichen bei Kreditinstituten geschuldeten Mitteln in die Abschnitte D 1 oder C. - 5) Einschl. derjenigen Girozentralen, die zugleich "Landesbanken" sind. - 6) Vgl. Anm. 4. - 7) Am 31.3.1954 zum Teil in den "Übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln" oder Hypothekenschulden mit enthalten. - 8) Einschl. geringer Kassenkredite bei Gebietskörperschaften. - 9) Ohne die etwaigen in den "Übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln" enthaltenen Schuldauflagen bei der Bundespost. - 10) Ohne geringe Kassenkredite (vgl. Anm. 8). - 11) Nur unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommene Darlehen. - 12) Bei Einschluß nachträglicher Berichtigungen (für Baden-Württemberg) beläuft sich der gemeindliche Schuldenstand am 31.3.1954 auf 3 523 840 Tsd. DM. - 13) Vorläufige, nach Ergebnissen einer Statistik der Bank deutscher Länder zum 31.12.1954, unter Zuhilfenahme von Schätzungen ermittelte Beträge einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen und der gemäß Londoner Abkommen zu fundierenden Zinsrückstände; ohne Schuldscheindarlehen und ähnliche Kredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: A. Art der Schulden

b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen 1)

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					Ämter
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Inlandschulden									
A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln	79 269	57 606	16 729	9 095	4 716	2 768	150	3 774	1 160
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	69 890	69 890	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	768 165	352 622	336 800	122 462	103 185	108 130	3 024	77 837	906
Schulden bei Girozentralen	1 126 193	610 390	400 468	197 793	111 011	88 974	2 690	99 838	15 497
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	98 337	29 942	61 272	12 117	18 603	30 552	-	3 977	3 147
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	592 695	458 901	112 075	65 912	23 818	22 181	163	20 597	1 122
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	498 876	356 941	103 867	51 194	37 202	14 892	579	32 903	5 165
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	35 348	17 484	15 810	6 020	6 134	3 581	75	1 981	72
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	35 880	25 496	8 214	3 357	2 878	1 931	49	2 170	-
Kassenkredite	30 513	1 138	24 976	6 096	6 763	10 955	1 162	4 068	330
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	90 392	41 783	42 692	16 721	11 769	14 058	144	5 917	-
Summe B	3 346 289	1 964 586	1 106 174	481 671	321 362	295 255	7 887	249 288	26 241
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	75 802	26 715	37 156	9 654	14 142	13 347	13	11 822	109
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	216 844	152 869	41 533	24 795	13 167	3 381	191	19 483	2 958
ERP- (ECA-) Kredite	178 683	120 390	51 986	18 909	15 722	17 032	323	5 632	672
Summe C	471 329	299 974	130 675	53 357	43 032	33 760	526	36 937	3 743
Summe A bis C	3 896 886	2 322 166	1 253 578	544 123	369 109	331 783	8 563	289 999	31 144
D. Schulden bei Gebietskörperschaften									
1. Neuschulden									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	191 841	68 066	105 624	24 271	32 110	49 109	134	16 952	1 199
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	303 365	110 855	172 503	64 189	56 835	49 407	2 073	19 694	313
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	425 637	229 701	166 247	69 666	50 171	45 799	611	26 466	3 224
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	19 595	5 972	6 847	2 568	2 627	1 647	4	6 776	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	36 207	1 292	27 067	5 690	7 315	13 428	635	7 847	-
Zusammen	976 645	415 885	478 289	166 384	149 058	159 390	3 456	77 735	4 736
2. Altschulden	18 154	12 746	4 642	2 424	1 667	430	120	766	-
Summe D	994 799	428 631	482 930	168 808	150 726	159 820	3 576	78 501	4 736
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)	4 891 685	2 750 797	1 736 508	712 931	519 835	491 603	12 139	368 500	35 880
Davon: Altverschuldung	97 422	70 352	21 370	11 519	6 383	3 198	270	4 540	1 160
Darunter: für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen	13 109	9 778	2 512	1 338	736	395	42	819	-
Neuverschuldung einschl. Kassenkredite	4 794 263	2 680 445	1 715 138	701 412	513 452	488 405	11 869	363 960	34 720
Neuverschuldung ohne Kassenkredite	4 763 750	2 679 307	1 690 161	695 316	506 688	477 449	10 707	359 892	34 390
<i>Dagegen (Summe A bis D) am 31.3.1954</i>	<i>3 524 053</i>	<i>1 989 377</i>	<i>1 252 441</i>	<i>491 469</i>	<i>388 760</i>	<i>363 502</i>	<i>8 709</i>	<i>268 164</i>	<i>14 071</i>
Außerdem:									
Abgabeschuldung aus der Hypothekengewinnabgabe	65 154	46 250	17 748	7 103	7 041	3 492	112	1 156	-
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen	116 803	106 999	7 522	6 089	1 207	225	-	1 323	958

1) Vgl. die Anmerkungen zu Tabelle IV A a).

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden

a) nach Ländern

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern 1)	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Altschulden²⁾	3 803	8 655	43 276	8 894	5 814	2 856	10 639	83 936	100 006
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	6 126	54 032	191 350	42 395	15 065	28 046	83 805	420 819	271 282
Schulden bei Girozentralen	4 342	60 430	276 356	31 958	35 561	52 745	71 519	532 911	307 836
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	21 582	30 499	52 081	101 141
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	12 841	31 414	86 975	78 232	18 311	52 791	38 156	318 720	145 909
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen ..	10 007	25 372	42 096	31 463	24 257	35 783	37 348	206 326	148 931
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	785	3 686	11 294	1 068	1 325	1 615	5 390	25 162	20 912
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	289	147	491	168	428	219	271	2 014	.
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	663	2 980	1 978	2 268	734	2 091	2 010	12 723	11 551
Summe B	35 053	178 061	610 540	187 552	95 681	194 871	268 998	1 570 756	1 007 562
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	8 214	7 226	6 545	661	647	9 621	10 876	43 790	18 734
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	6 709	29 823	11 805	9 471	9 192	11 250	22 720	100 970	48 740
ERP- (ECA-) Kredite	1 530	8 831	10 937	1 928	6 656	5 813	6 027	41 722	36 727
Summe C	16 453	45 880	29 287	12 060	16 496	26 684	39 622	186 482	104 201
Summe A bis C	55 309	232 597	683 103	208 506	117 990	224 411	319 260	1 841 176	1 211 770
D. Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	23 625	11 726	33 002	803	1 934	35 090	42 014	148 194	118 005
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	14 557	17 973	90 771	7 971	31 024	54 672	23 514	240 482	139 207
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	3 246	10 636	160 707	3 825	7 600	4 128	16 917	207 059	151 979
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	28	164	579	-	-	240	497	1 508	1 665
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden ..	404	5 393	3 735	497	606	1 037	1 549	13 221	14 118
Summe D	41 860	45 892	288 793	13 096	41 165	95 167	84 491	610 464	424 975
Annuitätsdarlehen zusammen (Summe A bis D) ..	97 169	278 489	971 896	221 602	159 155	319 578	403 751	2 451 640	-
<i>Dagegen am 31.3.1954</i>	<i>61 471</i>	<i>181 924</i>	<i>659 233</i>	<i>136 994</i>	<i>95 729</i>	<i>222 870</i>	<i>278 523</i>	<i>-</i>	<i>1 636 744</i>
Übrige Altschulden am 31.3.1955	1 107	1 768	3 448	2 067	985	805	3 305	13 486	19 835
Übrige Neuschulden am 31.3.1955 ³⁾	159 554	222 929	595 319	330 983	133 390	564 855	419 529	2 426 559	1 867 473
Inlandschulden insgesamt	257 830	503 186	1 570 664	554 652	293 530	885 238	826 585	4 891 685	3 524 053

1) Einschl. Lindau. - 2) Einschl. der etwa bei Gebietskörperschaften aufgenommenen Annuitätsdarlehen. - 3) Nach Laufzeiten auf gegliederte Schulden und Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden

b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirks- verbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
A. Altschulden ¹⁾	83 936	62 149	17 344	10 409	4 647	2 065	223	3 304	1 140
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	420 819	209 662	166 974	76 797	51 501	36 248	2 429	43 276	906
Schulden bei Girozentralen	532 911	267 268	202 003	103 717	58 586	37 768	1 933	48 712	14 927
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	52 081	7 587	39 399	7 148	11 639	20 611	-	1 971	3 124
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	318 720	227 937	77 979	52 678	13 480	11 743	78	12 361	443
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	206 326	140 042	50 428	27 168	16 584	6 287	389	12 690	3 166
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	25 162	12 206	11 604	4 368	5 039	2 166	31	1 279	72
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	2 014	1 167	660	367	158	135	-	187	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	12 723	4 505	7 395	2 838	2 339	2 208	10	824	-
Summe B	1 570 756	870 374	556 443	275 080	159 327	117 166	4 869	121 299	22 640
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermitt- lung und Arbeitslosenversicherung	43 790	18 046	19 397	5 353	7 285	6 747	13	6 238	109
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversi- cherung	100 970	69 955	19 014	10 973	6 517	1 442	82	9 093	2 908
ERP- (ECA-) Kredite	41 722	11 639	28 294	6 102	8 745	13 123	323	1 790	-
Summe C	186 482	99 640	66 705	22 428	22 548	21 312	417	17 121	3 017
Summe A bis C	1 841 176	1 032 164	640 491	307 917	186 521	140 543	5 510	141 724	26 797
D. Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	148 194	60 976	74 026	18 802	20 721	34 423	78	12 020	1 174
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenaus- gleichsfonds) und Ländern	240 482	96 067	132 780	48 965	42 773	39 709	1 333	11 329	304
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenaus- gleichsfonds) und Ländern	207 059	118 366	79 801	38 970	19 892	20 738	201	6 777	2 115
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	1 508	440	790	337	198	255	-	279	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	13 221	490	10 892	2 271	2 903	5 302	417	1 838	-
Summe D	610 464	276 340	298 288	109 345	86 488	100 427	2 028	32 243	3 594
Annuitätsdarlehen zusammen (Summe A bis D)	2 451 640	1 308 504	938 779	417 262	273 009	240 970	7 538	173 967	30 390
Dagegen am 31.3.1954	1 636 744	870 265	639 404	269 886	194 097	170 386	5 034	116 724	10 352
Übrige Altschulden am 31.3.1955	13 486	8 203	4 027	1 110	1 737	1 134	46	1 236	20
Übrige Neuschulden am 31.3.1955 ²⁾	2 426 559	1 434 090	793 705	294 559	245 090	249 500	4 554	193 297	5 469
Inlandschulden insgesamt	4 891 685	2 750 797	1 736 508	712 931	519 835	491 603	12 139	368 500	35 880

1) Einschl. der etwa bei Gebietskörperschaften aufgenommenen Annuitätsdarlehen. - 2) Nach Laufzeiten aufgegliederte Schulden und Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung¹⁾

a) nach Ländern

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ²⁾	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Laufzeit weniger als 4 Jahre									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	667	2 289	1 681	6 772	1 621	8 098	3 170	24 298	27 019
Schulden bei Girozentralen	617	4 141	2 831	6 590	3 232	31 142	1 544	50 096	73 915
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	1 815	4 281	6 096	6 969
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	173	190	2 569	703	2 872	10 955	2 586	20 049	19 479
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	50	90	875	2 225	78	4 536	610	8 463	8 429
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	66	36	193	85	111	-	22	512	2 701
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	270	909	684	3 688	484	3 464	373	9 873	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	100	987	752	452	594	3 274	977	7 137	11 818
Summe a	1 944	8 641	9 585	20 515	8 990	63 283	13 564	126 523	150 330
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	-	5	-	-	190	1 673	1	1 869	1 714
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	7	668	150	-	1 000	1 617	12	3 454	3 333
ERP- (ECA-) Kredite	-	-	-	-	8	92	-	100	214
Summe b	7	673	150	-	1 198	3 382	13	5 423	5 261
Summe a und b	1 952	9 314	9 735	20 515	10 188	66 665	13 577	131 946	155 592
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	5	3	-	15	-	968	60	1 052	1 983
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	30	687	176	26	30	1 011	132	2 092	806
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	82	99	-	37	382	4 497	67	5 163	4 743
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	1	-	-	-	-	-	2	3	26
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	85	131	67	125	135	159	341	1 042	2 299
Summe c	203	920	243	204	547	6 634	602	9 353	9 856
Summe 1	2 154	10 234	9 978	20 719	10 735	73 299	14 179	141 299	-
Außerdem: Kassenkredite	2 138	6 214	6 708	2 828	552	4 996	7 077	30 513	33 381
<i>Dagegen (Summe 1) am 31.3.1954</i>	<i>3 742</i>	<i>11 758</i>	<i>18 361</i>	<i>33 085</i>	<i>11 093</i>	<i>75 531</i>	<i>11 878</i>	<i>-</i>	<i>165 447</i>

2. Laufzeit 4 bis unter 10 Jahre

a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln

Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	1 985	10 687	24 452	20 829	6 053	20 499	12 126	96 632	94 732
Schulden bei Girozentralen	3 204	23 473	76 224	13 571	9 678	37 827	27 824	191 800	208 786
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	3 072	1 236	4 308	5 300
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	378	14 140	10 424	18 422	3 861	7 508	10 690	65 423	57 540
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	1 923	6 816	22 510	17 015	3 751	12 192	14 249	78 457	74 464
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	151	202	527	59	3	116	332	1 390	4 612
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	245	1 919	3 374	958	114	1 702	1 792	10 104	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	733	3 338	5 868	3 425	1 915	6 335	4 837	26 450	25 407
Summe a	8 619	60 576	143 379	74 278	25 375	89 251	73 086	474 564	470 841

b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln

Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	16	-	-	588	1 140	6 774	138	8 655	4 880
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	1 365	5 733	5 490	445	441	14 611	3 885	31 970	22 882
ERP- (ECA-) Kredite	443	3 965	6 025	425	1 072	7 356	514	19 800	20 933
Summe b	1 824	9 698	11 514	1 458	2 653	28 741	4 536	60 425	48 695
Summe a und b	10 443	70 273	154 893	75 736	28 029	117 992	77 622	534 989	519 535

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. Lindau.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung¹⁾

noch: a) nach Ländern

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ²⁾	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	87	132	-	819	104	425	8	1 574	3 079
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	548	199	40	588	795	581	177	2 928	1 564
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	2 450	1 439	2 315	5 885	17 092	12 538	2 635	44 354	33 604
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	2	5	28	-	165	-	10	210	388
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	211	1 146	568	936	519	545	775	4 700	5 306
Summe c	3 299	2 921	2 950	8 228	18 675	14 088	3 605	53 766	43 941
Summe 2	13 742	73 194	157 844	83 963	46 704	132 080	81 227	588 755	-
<i>Dagegen am 31.3.1954</i>	<i>14 145</i>	<i>65 979</i>	<i>146 040</i>	<i>102 858</i>	<i>40 220</i>	<i>118 525</i>	<i>75 709</i>	-	<i>563 476</i>
3. Laufzeit 10 Jahre und mehr									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	49 890	-	-	-	20 000	69 890	26 095
Schulden bei Sparkassen	11 091	22 211	40 922	38 805	13 514	67 796	32 077	226 416	154 512
Schulden bei Girozentralen	19 135	30 934	81 675	38 123	7 549	113 682	60 289	351 386	218 219
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	13 560	22 292	35 852	46 749
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	7 028	10 356	43 662	70 842	5 560	22 702	28 354	188 504	84 122
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	1 748	18 123	57 729	26 419	13 111	38 616	49 884	205 630	130 340
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	565	766	3 943	322	1 743	214	730	8 284	8 330
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	192	1 059	2 601	4 428	249	4 098	-1 263	13 889	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	516	7 256	16 220	5 044	1 832	8 657	4 556	44 081	42 756
Summe a	40 274	90 707	296 643	183 983	43 557	269 324	219 444	1 143 932	711 123
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	3 603	2 067	236	8 662	1 582	2 506	2 830	21 487	10 220
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	14 845	7 096	38 531	3 300	1 847	4 932	9 900	80 450	40 831
ERP- (ECA-) Kredite	20 651	9 236	20 192	6 923	3 521	24 404	32 134	117 061	108 421
Summe b	39 099	18 399	58 959	18 885	6 951	31 841	44 864	218 998	159 472
Summe a und b	79 374	109 105	355 602	202 868	50 507	301 165	264 308	1 362 929	870 596
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	8 579	3 911	2 363	11 125	1 883	4 131	9 027	41 019	36 581
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	1 958	3 378	20 062	1 283	9 611	10 018	11 554	57 864	42 594
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	47 769	9 243	37 074	4 290	11 582	33 613	25 492	169 061	129 656
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	2 580	3 860	2 239	1 655	668	2 945	3 927	17 874	11 426
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1 260	3 789	3 449	2 252	1 148	2 608	2 738	17 245	14 315
Summe c	62 146	24 181	65 187	20 604	24 892	53 314	52 738	303 062	234 572
Summe 3	141 520	133 287	420 789	223 472	75 400	354 479	317 046	1 665 992	-
<i>Dagegen am 31.3.1954</i>	<i>114 532</i>	<i>84 351</i>	<i>225 693</i>	<i>126 054</i>	<i>45 563</i>	<i>262 185</i>	<i>246 791</i>	-	<i>1 105 169</i>
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	50 837	159 923	449 607	278 777	77 923	421 858	306 094	1 745 020	1 332 294
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	40 931	28 770	70 623	20 343	10 802	63 964	49 413	284 846	213 428
Zusammen	91 768	188 693	520 230	299 119	88 724	485 822	355 507	2 029 865	1 545 723
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften	65 648	28 022	68 381	29 035	44 114	74 036	56 945	366 181	288 369
Nach Laufzeiten aufgliederte Neuschulden zusammen (Summe 1 bis 3)	157 416	216 715	588 611	328 155	132 839	559 859	412 452	2 396 047	1 834 092
Kassenkredite	2 138	6 214	6 708	2 828	552	4 996	7 077	30 513	33 381
Zusammen	159 554	222 929	595 319	330 983	133 390	564 855	419 529	2 426 559	1 867 473
Annuitätsdarlehen (ohne Altschulden)	93 366	269 833	928 620	212 708	153 341	316 722	393 112	2 367 703	1 536 739
Inländische Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite) insgesamt	252 920	492 763	1 523 939	543 691	286 731	881 577	812 641	4 794 263	3 404 212

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. Lindau.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung ¹⁾

b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					Ämter
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1. Laufzeit weniger als 4 Jahre									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	24 298	9 343	11 767	1 682	3 278	6 778	30	3 188	-
Schulden bei Girozentralen	50 096	28 601	16 850	6 355	5 374	5 122	-	4 645	-
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	6 096	4 833	1 262	573	464	225	-	-	-
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	20 049	15 287	3 753	1 701	677	1 361	14	1 008	-
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	8 463	4 976	3 331	1 482	876	972	-	156	-
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	512	399	114	33	49	21	10	-	-
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	9 873	8 071	1 791	600	668	521	2	11	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	7 137	3 177	3 712	1 145	813	1 746	8	248	-
Summe a	126 523	74 687	42 581	13 572	12 198	16 746	63	9 256	-
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	1 869	1 165	654	100	367	187	-	50	-
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	3 454	2 164	1 130	1 010	70	50	-	160	-
ERP- (ECA-) Kredite	100	-	100	-	-	100	-	-	-
Summe b	5 423	3 329	1 884	1 110	437	337	-	210	-
Summe a und b	131 946	78 016	44 465	14 682	12 636	17 083	63	9 466	-
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	1 052	950	43	3	8	33	-	59	-
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	2 092	1 335	703	289	312	102	0	55	-
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	5 163	4 018	1 113	376	64	673	-	32	-
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	3	-	3	-	-	3	-	-	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1 042	44	773	-	241	523	9	225	-
Summe c	9 353	6 347	2 635	667	625	1 334	9	371	-
Summe 1	141 299	84 363	47 100	15 350	13 261	18 417	73	9 837	-
Außerdem: Kassenkredite	30 513	1 138	24 976	6 096	6 763	10 955	1 162	4 068	330
Dagegen (Summe 1) am 31.3.1954	165 447	101 582	50 575	17 325	15 801	17 377	73	13 277	13

2. Laufzeit 4 bis unter 10 Jahre

a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln

Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	96 632	48 815	42 830	7 612	11 653	23 228	337	4 987	-
Schulden bei Girozentralen	191 800	121 762	55 923	28 927	14 243	12 398	356	13 655	460
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	4 308	846	3 026	620	942	1 464	-	413	23
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	65 423	53 754	10 306	3 492	2 934	3 844	36	1 363	-
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	78 457	64 998	10 420	4 732	3 970	1 718	-	2 949	90
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	1 390	485	562	56	269	235	2	344	-
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	10 104	5 305	3 485	1 314	1 441	694	35	1 314	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	26 450	13 370	12 289	4 747	2 945	4 565	32	792	-
Summe a	474 564	309 334	138 842	51 500	38 398	48 147	797	25 816	573

b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln

Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	8 655	2 891	4 611	1 798	1 854	959	-	1 153	-
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	31 970	25 743	4 047	2 138	1 509	400	-	2 180	-
ERP- (ECA-) Kredite	19 800	17 431	1 978	757	559	661	-	271	120
Summe b	60 425	46 064	10 636	4 693	3 922	2 021	-	3 605	120
Summe a und b	534 989	355 398	149 478	56 193	42 320	50 168	797	29 420	693

1) Ohne Anuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung¹⁾

noch: b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	1 574	79	1 417	505	381	531	-	78	-
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	2 928	1 342	1 222	236	593	323	71	355	9
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	44 354	25 469	15 526	5 395	5 026	5 068	37	2 779	580
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	210	20	190	28	84	78	-	-	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	4 700	40	3 639	1 069	714	1 815	42	1 021	-
Summe c	53 766	26 951	21 994	7 232	6 798	7 815	149	4 232	589
Summe 2	588 755	382 348	171 472	63 425	49 118	57 983	946	33 652	1 282
Dagegen am 31.3.1954	563 476	384 448	146 230	54 114	44 261	47 309	547	31 526	1 272
3. Laufzeit 10 Jahre und mehr									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	69 890	69 890	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	226 416	84 802	115 228	36 369	36 753	41 877	228	26 386	-
Schulden bei Girozentralen	351 386	192 759	125 691	58 794	32 807	33 687	402	32 826	110
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	35 852	16 674	17 584	3 776	5 557	8 251	-	1 593	-
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	188 504	161 923	20 036	8 041	6 727	5 233	35	5 866	679
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen, Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	205 630	146 925	39 688	17 812	15 771	5 914	191	17 108	1 909
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekearische Sicherung)	8 284	4 395	3 530	1 563	776	1 159	33	359	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	13 889	10 953	2 278	1 076	611	580	11	659	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	44 081	20 732	19 297	7 992	5 672	5 538	95	4 053	-
Summe a	1 143 932	709 053	343 333	135 423	104 675	102 240	995	88 848	2 698
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	21 487	4 613	12 493	2 403	4 636	5 454	-	4 381	-
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	80 450	55 007	17 343	10 675	5 071	1 488	109	8 050	50
ERP- (ECA-) Kredite	117 061	91 320	21 614	12 049	6 418	3 148	-	3 571	556
Summe b	218 998	150 940	51 450	25 126	16 125	10 090	109	16 002	606
Summe a und b	1 362 929	859 993	394 783	160 549	120 800	112 331	1 104	104 850	3 304
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	41 019	6 061	30 138	4 961	11 000	14 122	55	4 795	25
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	57 864	12 110	37 799	14 699	13 157	9 273	670	7 955	-
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	169 061	81 847	69 807	24 926	25 188	19 320	373	16 879	528
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	17 874	5 512	5 864	2 203	2 345	1 312	4	6 497	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	17 245	718	11 763	2 350	3 457	5 788	167	4 764	-
Summe c	303 062	106 248	155 372	49 140	55 148	49 815	1 269	40 889	553
Summe 3	1 665 992	966 242	550 154	209 689	175 948	162 145	2 373	145 739	3 857
Dagegen am 31.3.1954	1 105 169	617 574	384 300	141 912	124 067	116 255	2 066	101 129	2 165
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	1 745 020	1 093 074	524 755	200 495	155 272	167 133	1 856	123 920	3 271
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	284 846	200 333	63 970	30 929	20 484	12 448	109	19 816	726
Zusammen	2 029 865	1 293 407	588 726	231 424	175 756	179 581	1 965	143 736	3 996
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften	366 181	139 546	180 001	57 039	62 571	58 963	1 428	45 492	1 143
Nach Laufzeiten aufgegliederte Neuschulden zusammen (Summe 1 bis 3)	2 396 047	1 432 953	768 727	288 463	238 326	238 544	3 392	189 229	5 139
Kassenkredite	30 513	1 138	24 976	6 096	6 763	10 955	1 162	4 068	330
Zusammen	2 426 559	1 434 090	793 703	294 559	245 090	249 500	4 554	193 297	5 469
Annuitätsdarlehen (ohne Altschulden)	2 367 703	1 246 354	921 435	406 853	268 362	238 905	7 315	170 663	29 251
Inländische Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite) insgesamt	4 794 263	2 680 445	1 715 138	701 412	513 452	488 405	11 869	363 960	34 720

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

D. Fälligkeiten der Inlandschulden¹⁾

a) nach Ländern

— 1 000 DM —

Art der Schulden, Fälligkeit	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern ²⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Altschulden								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	1 539	129	146	646	91	76	164	285
" " " " 1956	1 167	60	95	586	37	49	62	277
" " " " 1957	966	51	80	210	275	42	43	264
" " " " 1958	607	47	67	125	30	29	39	270
" " nach dem 31.3. 1959	9 208	820	1 379	1 880	1 634	789	498	2 209
Summe 1	13 486	1 107	1 768	3 448	2 067	985	805	3 305
2. Neuschulden								
aus Kreditmarktmitteln								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	187 943	7 474	17 667	34 428	25 591	11 865	63 400	27 518
" " " " 1956	161 825	5 141	16 967	37 922	30 618	8 927	38 139	24 111
" " " " 1957	165 899	4 934	18 335	44 471	26 905	9 738	38 414	23 102
" " " " 1958	184 618	5 531	15 990	70 496	28 522	8 864	32 015	23 200
" " nach dem 31.3. 1959	1 044 735	27 758	90 965	262 289	167 140	38 529	249 889	208 164
Zusammen	1 745 020	50 837	159 923	449 607	278 777	77 923	421 858	306 094
aus öffentlichen Sondermitteln								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	23 784	3 735	2 667	5 117	1 598	1 875	6 269	2 522
" " " " 1956	23 306	3 501	2 915	5 449	1 704	908	6 266	2 563
" " " " 1957	26 827	3 751	2 909	6 031	1 737	1 735	7 854	2 810
" " " " 1958	26 058	3 988	3 739	6 738	1 891	832	5 960	2 910
" " nach dem 31.3. 1959	184 870	25 956	16 540	47 288	13 412	5 452	37 615	38 608
Zusammen	284 846	40 931	28 770	70 623	20 343	10 802	63 964	49 413
bei Gebietskörperschaften								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	29 110	3 329	2 194	2 813	2 271	5 303	8 991	4 206
" " " " 1956	24 764	3 294	1 412	2 793	2 479	5 441	5 692	3 652
" " " " 1957	26 109	3 376	1 487	2 833	3 219	5 770	5 819	3 605
" " " " 1958	27 782	3 580	1 498	3 096	3 327	5 024	7 819	3 439
" " nach dem 31.3. 1959	258 417	52 068	21 431	56 845	17 739	22 577	45 715	42 041
Zusammen	366 181	65 648	28 022	68 381	29 035	44 114	74 036	56 945
Summe 2 (Neuschulden zusammen)	2 396 047	157 416	216 715	588 611	328 155	132 839	559 859	412 452
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	240 837	14 538	22 528	42 358	29 461	19 043	78 661	34 247
" " " " 1956	209 895	11 936	21 294	46 165	34 802	15 276	50 097	30 325
" " " " 1957	218 836	12 061	22 731	53 335	31 861	17 242	52 088	29 518
" " " " 1958	238 458	13 099	21 227	80 331	33 740	14 719	45 793	29 549
" " nach dem 31.3. 1959	1 488 021	105 782	128 936	366 422	198 292	66 558	333 219	288 813
3. Alt- und Neuschulden zusammen								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	242 375	14 667	22 674	43 005	29 552	19 120	78 826	34 532
" " " " 1956	211 062	11 995	21 389	46 751	34 838	15 326	50 159	30 603
" " " " 1957	219 801	12 112	22 811	53 545	32 137	17 284	52 131	29 782
" " " " 1958	239 064	13 146	21 294	80 456	33 770	14 748	45 832	29 819
" " nach dem 31.3. 1959	1 497 230	106 602	130 314	368 302	199 926	67 346	333 717	291 022
Summe 3	2 409 533	158 523	218 483	592 059	330 222	133 824	560 664	415 757
Übrige Altschulden (Annuitätsdarlehen)	83 936	3 803	8 655	43 276	8 894	5 814	2 856	10 639
Übrige Neuschulden (Annuitätsdarlehen und Kassenkredite)	2 398 216	95 504	276 047	935 328	215 536	153 893	321 718	400 189
Inlandschulden insgesamt	4 891 685	257 830	503 186	1 570 664	554 652	293 530	885 238	826 585

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite. — 2) Einschl. Lindau.

noch: IV. -Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Fälligkeiten der Inlandschulden¹⁾

b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Art der Schulden, Fälligkeit	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Besirks- verbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1. Altschulden									
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	1 539	1 006	406	145	139	117	5	125	2
" " " " 1956	1 167	825	263	52	128	79	4	79	-
" " " " 1957	966	672	219	50	98	68	4	75	-
" " " " 1958	607	337	195	47	88	57	4	66	8
" " nach dem 31.3. 1959	9 208	5 364	2 943	816	1 284	813	29	891	10
Summe 1	13 486	8 203	4 027	1 110	1 737	1 134	46	1 236	20
2. Neuschulden									
aus Kreditmarktmitteln									
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	187 943	102 283	70 383	23 501	20 490	26 118	275	15 072	205
" " " " 1956	161 825	93 033	55 491	19 797	16 070	19 369	255	13 073	227
" " " " 1957	165 899	103 077	50 863	19 143	14 592	16 922	207	11 702	257
" " " " 1958	184 618	120 469	52 150	23 975	13 214	14 779	182	11 771	227
" " nach dem 31. 3. 1959	1 044 735	674 211	295 868	114 078	90 906	89 946	938	72 301	2 354
Zusammen	1 745 020	1 093 074	524 755	200 495	155 272	167 133	1 856	123 920	3 271
aus öffentlichen Sondermitteln									
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	23 784	15 818	5 969	3 103	1 752	1 102	13	1 972	25
" " " " 1956	23 306	16 186	5 092	2 164	1 854	1 062	13	1 993	35
" " " " 1957	26 827	19 376	5 362	2 328	1 947	1 074	13	2 052	38
" " " " 1958	26 058	19 010	5 407	2 661	1 796	938	13	1 603	38
" " nach dem 31.3. 1959	184 870	129 944	42 140	20 674	13 135	8 273	58	12 196	590
Zusammen	284 846	200 333	63 970	30 929	20 484	12 448	109	19 816	726
bei Gebietskörperschaften									
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	29 110	12 498	11 104	3 298	3 598	4 101	108	5 334	174
" " " " 1956	24 764	10 301	11 099	3 188	3 644	4 164	103	3 251	113
" " " " 1957	26 109	11 750	11 001	3 207	3 626	4 070	99	3 245	113
" " " " 1958	27 782	11 581	12 180	4 250	3 645	4 191	95	3 907	113
" " nach dem 31.3. 1959	258 417	93 416	134 617	43 097	48 059	42 438	1 023	29 755	629
Zusammen	366 181	139 546	180 001	57 039	62 571	58 963	1 428	45 492	1 143
Summe 2 (Neuschulden zusammen)	2 396 047	1 432 953	768 727	288 463	238 326	238 544	3 392	189 229	5 139
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	240 837	130 599	87 456	29 902	25 839	31 320	395	22 378	404
" " " " 1956	209 895	119 520	71 682	25 150	21 568	24 595	370	18 317	376
" " " " 1957	218 836	134 202	67 226	24 678	20 164	22 065	318	16 999	408
" " " " 1958	238 458	151 061	69 737	30 885	18 654	19 908	290	17 282	378
" " nach dem 31.3. 1959	1 488 021	897 571	472 625	177 849	152 101	140 656	2 019	114 253	3 573
3. Alt- und Neuschulden zusammen									
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	242 375	131 605	87 862	30 047	25 979	31 437	400	22 503	405
" " " " 1956	211 062	120 345	71 945	25 202	21 696	24 674	374	18 396	376
" " " " 1957	219 801	134 875	67 445	24 728	20 252	22 133	322	17 074	408
" " " " 1958	239 064	151 397	69 933	30 933	18 742	19 964	294	17 348	386
" " nach dem 31.3. 1959	1 497 230	902 934	475 568	178 665	153 385	141 470	2 049	115 144	3 583
Summe 3	2 409 533	1 441 156	772 753	289 574	240 063	239 678	3 439	190 464	5 159
Übrige Altschulden (Annuitätsdarlehen)	83 936	62 149	17 344	10 409	4 647	2 065	223	3 304	1 140
Übrige Neuschulden (Annuitätsdarlehen und Kassenkredite)	2 398 216	1 247 492	946 411	412 949	275 125	249 860	8 477	174 732	29 582
Inlandschulden insgesamt	4 891 685	2 750 797	1 736 508	712 931	519 835	491 603	12 139	368 500	35 880

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung ¹⁾

I. Neuverschuldung zusammen

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundes-	Schleswig-	Nieder-	Nordrhein-	Hessen	Rheinland-	Baden-	Bayern ²⁾
	gebiet	Holstein	sachsen	Westfalen		Pfalz	Württemberg	
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Kämmererverwaltungen								
0 Allgemeine Verwaltung	70 629	2 122	9 471	22 184	9 761	4 712	11 714	10 664
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 873	105	71	390	1 463	20	1 960	864
2 Schulen	590 618	46 247	95 003	110 413	61 005	33 860	127 546	116 545
3 Kultur	56 316	1 775	2 214	22 729	17 058	2 220	4 558	5 760
4 Fürsorge und Jugendhilfe	62 979	2 512	6 460	17 197	8 772	1 159	12 665	14 213
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens	262 674	9 247	33 486	53 858	31 323	9 791	59 733	65 237
Übriges aus Einzelplan 5	26 611	474	4 525	11 311	3 646	280	3 169	3 206
Zusammen (Einzelplan 5)	289 286	9 721	38 011	65 169	34 969	10 072	62 901	68 443
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	326 742	11 353	42 051	117 983	53 053	41 472	43 107	17 725
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ...	305 554	9 029	34 604	111 171	20 662	9 360	42 898	77 831
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger								
Tiefbau	627 927	52 644	74 839	249 172	71 451	38 419	69 613	71 789
Trümmerbeseitigung und -verwertung	38 698	154	4 164	1 177	23 969	1 022	6 860	1 352
Übriges aus Einzelplan 6	80 560	1 516	3 066	43 522	18 256	2 564	7 230	4 408
Zusammen (Einzelplan 6)	1 379 482	74 696	158 722	523 025	187 390	92 837	169 707	173 104
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts-								
förderung								
Stadtenrwässerung, Bedürfnisanstalten	390 294	18 515	39 433	158 835	30 153	15 582	66 410	61 367
Wirtschaftsförderung	67 714	1 611	7 715	16 591	15 145	8 953	12 411	5 289
Übriges aus Einzelplan 7	152 609	7 812	13 179	52 969	16 919	7 601	28 334	25 794
Zusammen (Einzelplan 7)	610 618	27 938	60 327	228 395	62 216	32 137	107 155	92 449
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund-								
vermögens	377 748	9 959	25 812	105 379	20 643	53 483	96 162	66 310
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	122 330	3 570	6 528	51 222	18 518	6 046	22 546	13 898
Übriges aus Einzelplan 9 ³⁾	26 173	4 619	591	1 896	15 583	273	551	2 660
Zusammen (Einzelplan 9)	526 251	18 148	32 931	158 498	54 744	59 802	119 259	82 869
Summe I	3 591 051	183 264	403 211	1 148 001	437 379	236 820	617 465	564 912
II. Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾								
Elektrizitätsversorgung	319 965	27 330	22 412	91 478	39 011	9 808	64 705	65 221
Gasversorgung	194 112	12 404	12 655	52 452	5 839	7 536	71 052	32 175
Wasserversorgung	377 674	9 904	29 864	123 933	24 194	20 584	80 574	88 621
Hafen- und Umschlagunternehmen	24 150	3 852	2 504	10 220	748	202	5 687	937
Übrige Verkehrsunternehmen	107 508	6 302	6 445	44 795	13 676	4 434	17 463	14 393
Übriges aus Einzelplan 8	140 664	7 170	8 639	45 665	17 236	6 796	19 476	35 681
Summe II (Einzelplan 8)	1 164 074	66 962	82 519	368 543	100 703	49 360	258 958	237 028
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene								
Darlehen	871 228	55 848	62 084	295 064	61 905	32 120	200 001	164 205
III. Nicht aufgeteilt	8 625	556	819	687	2 781	-	158	3 624
Summe I bis III	4 763 750	250 782	486 549	1 517 231	540 863	286 180	876 581	805 564
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden								
verwendet	862 573	15 864	40 664	315 512	137 668	70 281	164 336	118 247

1) Ohne Kassenkredite. — 2) Einschl. Lindau. — 3) Hauptsächlich: Sondervermögen und allgemeines Kapitalvermögen. — 4) Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendete Darlehensaufnahmen sind den einzelnen Verwendungsarten entsprechend (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt
 noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾
 noch: 1. Neuverschuldung zusammen
 b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen
 - 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kämmererverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	70 629	37 487	17 407	6 691	4 049	4 490	2 177	15 735	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 873	4 332	533	273	136	124	-	7	-
2 Schulen	590 618	251 045	270 803	82 181	94 347	93 673	601	67 835	936
3 Kultur	56 316	52 837	3 028	1 226	832	970	-	80	370
4 Fürsorge und Jugendhilfe	62 979	31 837	12 711	7 776	3 088	1 848	-	15 959	2 472
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens	262 674	105 102	57 952	36 892	17 506	3 056	498	88 530	11 091
Übriges aus Einzelplan 5	26 611	17 892	5 984	2 769	2 259	930	26	2 735	-
Zusammen (Einzelplan 5)	289 286	122 994	63 936	39 662	19 764	3 986	524	91 265	11 091
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	326 742	231 575	65 318	38 446	17 689	7 624	1 560	29 849	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	305 554	112 367	180 333	70 651	61 677	46 420	1 586	12 149	705
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	627 927	338 394	211 701	73 013	51 877	86 578	234	74 536	3 296
Trümmerbeseitigung und -verwertung	38 698	37 300	1 244	1 003	59	181	-	154	-
Übriges aus Einzelplan 6	80 560	54 097	24 333	12 943	5 712	5 629	50	1 850	280
Zusammen (Einzelplan 6)	1 379 482	773 733	482 929	196 056	137 013	146 432	3 429	118 539	4 281
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	390 294	181 851	208 180	109 648	62 283	36 209	41	263	-
Wirtschaftsförderung	67 714	41 814	21 725	6 876	6 093	8 743	12	3 364	812
Übriges aus Einzelplan 7	152 609	115 280	35 825	16 581	10 917	8 012	315	1 504	-
Zusammen (Einzelplan 7)	610 618	338 944	265 731	133 106	79 293	52 965	367	5 131	812
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	377 748	182 562	185 799	71 573	62 064	50 412	1 751	9 310	77
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	122 330	86 964	27 267	14 720	7 622	4 714	211	7 984	115
Übriges aus Einzelplan 9 ²⁾	26 173	21 823	2 867	1 931	650	287	-	1 483	-
Zusammen (Einzelplan 9)	526 251	291 349	215 933	88 224	70 336	55 412	1 961	18 777	192
Summe I	3 591 051	1 904 558	1 333 011	555 194	4 08 859	359 899	9 060	333 328	20 154

II. Wirtschaftsunternehmen³⁾

Elektrizitätsversorgung	319 965	265 374	47 711	31 128	12 359	3 950	275	5 919	961
Gasversorgung	194 112	150 437	43 268	33 431	9 506	331	-	407	-
Wasserversorgung	377 674	145 110	226 097	58 294	65 777	100 715	1 312	6 467	-
Hafen- und Umschlagunternehmen	24 150	19 405	4 487	2 573	1 413	490	11	259	-
Übrige Verkehrsunternehmen	107 508	89 319	5 690	4 160	975	555	-	9 706	2 793
Übriges aus Einzelplan 8	140 664	97 707	29 043	10 032	7 612	11 376	23	3 432	10 483
Summe II (Einzelplan 8)	1 164 074	767 351	356 296	139 618	97 642	117 417	1 619	26 190	14 236
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	871 228	679 992	177 674	123 221	47 858	6 295	300	13 562	-
III. Nicht aufgeteilt	8 625	7 398	854	504	188	133	28	373	-
Summe I bis III	4 763 750	2 679 307	1 690 161	695 316	506 688	477 449	10 707	359 892	34 390
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	862 573	773 005	68 778	40 811	16 176	10 984	807	16 465	4 325

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Hauptsächlich: Sondervermögen und allgemeines Kapitalvermögen. - 3) Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind den einzelnen Verwendungsarten entsprechend (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾

2. Schulden aus Kreditmarktmitteln²⁾

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundes-	Schleswig-	Nieder-	Nordrhein-	Hessen	Rheinland-	Baden-	Bayern ³⁾
	gebiet	Holstein	sachsen	Westfalen		Pfalz	Württemberg	
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Kammereiverwaltungen								
0 Allgemeine Verwaltung	61 943	664	8 209	18 704	9 467	4 162	10 772	9 965
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 972	41	48	212	1 454	20	400	797
2 Schulen	469 124	7 714	76 644	93 698	58 865	19 057	115 470	97 676
3 Kultur	50 740	116	1 870	21 163	16 955	1 605	4 501	4 530
4 Fürsorge und Jugendhilfe	33 686	732	1 783	9 216	7 544	552	7 044	6 814
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens	205 432	4 893	24 661	44 614	29 192	6 976	47 898	47 199
Übriges aus Einzelplan 5	22 086	152	3 247	10 211	3 478	276	2 934	1 789
Zusammen (Einzelplan 5)	227 518	5 045	27 908	54 825	32 670	7 251	50 832	48 988
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	259 046	9 720	26 164	106 551	48 824	23 082	30 238	14 467
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ...	176 830	3 682	18 932	57 083	13 188	7 202	27 637	49 107
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger								
Tiefbau	376 535	14 395	50 744	147 324	59 767	30 485	38 763	35 056
Trümmerbeseitigung und -verwertung	24 598	-	292	40	20 655	-	3 579	32
Übriges aus Einzelplan 6	38 383	451	2 492	11 824	15 590	640	4 034	3 352
Zusammen (Einzelplan 6)	875 393	28 248	98 625	322 821	158 024	61 409	104 251	102 014
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts-								
förderung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	233 019	3 336	20 641	107 754	19 502	10 429	34 682	36 676
Wirtschaftsförderung	51 054	655	5 533	13 744	12 956	6 714	7 109	4 343
Übriges aus Einzelplan 7	130 824	3 139	12 069	46 382	15 593	5 918	24 212	23 511
Zusammen (Einzelplan 7)	414 897	7 131	38 243	167 880	48 051	23 061	66 003	64 529
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund-								
vermögens	200 509	2 854	14 574	44 227	17 580	20 616	50 670	49 988
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	90 498	2 609	5 460	31 862	17 882	3 479	17 610	11 596
Übriges aus Einzelplan 9	14 668	2 137	558	1 850	9 807	-	128	186
Zusammen (Einzelplan 9)	305 674	7 601	20 592	77 939	45 269	24 095	68 408	61 770
Summe I	2 441 949	57 292	273 922	766 458	378 299	141 214	427 682	397 083
II. Wirtschaftsunternehmen								
Elektrizitätsversorgung	238 417	11 887	17 691	72 717	36 437	7 396	48 237	44 052
Gasversorgung	138 108	4 064	9 113	38 849	3 585	5 371	51 303	25 823
Wasserversorgung	271 890	3 706	24 405	98 043	16 643	13 714	55 428	59 951
Hafen- und Umschlagunternehmen	15 021	1 524	2 156	6 697	127	171	3 452	894
Übrige Verkehrsunternehmen	84 948	3 417	3 479	35 379	12 400	2 581	14 860	12 832
Übriges aus Einzelplan 8	119 049	3 578	6 595	41 417	16 056	3 157	15 611	32 634
Summe II (Einzelplan 8)	867 431	28 176	63 439	293 102	85 248	32 390	188 890	176 186
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene								
Darlehen	647 527	22 693	47 115	230 046	56 178	21 624	144 858	125 013
III. Nicht aufgeteilt	6 396	422	624	587	2 781	-	158	1 824
Summe I bis III	3 315 776	85 890	337 985	1 060 147	466 329	173 603	616 730	575 092
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden								
verwendet	625 263	4 543	28 904	204 340	130 754	44 079	114 461	98 182

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Die Kredite von Sozialversicherungen sind den „Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln“ zugeordnet. - 3) Einschl. Lindau.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt
 noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung ¹⁾
 noch: 2. Schulden aus Kreditmarktmitteln ²⁾
 b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen
 - 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kämmereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	61 943	33 217	14 954	5 934	3 432	3 718	1 869	13 773	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 972	2 678	287	100	98	89	-	7	-
2 Schulen	469 124	203 822	211 892	69 231	70 472	71 624	566	52 712	698
3 Kultur	50 740	47 772	2 904	1 190	824	890	-	65	-
4 Fürsorge und Jugendhilfe	33 686	20 485	5 150	2 916	1 198	1 036	-	5 748	2 304
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens	205 432	81 582	45 520	30 385	12 843	1 908	384	70 703	7 627
Übriges aus Einzelplan 5	22 086	14 631	5 340	2 312	2 179	822	26	2 116	-
Zusammen (Einzelplan 5)	227 518	96 213	50 860	32 697	15 022	2 730	410	72 819	7 627
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	259 046	192 162	48 897	31 423	12 621	4 016	838	17 987	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	176 830	78 753	90 448	38 049	29 538	22 235	626	7 229	400
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	376 535	214 977	119 900	48 525	29 862	41 388	125	40 645	1 013
Trümmerbeseitigung und -verwertung	24 598	24 547	51	-	9	42	-	-	-
Übriges aus Einzelplan 6	38 383	30 432	6 896	3 288	1 669	1 898	41	775	280
Zusammen (Einzelplan 6)	875 393	540 871	266 192	121 284	73 699	69 579	1 630	66 636	1 694
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	233 019	116 263	116 655	63 347	32 747	20 533	28	101	-
Wirtschaftsförderung	51 054	35 699	13 292	4 409	3 959	4 923	2	1 331	731
Übriges aus Einzelplan 7	130 824	99 626	29 964	14 864	8 317	6 476	307	1 235	-
Zusammen (Einzelplan 7)	414 897	251 588	159 911	82 620	45 023	31 932	337	2 667	731
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	200 509	108 260	86 864	37 290	28 257	20 805	512	5 308	77
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	90 498	62 031	22 405	12 259	6 171	3 771	204	5 946	115
Übriges aus Einzelplan 9	14 668	11 994	2 010	1 399	396	215	-	664	-
Zusammen (Einzelplan 9)	305 674	182 285	111 279	50 948	34 823	24 792	716	11 919	192
Summe I	2 441 949	1 378 931	823 428	366 919	244 593	206 389	5 527	226 344	13 245
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	238 417	194 559	37 329	23 587	10 514	3 008	220	5 568	961
Gasversorgung	138 108	103 054	34 693	27 249	7 207	238	-	361	-
Wasserversorgung	271 890	107 915	159 065	44 667	46 672	66 756	970	4 910	-
Hafen- und Umschlagunternehmen	15 021	12 045	2 811	1 691	645	467	8	165	-
Übrige Verkehrsunternehmen	84 948	72 928	5 533	4 116	898	519	-	5 245	1 242
Übriges aus Einzelplan 8	119 049	88 495	17 721	7 001	3 911	6 809	-	2 370	10 463
Summe II (Einzelplan 8)	867 431	578 995	257 153	108 310	69 847	77 798	1 198	18 618	12 665
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	647 527	501 897	136 013	96 286	34 989	4 438	300	9 617	-
III. Nicht aufgeteilt									
Summe I bis III	3 315 776	1 963 448	1 081 198	475 575	314 598	284 300	6 725	245 220	25 911
darunter: für Beseitigung von Kriegsschulden verwendet	625 263	572 308	37 873	22 647	8 867	5 793	567	12 954	2 127

¹⁾Ohne Kassenkredite. - ²⁾Die Kredite von Sozialversicherungen sind den „Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln“ zugeordnet.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾

3. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln²⁾

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ³⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Kümmereiverwaltungen								
0 Allgemeine Verwaltung	4 001	291	885	2 598	54	90	52	32
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	38	-	-	16	-	-	-	22
2 Schulen	31 172	1 928	8 950	12 083	710	307	2 345	4 850
3 Kultur	3 315	752	339	1 210	14	1	-	999
4 Fürsorge und Jugendhilfe	3 938	199	211	677	107	232	918	1 595
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens	31 748	2 565	5 386	4 773	1 117	363	5 393	12 152
Übriges aus Einzelplan 5	2 824	50	905	604	47	-	95	1 124
Zusammen (Einzelplan 5)	34 572	2 615	6 290	5 377	1 164	363	5 487	13 276
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	32 370	226	12 564	4 926	3 801	5 044	3 562	2 249
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	15 165	228	3 174	2 933	910	148	2 089	5 683
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	52 788	11 451	11 418	9 184	5 253	1 085	7 088	7 309
Trümmerbeseitigung und -verwertung	5 822	90	1 928	250	3 083	300	154	18
Übriges aus Einzelplan 6	4 089	566	438	822	1 150	220	610	283
Zusammen (Einzelplan 6)	110 235	12 561	29 522	18 115	14 197	6 796	13 502	15 542
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	50 366	6 462	10 030	8 670	5 201	1 890	10 922	7 191
Wirtschaftsförderung	5 112	28	1 000	1 587	514	411	1 051	521
Übriges aus Einzelplan 7	8 891	1 609	830	2 666	300	706	1 336	1 444
Zusammen (Einzelplan 7)	64 369	8 100	11 859	12 923	6 015	3 007	13 309	9 156
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	17 343	375	2 117	2 445	850	5 540	3 239	2 777
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	6 121	395	836	2 192	252	85	729	1 632
Übriges aus Einzelplan 9	2 762	2 349	33	-	191	-	190	-
Zusammen (Einzelplan 9)	26 226	3 119	2 985	4 637	1 293	5 625	4 159	4 408
Summe I	277 865	29 565	61 042	57 635	23 553	16 420	39 771	49 879
II. Wirtschaftsunternehmen								
Elektrizitätsversorgung	68 895	13 885	4 073	14 840	418	1 747	14 421	19 512
Gasversorgung	47 993	6 299	3 168	11 340	1 942	1 989	17 650	5 606
Wasserversorgung	44 705	3 604	3 231	7 536	3 874	3 183	13 474	9 803
Hafen- und Umschlagunternehmen	6 831	919	295	2 819	621	11	2 166	-
Übrige Verkehrsunternehmen	12 430	1 271	950	5 214	1 249	845	1 359	1 542
Übriges aus Einzelplan 8	12 342	1 752	1 721	519	747	3 102	1 809	2 693
Summe II (Einzelplan 8)	193 197	27 729	13 439	42 267	8 850	10 877	50 877	39 157
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	165 289	25 511	10 997	39 197	3 081	6 882	45 288	34 334
III. Nicht aufgeteilt								
Summe I bis III	471 329	57 384	74 650	99 910	32 403	27 297	90 649	89 035
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	67 131	933	6 129	23 535	4 275	2 848	22 955	6 456

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Kredite von Sozialversicherungen und ERP- (ECA-) Kredite. - 3) Einschl. Lindau.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾

noch: 3. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln²⁾

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirksverbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kämmererverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	4 001	2 707	465	284	90	23	68	829	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	38	-	38	16	-	22	-	-	-
2 Schulen	31 172	19 732	6 425	1 632	3 605	1 173	14	4 954	62
3 Kultur	3 315	3 300	14	-	1	14	-	-	-
4 Fürsorge und Jugendhilfe	3 938	1 598	582	498	81	4	-	1 758	-
5 Gesundheits- und Jugendpflege ⁴									
Einrichtungen des Gesundheitswesens	31 748	14 216	6 135	3 068	2 976	76	16	8 436	2 958
Übriges aus Einzelplan 5	2 824	2 168	184	151	22	11	-	473	-
Zusammen (Einzelplan 5)	34 572	16 384	6 319	3 219	2 998	86	16	8 911	2 958
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	32 370	25 632	5 434	3 817	816	729	72	1 304	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	15 165	5 492	8 779	3 206	4 148	1 339	85	894	-
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	52 788	19 312	21 750	6 135	5 791	9 820	4	11 557	168
Trümmerbeseitigung und -verwertung	5 822	5 699	33	-	-	33	-	90	-
Übriges aus Einzelplan 6	4 089	1 910	1 510	392	362	756	-	668	-
Zusammen (Einzelplan 6)	110 235	58 045	37 508	13 551	11 118	12 677	161	14 514	168
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	50 366	25 701	24 566	12 937	7 978	3 651	-	99	-
Wirtschaftsförderung	5 112	2 717	1 560	343	354	853	10	835	-
Übriges aus Einzelplan 7	8 891	7 625	1 102	515	223	364	-	163	-
Zusammen (Einzelplan 7)	64 369	36 043	27 229	13 795	8 556	4 868	10	1 097	-
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	17 343	7 936	8 786	2 149	4 472	2 154	12	621	-
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	6 121	4 429	1 401	766	376	260	-	291	-
Übriges aus Einzelplan 9	2 762	1 986	333	96	173	64	-	443	-
Zusammen (Einzelplan 9)	26 226	14 350	10 521	3 011	5 021	2 477	12	1 356	-
Summe I	277 865	152 159	89 101	36 006	31 470	21 344	281	33 419	3 188
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	68 895	61 781	6 763	5 659	760	345	-	351	-
Gasversorgung	47 993	41 672	6 321	4 600	1 710	10	-	-	-
Wasserversorgung	44 705	23 796	20 215	4 315	6 502	9 160	238	694	-
Hafen- und Umschlagunternehmen	6 831	6 165	612	229	363	20	-	54	-
Übrige Verkehrsunternehmen	12 430	9 790	90	39	41	11	-	2 016	534
Übriges aus Einzelplan 8	12 342	4 588	7 421	2 394	2 156	2 870	-	314	20
Summe II (Einzelplan 8)	193 197	147 792	41 422	17 236	11 532	12 416	238	3 429	554
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	165 289	142 378	21 005	14 618	6 065	322	-	1 906	-
III. Nicht aufgeteilt									
Summe I bis III	471 329	299 974	130 675	53 357	43 032	33 760	526	36 937	3 743
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	67 131	63 806	2 528	1 206	895	428	-	797	-

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Kredite von Sozialversicherungen und ERP- (ECA-) Kredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾

4. Schulden bei Gebietskörperschaften 2)

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundes-	Schleswig-	Nieder-	Nordrhein-	Hessen	Rheinland-	Baden-	Bayern 3)
	gebiet	Holstein	sachsen	Westfalen		Pfalz	Württemberg	
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Kämmererverwaltungen								
0 Allgemeine Verwaltung	4 684	1 166	378	883	240	460	890	668
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 863	64	23	162	9	-	1 559	46
2 Schulen	90 322	36 604	9 409	4 631	1 430	14 496	9 732	14 019
3 Kultur	2 261	906	4	357	90	614	57	232
4 Fürsorge und Jugendhilfe	25 355	1 582	4 466	7 304	1 121	376	4 704	5 804
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens	25 495	1 789	3 439	4 471	1 015	2 453	6 442	5 886
Übriges aus Einzelplan 5	1 701	273	374	497	121	5	139	293
Zusammen (Einzelplan 5)	27 196	2 062	3 812	4 968	1 136	2 457	6 581	6 179
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	35 326	1 407	3 323	6 506	427	13 347	9 307	1 009
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ...	113 558	5 120	12 498	51 155	6 564	2 010	13 171	23 041
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger								
Tiefbau	198 603	26 798	12 676	92 664	6 431	6 848	23 762	29 424
Trümmerbeseitigung und -verwertung	8 278	64	1 944	888	231	723	3 126	1 302
Übriges aus Einzelplan 6	38 089	499	136	30 876	1 516	1 704	2 586	773
Zusammen (Einzelplan 6)	393 855	33 887	30 576	182 089	15 169	24 632	51 953	55 549
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts-								
förderung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	106 909	8 717	8 762	42 411	5 450	3 263	20 806	17 500
Wirtschaftsförderung	11 549	928	1 182	1 260	1 675	1 828	4 251	425
Übriges aus Einzelplan 7	12 894	3 063	280	3 921	1 026	978	2 786	839
Zusammen (Einzelplan 7)	131 352	12 708	10 225	47 592	8 151	6 069	27 843	18 764
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund-								
vermögens	159 896	6 730	9 122	58 707	2 213	27 326	42 253	13 546
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	25 711	566	233	17 169	384	2 482	4 206	670
Übriges aus Einzelplan 9	8 743	132	-	46	5 585	273	233	2 474
Zusammen (Einzelplan 9)	194 350	7 428	9 355	75 922	8 182	30 081	46 692	16 690
Summe I	871 237	96 407	68 247	323 907	35 527	79 186	150 012	117 951
II. Wirtschaftsunternehmen								
Elektrizitätsversorgung	12 653	1 558	647	3 922	2 157	665	2 048	1 657
Gasversorgung	8 011	2 042	374	2 263	311	176	2 100	745
Wasserversorgung	61 080	2 594	2 228	18 354	3 677	3 688	11 672	18 867
Hafen- und Umschlagunternehmen	2 299	1 409	53	704	-	20	70	43
Übrige Verkehrsunternehmen	10 131	1 614	2 017	4 202	26	1 008	1 244	19
Übriges aus Einzelplan 8	9 273	1 840	323	3 730	433	537	2 057	355
Summe II (Einzelplan 8)	103 446	11 057	5 642	33 174	6 604	6 093	19 190	21 686
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene								
Darlehen	58 412	7 645	3 972	25 821	2 647	3 614	9 855	4 858
III. Nicht aufgeteilt								
Summe I bis III	976 645	107 508	73 914	357 174	42 131	85 279	169 203	141 436
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden								
verwendet	170 179	10 388	5 631	87 637	2 639	23 355	26 920	13 609

1) Ohne Kassenkredite, - 2) Einschl. der Schulden beim Lastenausgleichsfonds, - 3) Einschl. Lindau.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt
 noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung ¹⁾
 noch: 4. Schulden bei Gebietskörperschaften ²⁾
 b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen
 - 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kammereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	4 684	1 563	1 988	472	527	749	240	1 133	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 863	1 654	209	157	38	14	-	-	-
2 Schulen	90 322	27 491	52 486	11 318	20 271	20 875	21	10 170	175
3 Kultur	2 261	1 765	110	36	7	66	-	16	370
4 Fürsorge und Jugendhilfe	25 355	9 754	6 979	4 362	1 809	808	-	8 454	169
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	25 495	9 304	6 296	3 439	1 687	1 073	98	9 389	506
Übriges aus Einzelplan 5	1 701	1 093	461	307	57	97	-	147	-
Zusammen (Einzelplan 5)	27 196	10 397	6 757	3 745	1 744	1 170	98	9 535	506
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	35 326	13 781	10 986	3 206	4 251	2 879	650	10 558	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	113 558	28 122	81 106	29 396	27 990	22 846	875	4 026	304
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	198 603	104 104	70 051	18 354	16 223	35 370	105	22 333	2 115
Trümmerbeseitigung und -verwertung	8 278	7 055	1 159	1 003	50	106	-	64	-
Übriges aus Einzelplan 6	38 089	21 755	15 926	9 262	3 680	2 975	9	407	-
Zusammen (Einzelplan 6)	393 855	174 817	179 229	61 220	52 195	64 175	1 639	37 389	2 419
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	106 909	39 887	66 959	33 364	21 557	12 025	12	63	-
Wirtschaftsförderung	11 549	3 398	6 873	2 125	1 780	2 968	-	1 198	80
Übriges aus Einzelplan 7	12 894	8 029	4 759	1 203	2 376	1 172	8	106	-
Zusammen (Einzelplan 7)	131 352	51 314	78 590	36 691	25 714	16 164	20	1 367	80
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	159 896	66 367	90 149	32 133	29 335	27 453	1 227	3 380	-
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	25 711	20 504	3 461	1 696	1 075	683	7	1 747	-
Übriges aus Einzelplan 9	8 743	7 844	525	436	81	8	-	375	-
Zusammen (Einzelplan 9)	194 350	94 714	94 134	34 265	30 492	28 143	1 234	5 502	-
Summe I	871 237	373 469	420 482	152 266	132 797	132 164	3 252	73 566	3 719
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	12 653	9 034	3 620	1 882	1 085	598	55	-	-
Gasversorgung	8 011	5 711	2 254	1 582	589	83	-	46	-
Wasserversorgung	61 080	13 400	46 817	9 312	12 603	24 798	104	863	-
Hafen- und Umschlagunternehmen	2 299	1 195	1 064	654	405	3	3	40	-
Übrige Verkehrsunternehmen	10 131	6 602	66	5	36	25	-	2 446	1 017
Übriges aus Einzelplan 8	9 273	4 624	3 901	637	1 544	1 697	23	749	-
Summe II (Einzelplan 8)	103 446	40 564	57 721	14 072	16 262	27 204	184	4 143	1 017
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	58 412	35 717	20 656	12 317	6 803	1 535	-	2 039	-
III. Nicht aufgeteilt									
Summe I bis III	976 645	415 885	478 289	166 384	149 058	159 390	3 456	77 735	4 736
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	170 179	136 891	28 376	16 959	6 414	4 763	240	2 713	2 198

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. der Schulden beim Lastenausgleichsfonds.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾

5. In der Zeit vom 1.4.1954 bis zum 31.3.1955 aufgenommene Darlehen²⁾

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ³⁾	Bundesgebiet	Dagegen im Rechnungsjahr 1953 ⁴⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Kämmererverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	930	1 652	11 092	932	649	6 115	4 487	25 857	16 518
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	41	5	77	1 345	20	110	562	2 159	920
2 Schulen	12 006	31 246	55 134	22 482	14 103	40 813	40 286	216 069	168 497
3 Kultur	73	705	6 619	4 292	471	754	2 472	15 386	15 561
4 Fürsorge und Jugendhilfe	856	1 388	5 507	3 247	186	3 380	2 620	17 185	13 027
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	2 208	10 161	17 460	7 705	3 149	19 499	21 286	81 468	67 973
Übriges aus Einzelplan 5	89	2 631	5 663	809	259	921	1 338	11 709	6 291
Zusammen (Einzelplan 5)	2 297	12 792	23 123	8 514	3 408	20 420	22 623	93 177	74 264
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	3 875	24 598	65 878	31 386	25 884	15 353	11 767	178 742	78 095
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	2 702	11 955	35 271	7 148	5 629	13 181	21 745	97 630	102 521
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	21 513	30 150	91 045	17 970	21 752	22 247	24 965	229 642	169 001
Trümmerbeseitigung und -verwertung	-	391	-	8 253	331	1 702	8	10 685	14 682
Übriges aus Einzelplan 6	997	281	13 149	3 816	1 638	2 803	1 346	24 030	22 712
Zusammen (Einzelplan 6)	29 087	67 376	205 342	68 573	55 234	55 286	59 830	540 728	387 012
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtenwässerung, Bedürfnisanstalten ...	8 583	19 301	75 860	15 003	8 830	23 216	20 825	171 619	113 938
Wirtschaftsförderung	275	2 171	5 680	6 183	4 634	4 579	1 814	25 337	19 001
Übriges aus Einzelplan 7	3 057	3 756	22 487	4 841	2 302	12 549	5 638	54 630	38 935
Zusammen (Einzelplan 7)	11 915	25 229	104 027	26 027	15 766	40 345	28 277	251 585	171 875
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	1 307	5 188	24 327	3 346	6 490	12 933	13 228	66 818	45 644
Sonstiges allgemeines Grundvermögen ...	1 428	2 077	16 137	1 401	1 761	10 362	4 552	37 719	38 017
Übriges aus Einzelplan 9	2 689	33	1 142	4 400	-	8	18	8 289	8 980
Zusammen (Einzelplan 9)	5 424	7 297	41 606	9 148	8 251	23 303	17 797	112 826	92 640
Summe I	62 628	147 690	452 527	144 560	98 088	190 525	178 955	1 274 972	940 314
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	7 139	8 810	30 387	21 530	4 530	15 192	15 300	102 888	} 248 543
Gasversorgung	4 072	3 017	16 338	2 923	2 838	18 207	8 216	55 611	
Wasserversorgung	1 784	15 747	32 871	11 081	9 003	23 713	28 204	122 402	
Hafen- und Umschlagunternehmen	1 011	977	2 880	127	150	3 633	50	8 827	
Übrige Verkehrsunternehmen	1 834	2 632	13 314	3 370	1 614	3 792	1 701	28 257	
Übriges aus Einzelplan 8	2 027	1 827	17 682	1 984	1 493	5 375	11 499	41 888	26 051
Summe II (Einzelplan 8)	17 867	33 009	113 472	41 016	19 628	69 911	64 970	359 873	274 594
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	14 256	25 910	85 779	27 776	13 093	49 275	45 459	261 547	
III. Nicht aufgeteilt	-	474	659	313	-	50	480	1 976	19 581
Summe I bis III	80 495	181 173	566 657	185 888	117 717	260 486	244 404	1 636 820	-
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	3 497	12 814	64 169	23 975	20 441	26 483	27 679	179 057	
Dagegen (Summe I bis III) im Rechnungsjahr 1953 ⁴⁾	61 992	132 943	402 808	166 049	69 942	198 684	202 071	-	1 234 489

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Kreditmarkt-, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen. - 3) Einschl. Lindau. - 4) In der Zeit vom 1.4.1953 bis zum 31.3.1954 aufgenommene Darlehen.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung ¹⁾

noch: 5. In der Zeit vom 1.4.1954 bis zum 31.3.1955 aufgenommene Darlehen ²⁾

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirksverbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kämmererverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	25 857	14 497	6 915	2 890	1 453	1 475	1 097	4 445	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 159	2 083	69	26	35	8	-	7	-
2 Schulen	216 069	101 228	91 784	28 744	29 731	32 865	444	22 882	175
3 Kultur	15 386	13 837	1 236	320	543	373	-	63	250
4 Fürsorge und Jugendhilfe	17 185	9 640	2 803	1 370	941	490	-	3 603	1 139
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens	81 468	31 946	19 012	12 631	4 964	1 317	100	26 219	4 292
Übriges aus Einzelplan 5	11 709	8 381	2 355	1 127	866	361	-	973	-
Zusammen (Einzelplan 5)	93 177	40 327	21 366	13 759	5 830	1 678	100	27 192	4 292
6 Bau- und Wohnungsbau									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	178 742	142 141	24 406	16 914	4 950	1 984	558	12 195	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	97 630	40 677	53 007	20 969	18 082	13 753	203	3 771	175
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	229 642	110 116	88 686	34 829	20 440	33 335	83	30 734	106
Trümmerbeseitigung und -verwertung	10 685	10 584	101	93	-	8	-	-	-
Übriges aus Einzelplan 6	24 030	15 160	8 009	3 546	1 421	3 043	-	581	280
Zusammen (Einzelplan 6)	540 728	318 677	174 209	76 351	44 892	52 122	844	47 281	561
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	171 619	74 965	96 551	51 983	29 211	15 355	1	103	-
Wirtschaftsförderung	25 337	16 968	7 278	2 226	1 692	3 360	-	1 091	-
Übriges aus Einzelplan 7	54 630	38 819	15 614	7 716	4 360	3 530	8	197	-
Zusammen (Einzelplan 7)	251 585	130 752	119 442	61 926	35 263	22 245	9	1 391	-
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	66 818	35 844	29 392	12 060	10 185	6 979	167	1 563	20
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	37 719	22 454	12 235	6 661	3 134	2 308	132	3 030	-
Übriges aus Einzelplan 9	8 289	6 817	755	391	283	81	-	717	-
Zusammen (Einzelplan 9)	112 826	65 114	42 382	19 113	13 603	9 368	298	5 310	20
Summe I	1 274 972	696 155	460 206	204 499	132 291	120 624	2 792	112 174	6 437
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	102 888	83 904	16 962	12 272	3 612	877	200	2 022	-
Gasversorgung	55 611	41 591	13 925	10 706	3 093	126	-	94	-
Wasserversorgung	122 402	42 551	77 143	18 150	19 354	39 067	571	2 708	-
Hafen- und Umschlagunternehmen	8 827	6 971	1 721	1 040	643	38	-	135	-
Übrige Verkehrsunternehmen	28 257	22 265	2 585	1 742	721	122	-	2 997	410
Übriges aus Einzelplan 8	41 888	22 528	7 238	2 469	2 474	2 272	23	1 659	10 463
Summe II (Einzelplan 8)	359 873	219 810	119 574	46 380	29 898	42 503	794	9 616	10 873
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	261 547	199 890	57 196	40 959	14 395	1 541	300	4 462	-
III. Nicht aufgeteilt	1 976	1 279	666	407	188	71	-	30	-
Summe I bis III	1 636 820	917 245	580 448	251 286	162 376	163 200	3 586	121 818	17 309
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	179 057	162 768	12 201	7 367	3 403	1 264	167	2 477	1 611
Dagegen (Summe I bis III) im Rechnungsjahr 1953 ³⁾	1 234 489	701 382	434 322	185 034	122 896	123 309	3 083	93 810	4 976

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Kreditmarkt-, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen. - 3) In der Zeit vom 1.4.1953 bis zum 31.3.1954 aufgenommene Darlehen.

V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

A. Art der Schulden

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern 1)	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Inlandschulden									
A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln 2)	1 658	4 995	30 331	7 120	2 447	1 345	9 711	57 606	75 579
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln 3)4)									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	49 890	-	-	-	20 000	69 890	26 095
Schulden bei Sparkassen	8 552	18 569	144 426	68 655	10 404	27 767	74 247	352 622	265 611
Schulden bei Girozentralen 5)	11 631	37 690	272 876	57 387	23 911	105 474	101 421	610 390	465 388
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	4 656	25 285	29 942 6)	50 647
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	13 395	44 965	111 863	142 658	20 889	69 881	55 250	458 901	248 065
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	7 711	32 859	108 283	56 446	31 191	44 288	76 163	356 941	256 925
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	389	1 338	10 490	205	2 150	41	2 873	17 484	19 181
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) 7)	441	2 758	4 041	8 250	1 043	6 995	1 967	25 496	-
Kassenkredite 8)	-	-	494	-	-	-	643	1 138	2 451
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	557	3 310	16 800	6 806	1 639	6 552	6 119	41 783	44 629
Summe B	42 677	141 490	719 161	340 407	91 229	265 653	363 969	1 964 586	1 378 993
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln 3)4)									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	3 321	3 978	3 693	1 708	1 913	8 552	3 549	26 715	16 213
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	13 528	29 526	46 624	8 574	8 049	21 178	22 390	152 869	73 369
ERP- (ECA-) Kredite	16 985	9 089	30 823	4 857	4 093	26 778	27 764	120 390	117 903
Summe C 9)	33 833	42 593	81 140	15 139	14 056	59 508	53 703	299 974	207 485
Summe A bis C	78 168	189 078	830 632	362 666	107 732	326 506	427 384	2 322 166	1 662 056
D. Schulden bei Gebietskörperschaften									
1. Neuschulden 4)10)									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	9 062	6 228	22 547	2 255	1 709	12 983	13 282	68 066	54 347
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	3 212	7 927	47 314	1 585	12 790	26 789	11 237	110 855	70 897
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	19 389	7 134	130 600	11 065	17 334	25 814	18 365	229 701	182 985
Kredite vom Lastenausgleichsfonds 11)	340	1 557	1 379	479	435	513	1 268	5 972	3 605
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	12	15	-	170	-	1 095	1 292	3 480
Zusammen	32 003	22 857	201 856	15 385	32 437	66 099	45 248	415 885	315 313
2. Altschulden	531	642	6 876	1 453	2 380	178	686	12 746	12 008
Summe D	32 534	23 499	208 731	16 837	34 818	66 278	45 934	428 631	327 321
Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)	110 702	212 577	1 039 364	379 503	142 549	392 784	473 318	2 750 797	1 989 377 12)
Davon: Altverschuldung	2 189	5 636	37 207	8 573	4 827	1 523	10 398	70 352	87 587
Darunter: für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen	379	663	3 914	2 300	127	392	2 002	9 778	10 634
Neuverschuldung einschl. Kassenkredite	108 513	206 940	1 002 157	370 931	137 722	391 261	462 921	2 680 445	1 901 790
Neuverschuldung ohne Kassenkredite	108 513	206 940	1 001 663	370 931	137 722	391 261	462 277	2 679 307	1 899 339
Dagegen (Summe A bis D) am 31.3.1954	82 958	136 898	714 549	291 312	92 534	316 208	354 919	-	1 989 377 12)
Außerdem:									
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe	758	1 971	19 844	5 719	9 460	614	7 885	46 250	-
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen 13)	427	5 595	35 791	9 906	7 141	18 778	29 362	106 999	-

1) Einschl. Lindau. - 2) Ohne Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen (vgl. Anm. 13). - 3) Die Kredite von Sozialversicherungen sind den "Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln" zugeordnet. - 4) Am 31.3.1955 (gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres) zum Teil Verschiebungen zwischen den Schuldarten durch Einbeziehung von weiteren öffentlichen bei Kreditinstituten geschuldeten Mitteln in die Abschnitte D 1 oder C. - 5) Einschl. derjenigen Girozentralen, die zugleich "Landesbanken" sind. - 6) Vgl. Anm. 4. - 7) Am 31.3.1954 zum Teil in den "Übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln" oder Hypothekenschulden mit enthalten. - 8) Einschl. der etwaigen Kassenkredite bei Gebietskörperschaften. - 9) Ohne die etwaigen in den "Übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln" enthaltenen Schuldannahmen bei der Bundespost. - 10) Ohne die etwaigen Kassenkredite (vgl. Anm. 8). - 11) Nur unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommene Darlehen. - 12) Bei Einschluß nachträglicher Berichtigungen (für Baden-Württemberg) beläuft sich der Schuldenstand der kreisfreien Städte am 31.3.1954 auf 1 989 261 Tsd. DM. - 13) Vorläufige, nach Ergebnissen einer Statistik der Bank deutscher Länder zum 31.12.1954 unter Zuhilfenahme von Schätzungen ermittelte Beträge einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen und der gemäß Londoner Abkommen zu fundierenden Zinsrückstände; ohne Schuldscheindarlehen und ähnliche Kredite.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ¹⁾	Bundes-gebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Altschulden ²⁾	2 132	4 555	34 712	7 084	4 183	1 366	8 117	62 149	74 530
B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	3 473	12 636	98 462	26 864	4 771	5 722	57 734	209 662	134 595
Schulden bei Girozentralen	2 181	18 845	153 089	13 861	13 092	28 459	37 741	267 268	157 680
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	2 559	5 029	7 587	30 145
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	7 819	24 722	60 686	61 739	10 460	37 338	25 173	227 937	108 931
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	5 195	16 746	32 209	21 231	18 987	18 352	27 323	140 042	100 107
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	99	1 187	7 494	135	498	41	2 753	12 206	10 370
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	238	52	141	99	419	73	145	1 167	.
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	-	525	1 051	1 050	372	815	691	4 505	4 236
Summe B	19 006	74 712	353 133	124 978	48 599	93 358	156 588	870 374	546 064
C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	2 573	3 978	3 586	134	28	4 710	3 037	18 046	11 583
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	5 523	23 047	7 373	7 074	6 661	7 814	12 464	69 955	27 565
ERP- (ECA-) Kredite	80	747	6 867	102	834	547	2 462	11 639	11 623
Summe C	8 176	27 772	17 826	7 310	7 523	13 071	17 963	99 640	50 771
Summe A bis C	29 313	107 039	405 671	139 372	60 305	107 795	182 669	1 032 164	671 364
D. Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	8 489	5 864	21 934	47	1 139	11 229	12 273	60 976	47 445
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	2 751	6 390	41 824	1 026	11 512	24 806	7 759	96 067	59 558
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	974	3 245	104 198	2 869	3 739	182	3 160	118 366	91 153
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	-	-	181	-	-	-	260	440	168
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	12	-	-	-	-	478	490	577
Summe D	12 214	15 510	168 136	3 943	16 390	36 217	23 930	276 340	198 901
Annuitätsdarlehen zusammen (Summe A bis D)	41 528	122 549	573 807	143 315	76 695	144 012	206 599	1 308 504	-
<i>Dagegen am 31.3.1954</i>	<i>22 023</i>	<i>70 417</i>	<i>411 324</i>	<i>92 981</i>	<i>43 613</i>	<i>103 699</i>	<i>126 208</i>	<i>-</i>	<i>870 265</i>
Übrige Altschulden am 31.3.1955	57	1 081	2 495	1 488	644	157	2 281	8 203	13 057
Übrige Neuschulden am 31.3.1955 ³⁾	69 117	88 947	463 062	234 700	65 211	248 615	264 439	1 434 090	1 106 055
Inlandschulden insgesamt	110 702	212 577	1 039 364	379 503	142 549	392 784	473 318	2 750 797	1 989 377

1) Einschl. Lindau. - 2) Einschl. der etwa bei Gebietskörperschaften aufgenommenen Annuitätsdarlehen. - 3) Nach Laufzeiten aufgegliederte Schulden und Kassenkredite.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung¹⁾

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ²⁾	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Laufzeit weniger als 4 Jahre									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	-	19	760	4 000	-	4 234	330	9 343	11 301
Schulden bei Girozentralen	-	3 160	2 700	4 400	2 970	14 957	415	28 601	49 013
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	600	4 233	4 833	5 626
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	22	50	1 828	216	2 844	8 914	1 414	15 287	16 373
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	-	-	700	2 220	-	1 500	556	4 976	5 522
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	51	-	180	55	102	-	10	399	2 242
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	72	736	329	3 567	339	2 904	123	8 071	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	-	96	484	43	113	2 109	332	3 177	5 167
Summe a	145	4 060	6 981	14 501	6 368	35 218	7 413	74 687	95 244
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	190	975	-	1 165	102
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	-	600	-	-	-	1 564	-	2 164	2 800
ERP- (ECA-) Kredite	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe b	-	600	-	-	190	2 539	-	3 329	2 902
Summe a und b	145	4 660	6 981	14 501	6 558	37 757	7 413	78 016	98 145
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	-	-	-	-	-	950	-	950	1 150
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	-	673	-	12	-	650	-	1 335	347
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	-	50	-	-	300	3 658	10	4 018	1 368
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-	-	30	-	14	44	571
Summe c	-	723	-	12	330	5 258	24	6 347	3 437
Summe 1	145	5 383	6 981	14 514	6 888	43 015	7 437	84 363	-
Außerdem: Kassenkredite	-	-	494	-	-	-	643	1 138	2 451
<i>Dagegen (Summe 1) am 31.3.1954</i>	<i>360</i>	<i>5 778</i>	<i>14 802</i>	<i>26 876</i>	<i>7 426</i>	<i>40 941</i>	<i>5 398</i>	<i>-</i>	<i>101 582</i>
2. Laufzeit 4 bis unter 10 Jahre									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen	650	1 220	19 310	12 184	2 382	7 434	5 634	48 815	51 801
Schulden bei Girozentralen	109	6 091	61 591	9 340	3 758	19 043	21 831	121 762	146 727
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	76	770	846	1 534
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	55	12 744	8 614	16 549	3 234	4 618	7 940	53 754	49 211
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	1 658	3 386	21 144	12 902	3 010	10 411	12 487	64 998	62 429
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	117	0	357	11	-	-	-	485	2 626
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	92	1 122	1 911	547	81	711	841	5 305	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	328	1 388	3 816	2 042	718	1 798	3 280	13 370	11 606
Summe a	3 008	25 950	116 744	53 574	13 182	44 091	52 784	309 334	325 934
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	873	2 004	13	2 891	1 788
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	340	3 867	4 290	-	64	13 900	3 282	25 743	17 777
ERP- (ECA-) Kredite	-	3 514	5 755	233	849	6 683	397	17 431	18 734
Summe b	340	7 380	10 045	233	1 787	22 587	3 693	46 064	38 299
Summe a und b	3 348	33 331	126 789	53 807	14 969	66 678	56 477	355 398	364 232

1) Ohne Annuitätendarlehen sowie ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. Lindau.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern
 noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung ¹⁾

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern 2)	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1954
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	10	16	-	50	-	-	3	79	884
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	460	195	-	147	366	174	-	1 342	760
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	600	733	1 252	5 215	9 112	7 466	1 092	25 469	18 232
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	-	-	-	-	20	-	-	20	150
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-	-	40	-	-	40	190
Summe c	1 071	944	1 252	5 411	9 538	7 640	1 095	26 951	20 216
Summe 2	4 419	34 275	128 041	59 219	24 507	74 317	57 572	382 348	-
<i>Dagegen am 31.3.1954</i>	5 922	31 450	121 358	76 555	22 956	71 685	54 522	-	384 448
3. Laufzeit 10 Jahre und mehr									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	49 890	-	-	-	20 000	69 890	26 095
Schulden bei Sparkassen	4 429	4 695	25 894	25 608	3 251	10 378	10 548	84 802	67 914
Schulden bei Girozentralen	9 341	9 596	55 495	29 786	4 092	43 015	41 434	192 759	111 968
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	1 421	15 253	16 674	13 342
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	5 500	7 449	40 735	64 154	4 351	19 011	20 723	161 923	73 550
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	858	12 727	54 230	20 094	9 195	14 024	35 797	146 925	88 868
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	121	150	2 458	4	1 550	-	110	4 395	3 943
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	39	849	1 659	4 037	205	3 307	858	10 953	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	230	1 302	11 449	3 671	435	1 829	1 816	20 732	23 620
Summe a	20 517	36 767	241 809	147 354	23 080	92 987	146 540	709 053	409 300
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	748	-	107	1 574	822	863	499	4 613	2 741
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	7 665	2 013	34 961	1 500	1 325	900	6 644	55 007	25 227
ERP- (ECA-) Kredite	16 905	4 828	18 201	4 522	2 411	19 549	24 905	91 320	87 546
Summe b	25 318	6 841	53 270	7 596	4 557	21 311	32 047	150 940	115 514
Summe a und b	45 835	43 608	295 079	154 950	27 637	114 298	178 587	859 993	524 814
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	562	348	613	2 158	570	804	1 006	6 061	4 868
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	-	670	5 490	400	912	1 159	3 479	12 110	10 231
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	17 815	3 106	25 150	2 981	4 183	14 509	14 103	81 847	72 231
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	340	1 557	1 199	479	415	513	1 009	5 512	3 287
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	15	-	100	-	603	718	2 142
Summe c	18 718	5 681	32 468	6 018	6 180	16 985	20 200	106 248	92 760
Summe 3	64 553	49 289	327 546	160 968	33 816	131 283	198 787	966 242	-
<i>Dagegen am 31.3.1954</i>	54 539	27 322	162 213	93 361	16 956	99 482	163 701	-	617 574
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	23 671	66 777	365 534	215 429	42 629	172 295	206 737	1 093 074	830 478
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	25 658	14 822	63 315	7 829	6 534	46 437	35 740	200 333	156 715
Zusammen	49 329	81 599	428 848	223 258	49 163	218 732	242 477	1 293 407	987 191
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften	19 788	7 348	33 720	11 442	16 048	29 883	21 318	139 546	116 412
Nach Laufzeiten aufgegliederte Neuschulden zusammen (Summe 1 bis 3)	69 117	88 947	462 568	234 700	65 211	248 615	263 796	1 432 953	1 103 604
Kassenkredite	-	-	494	-	-	-	643	1 138	2 451
Zusammen	69 117	88 947	463 062	234 700	65 211	248 615	264 439	1 434 090	1 106 055
Annuitätsdarlehen (ohne Altschulden)	39 396	117 994	539 095	136 231	72 511	142 646	198 482	1 246 354	795 735
Inländische Neuverschuldung insgesamt	108 513	206 940	1 002 157	370 931	137 722	391 261	462 921	2 680 445	1 901 790

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. Lindau.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

D. Fälligkeiten der Inlandschulden ¹⁾

- 1 000 DM -

Art der Schulden, Fälligkeit	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern ²⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Altschulden								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	1 006	17	72	511	61	38	103	204
" " " " 1956	825	5	51	538	12	19	8	192
" " " " 1957	672	0	44	169	248	9	5	197
" " " " 1958	337	0	35	85	11	9	5	192
" " nach dem 31.3. 1959	5 364	35	880	1 192	1 157	568	37	1 495
Summe 1	8 203	57	1 081	2 495	1 488	644	157	2 281
2. Neuschulden								
aus Kreditmarktmitteln								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	102 283	3 524	5 325	26 274	15 625	6 701	28 342	16 492
" " " " 1956	93 033	2 143	6 430	29 036	22 857	4 343	13 908	14 314
" " " " 1957	103 077	2 065	7 496	36 187	20 062	6 037	16 821	14 408
" " " " 1958	120 469	2 739	6 994	55 252	22 864	4 598	12 469	15 553
" " nach dem 31.3. 1959	674 211	13 198	40 532	218 784	134 021	20 950	100 755	145 970
Zusammen	1 093 074	23 671	66 777	365 534	215 429	42 629	172 295	206 737
aus öffentlichen Sondermitteln								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	15 818	2 490	1 648	4 477	590	619	4 185	1 808
" " " " 1956	16 186	2 201	1 852	4 830	605	561	4 266	1 871
" " " " 1957	19 376	2 304	1 738	5 429	649	1 179	6 004	2 073
" " " " 1958	19 010	2 461	2 624	6 096	677	553	4 563	2 037
" " nach dem 31.3. 1959	129 944	16 202	6 959	42 482	5 307	3 622	27 419	27 952
Zusammen	200 333	25 658	14 822	63 315	7 829	6 534	46 437	35 740
bei Gebietskörperschaften								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	12 498	1 152	961	1 474	640	2 075	4 438	1 759
" " " " 1956	10 301	1 183	245	1 464	727	2 384	2 786	1 512
" " " " 1957	11 750	1 223	354	1 457	1 699	2 540	2 960	1 517
" " " " 1958	11 581	1 333	337	1 494	1 727	1 983	3 174	1 534
" " nach dem 31.3. 1959	93 416	14 898	5 451	27 831	6 648	7 067	16 525	14 996
Zusammen	139 546	19 788	7 348	33 720	11 442	16 048	29 883	21 318
Summe 2 (Neuschulden zusammen)	1 432 953	69 117	88 947	462 568	234 700	65 211	248 615	263 796
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	130 599	7 166	7 934	32 225	16 855	9 395	36 965	20 059
" " " " 1956	119 520	5 527	8 527	35 330	24 190	7 288	20 961	17 697
" " " " 1957	134 202	5 593	9 589	43 074	22 409	9 756	25 785	17 998
" " " " 1958	151 061	6 533	9 955	62 842	25 269	7 133	20 205	19 124
" " nach dem 31.3. 1959	897 571	44 298	52 942	289 097	145 977	31 640	144 699	188 918
3. Alt- und Neuschulden zusammen								
davon fällig im Rechnungsjahr 1955	131 605	7 184	8 006	32 736	16 916	9 433	37 069	20 263
" " " " 1956	120 345	5 532	8 578	35 868	24 201	7 307	20 968	17 890
" " " " 1957	134 874	5 593	9 632	43 242	22 657	9 765	25 789	18 195
" " " " 1958	151 397	6 533	9 989	62 927	25 280	7 143	20 210	19 315
" " nach dem 31.3. 1959	902 934	44 333	53 822	290 289	147 134	32 207	144 736	190 413
Summe 3	1 441 156	69 174	90 028	465 062	236 188	65 855	248 772	266 076
Übrige Altschulden (Annuitätsdarlehen)	62 149	2 132	4 555	34 712	7 084	4 183	1 366	8 117
Übrige Neuschulden (Annuitätsdarlehen und Kassenkredite)	1 247 492	39 396	117 994	539 589	136 231	72 511	142 646	199 125
Inlandschulden insgesamt	2 750 797	110 702	212 577	1 039 364	379 503	142 549	392 784	473 318

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. Lindau.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung ¹⁾

1. Neuverschuldung zusammen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern ²⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
I. Kümmereiverwaltungen								
0 Allgemeine Verwaltung	37 487	1 243	1 506	10 426	7 674	2 119	6 827	7 691
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 332	92	-	75	1 439	-	1 960	767
2 Schulen	251 045	12 394	32 516	59 697	38 176	15 358	36 993	55 910
3 Kultur	52 837	1 689	2 070	21 943	16 436	1 560	3 930	5 211
4 Fürsorge und Jugendhilfe	31 837	877	1 924	10 711	7 348	883	3 311	6 784
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	105 102	1 756	13 128	25 139	17 752	4 007	18 797	24 524
Übriges aus Einzelplan 5	17 892	178	3 629	8 178	2 469	7	1 381	2 049
Zusammen (Einzelplan 5)	122 994	1 934	16 757	33 317	20 221	4 014	20 178	26 573
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	231 575	9 467	27 467	94 133	40 015	22 634	23 534	14 326
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	112 367	272	7 994	51 931	5 048	6 199	3 464	37 459
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau	338 394	17 917	27 041	188 124	46 475	11 891	26 247	20 698
Trümmerbeseitigung und -verwertung	37 300	-	4 145	587	23 966	1 019	6 263	1 320
Übriges aus Einzelplan 6	54 097	1 186	2 451	28 051	16 779	756	1 860	3 014
Zusammen (Einzelplan 6)	773 733	28 842	69 097	362 826	132 284	42 498	61 368	76 817
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	181 851	7 531	16 589	80 579	10 828	6 182	21 710	38 432
Wirtschaftsförderung	41 814	36	5 539	12 315	13 172	6 275	2 148	2 328
Übriges aus Einzelplan 7	115 280	6 013	7 677	43 777	11 777	4 897	19 189	21 949
Zusammen (Einzelplan 7)	338 944	13 580	29 806	136 671	35 778	17 353	43 048	62 709
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundver- mögens	182 562	1 731	7 419	52 483	12 487	22 814	38 166	47 462
Sonstiges allgemeines Grundvermögen ...	86 964	2 096	2 056	37 202	16 203	4 299	13 534	11 573
Übriges aus Einzelplan 9	21 823	2 571	529	1 739	14 253	-	132	2 600
Zusammen (Einzelplan 9)	291 349	6 399	10 004	91 424	42 942	27 114	51 832	61 635
Summe I	1 904 558	67 049	163 679	727 090	302 297	110 900	229 446	304 096
II. Wirtschaftsunternehmen ³⁾								
Elektrizitätsversorgung	265 374	22 689	15 593	80 168	30 858	8 549	53 764	53 753
Gasversorgung	150 437	8 886	6 869	39 344	2 936	4 531	55 923	31 948
Wasserversorgung	145 110	3 829	9 204	73 091	3 819	6 908	22 260	25 999
Hafen- und Umschlagunternehmen	19 405	2 141	756	9 611	748	52	5 676	420
Übrige Verkehrsunternehmen	89 319	2 018	4 694	38 733	12 894	3 922	13 746	13 311
Übriges aus Einzelplan 8	97 707	1 486	6 107	33 036	14 738	2 860	10 337	29 143
Summe II (Einzelplan 8)	767 351	41 051	43 222	273 984	65 992	26 822	161 707	154 573
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	679 992	38 618	39 346	235 217	45 913	24 478	150 691	145 730
III. Nicht aufgeteilt	7 398	412	39	589	2 642	-	108	3 608
Summe I bis III	2 679 307	108 513	206 940	1 001 663	370 931	137 722	391 261	462 277
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	773 005	15 570	36 708	271 667	135 316	55 981	143 842	113 921

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Einschl. Lindau. - 3) Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind den einzelnen Verwendungsarten entsprechend (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern
 noch: E. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung¹⁾
 2. In der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 aufgenommene Darlehen²⁾

- 1 000 DM -

Verwaltungsweig	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern ³⁾	Bundes-gebiet	Dagegen im Rechnungs-jahr 1953 ⁴⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Kammereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	546	206	5 141	375	207	4 695	3 326	14 497	7 499
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	35	--	55	1 330	--	110	554	2 083	531
2 Schulen	3 262	11 815	33 038	12 802	6 530	13 630	20 152	101 228	72 686
3 Kultur	56	649	6 299	3 962	139	606	2 125	13 837	14 310
4 Fürsorge und Jugendhilfe	544	265	3 871	2 934	--	1 224	801	9 640	5 641
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ..	538	3 409	8 452	2 995	1 402	6 237	8 914	31 946	26 380
Übriges aus Einzelplan 5	83	2 320	4 349	110	--	484	1 035	8 381	4 505
Zusammen (Einzelplan 5)	621	5 729	12 801	3 105	1 402	6 721	9 949	40 327	30 885
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	3 351	18 839	59 184	22 814	18 240	9 200	10 511	142 141	55 524
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	--	4 984	16 486	1 730	4 058	511	12 908	40 677	40 319
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	8 301	13 025	62 839	5 652	6 012	8 618	5 670	110 116	95 188
Trümmerbeseitigung und -verwertung	--	391	--	8 253	331	1 609	--	10 584	14 315
Übriges aus Einzelplan 6	952	185	9 542	3 118	336	382	644	15 160	15 559
Zusammen (Einzelplan 6)	12 604	37 425	148 051	41 567	28 978	20 320	29 732	318 677	220 904
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ..	3 372	7 143	37 786	4 907	3 772	4 930	13 055	74 965	54 941
Wirtschaftsförderung	19	1 556	4 863	5 135	3 576	604	1 216	16 968	11 491
Übriges aus Einzelplan 7	2 303	2 122	17 677	2 326	1 220	8 388	4 783	38 819	27 155
Zusammen (Einzelplan 7)	5 693	10 821	60 326	12 367	8 569	13 923	19 054	130 752	93 588
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	202	2 317	13 863	1 220	3 179	5 138	9 926	35 844	22 133
Sonstiges allgemeines Grundvermögen	993	385	10 432	269	584	6 223	3 568	22 454	29 224
Übriges aus Einzelplan 9	2 044	--	1 106	3 659	--	8	--	6 817	4 877
Zusammen (Einzelplan 9)	3 238	2 701	25 401	5 148	3 763	11 369	13 493	65 114	56 234
Summe I	26 600	69 612	294 982	83 590	49 588	72 598	99 187	696 155	502 278
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	4 813	6 858	26 456	17 000	4 191	10 826	13 759	83 904	} 160 330
Gasversorgung	2 796	1 552	11 868	1 919	1 274	14 083	8 100	41 591	
Wasserversorgung	121	5 357	18 063	1 199	2 635	5 412	9 764	42 551	
Hafen- und Umschlagunternehmen	336	--	2 880	127	--	3 628	--	6 971	
Übrige Verkehrsunternehmen	103	2 010	12 060	3 257	1 314	2 350	1 171	22 265	
Übriges aus Einzelplan 8	25	1 399	6 183	797	965	2 768	10 390	22 528	20 182
Summe II (Einzelplan 8)	8 194	17 177	77 510	24 299	10 379	39 067	43 184	219 810	180 511
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	7 856	16 589	69 484	20 378	9 666	33 686	42 229	199 890	.
III. Nicht aufgeteilt									
Summe I bis III	34 794	86 789	373 080	108 099	59 967	111 666	142 851	917 245	--
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	3 469	12 242	54 806	23 890	17 419	24 206	26 735	162 768	.
Dagegen (Summe I bis III) im Rechnungsjahr 1953 ⁴⁾	30 516	59 520	258 300	119 179	34 514	83 364	115 988	--	701 382

1) Ohne Kassenkredite. -- 2) Kreditmarkt-, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen. -- 3) Einschl. Lindau. -- 4) In der Zeit vom 1.4.1953 bis zum 31.3.1954 aufgenommene Darlehen.